

Berichte zu den Gesellschaftspolitischen Foren 2005-2006

**... neue Wege, neue Koalitionen,
neue Fragen**

**Herausforderungen und Perspektiven gesellschaftlicher
Entwicklung in der aktuellen Diskussion**

Kooperation von Rosa-Luxemburg-Stiftung, WISSENTransfer, der Redaktion der Zeitschrift
»Sozialismus« und weiterer Partner

WISSEN

Transfer
Sozialismus



Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.
Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin
Herausgeber: Dr. Lutz Brangsch, Bereich Politische Bildung
Tel. 030 44310 221 Fax 030 44310 222
brangsch@rosalux.de
<http://soziales.rosalux.de>
Stand 22.05.06

Inhalt

Inhalt.....	3
Was sind die Gesellschaftspolitischen Foren?	5
Das 1. Forum: Neuerfindung des Sozialstaates.....	6
Analysen.....	6
Perspektiven	8
Europäische Dimension.....	9
Konsequenzen	10
Das 2. Forum (1. Teil): Entwicklungsmöglichkeiten und Gefährdungen – das Projekt einer „Pluralen Linken“ – Anforderungen an die Linkspartei.....	13
Das 2. Forum (2. Teil): Linkspartei: Feministisch oder nicht links? Anforderungen aus feministischer und frauenpolitischer Sicht	15
Das 3. Forum: Demokratischer Sozialismus oder Warum bzw. ob es sich lohnt, um Begriffe zu streiten	20
Das 4. Forum: In der Stagnationsfalle Perspektiven kapitalistischer Entwicklung	27
In der Stagnationsfalle.....	27
Ungleichheit, Unsicherheit, Risiken.....	30
Wege aus der Stagnation	30
Das 5. Forum: Linker Parlamentarismus und außerparlamentarische Bewegung	32
Das 6. Forum: Selbstbewusste Modernisierer und der Optimismus der Straße - Was bringen Regierungsbeteiligungen der Linken?	35
Beteiligung klingt wie Mittäterschaft.....	35
»Veränderung beginnt mit Opposition«.....	36
Realos, Fundis, Reformer, Revoluzzer.....	37
Haushaltssanierung durch Demonstrieren?	38
Das 7. Forum: Bildungspolitik als Sozialpolitik	39
Das 8. Forum: „100 Tage Schwarz-Rot“ Strategische Allianzen für einen Politikwechsel	44
100 Tage Schwarz-Rot: Zwischenbilanz.....	44
Damit es anders wird	45
Verständigung über das „Wie weiter?“	46
Anlage und Zusammenfassung	47
Mögliche Kernprojekte einer gesellschaftspolitischen Alternative	47
Das 9. Forum: Wie weiter links?.....	49
Der Begriff des Sozialismus hat verschiedene Wurzeln	49
Der Begriff des Sozialismus formuliert mit seinem Ziel gleichermaßen Wege und Mittel	51
Der emanzipatorische Ansatz des Begriffs Sozialismus als Einheit von Ziel, Mittel und Wegen	52
Der Begriff des Sozialismus muss zusammen gedacht werden mit Demokratie und Menschenrechten.....	55

Das 10. Forum: Zusammen gedacht, was zusammen gehört: „Standort Globus – Ökologische und soziale Fragen der Gegenwart“	57
Bericht über die Arbeit der AG Klimaschutz und Emissionshandel.....	59
Das 11. Forum: Neue Chancen – alte Kämpfe. Geschlechterverhältnisse in den Debatten der Linken	61
Radikale Transformation von Gesellschaft – massiv veränderte Bedingungen politischen Handelns	61
Geschlechtersensibler Innen-Blick auf die Linke(n).....	62
Was braucht ‚die Linke‘ zur Umsetzung eines linken geschlechtergerechten Profils?	63
Welche politische Zielperspektive hat emanzipatorische Geschlechterpolitik?	64
Die Macht der Sprache	64
Bausteine linker Politik und Geschlecht – linke Politik „gendern“	65
Geschlechtersensibler Innenblick auf die WASG	66
Index.....	69

Was sind die Gesellschaftspolitischen Foren?

Nach Bundestagswahlen, Agenda 2010 und Hartz IV wird die neue Bundesregierung weitere strategische Weichenstellungen auf den verschiedensten Gebieten vornehmen müssen. Mit den Anti-Hartz-Protesten im Herbst des Jahres 2004 und den Diskussionen um das Verhältnis von Linkspartei, WASG und parteienkritischer Linke sind auch auf der Gegenseite erstmals seit vielen Jahren neue Handlungsspielräume eröffnet worden. Diese neuen Bedingungen und die damit verbundenen Herausforderungen sollen in der Reihe „Gesellschaftspolitisches Forum“ diskutiert werden. Ausgehend von einer Analyse jüngster Entwicklungen auf relevanten Politikfeldern sollen in diesem Rahmen bestehende politische Konzepte einer Kritik unterzogen und neue Ansätze für die Auseinandersetzung mit den zu erwartenden Strategien der neuen Bundesregierung entwickelt werden. VertreterInnen aus der Breite der linken Strömungen sollen hier ein Forum finden, um ihre Sichten darzulegen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten und Berührungspunkte für gemeinsames Handeln zu finden. Für eine ganze Reihe von Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist die Teilnahme an diesen Veranstaltungen der erste Kontakt mit politischer Diskussion – entweder überhaupt oder nach einer längeren Zeit des Rückzugs.

Es soll aber auch um die Konsequenzen für die eigene Bewegung gehen – Fragen der Identität, der Traditionen, der Sprache und der Organisation spielen in den Diskussionen immer wieder eine große Rolle. In vielen Foren, die unter unterschiedlicher Überschrift liefen, wurde immer wieder die Frage nach der politischen Kultur der Linken thematisiert. Besonders deutlich wurde dies auf den beiden Foren, die sich mit dem Thema Geschlechterverhältnisse befassten. Das sollte aufhorchen lassen, bricht sich doch daran schnell ein verbal bekundeter, aber nicht gelebter Emanzipationsanspruch. Dieses Beispiel zeigt wahrscheinlich am deutlichsten, dass Innehalten

und Selbstbefragung auch in Zeiten sürmischer Entwicklungen nötig sind – auch dies sollen die Foren ermöglichen.

Dabei werden sowohl alte, scheinbar schon lange beantwortete Fragen, als auch die nach dem Neuen in der Welt von heute aufgeworfen. So erweisen sich die Berichte hier auch als ein Kompendium von Fragen an die Parteien und Bewegungen, an alle Linken.

Die Zusammenstellung enthält Berichte der Foren, die von Oktober 2005 bis April 2006 stattgefunden haben. Es ist vorgesehen, die Reihe im 2. Halbjahr 2006 mit weiteren Veranstaltungen zu den Problemkreisen Geschlechterverhältnisse, Wirtschaftsdemokratie, Friedens- und Sicherheitspolitik, Migration sowie Erneuerung des Sozialstaates in Europa fortzusetzen.

Zur Unterstützung von weiterführenden Diskussionen ist von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und WISSENTTransfer die Reihe **kontrovers** begründet worden, in der Probleme, die sich als zentral in den Foren erwiesen haben, diskutiert werden. Das erste der Hefte steht unter der Überschrift „Was ist heute links?“.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung bietet diese Veranstaltungsreihe in Kooperation mit WISSENTTransfer, der Redaktion der Zeitschrift Sozialismus und weiteren Partnern, so vor allem auch mit den im Stiftungsverband der Rosa-Luxemburg-Stiftung mitarbeitenden Vereinen und Clubs, an.

Die auf den einzelnen Foren gehaltenen Beiträge sind, soweit sie uns schriftlich übergeben wurden, auf der Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung www.rosalux.de unter dem Stichwort „Gesellschaftspolitische Foren – Perspektiven der Linken“ dokumentiert.

Dr. Lutz Brangsch
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Das 1. Forum: Neuerfindung des Sozialstaates

08. Oktober 2005 in Berlin

Kurz nach der Bundestagswahl diskutierten am 8.10.2005 knapp 100 TeilnehmerInnen in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin Fragen der Zukunft des Sozialen. Zeitgleich mit den Strategiegesprächen der Großen Koalition ging es um die Frage, welches die Eckpunkte und Grundrichtungen eines alternativ zu den sich deutlich abzeichnenden Tendenzen künftiger Regierungspolitik stehenden Konzeptes sein könnten. Damit wurde eine Reihe von Veranstaltungen unter dem Titel „Gesellschaftspolitisches Forum“ eröffnet, die sich strategischen Schlüsselfragen widmen wird. Das Projekt wird in Kooperation von Rosa-Luxemburg-Stiftung, WISSENTTransfer, der Redaktion der Zeitschrift Sozialismus und von Helle Panke realisiert.

Das Programm des Tages war eng - sieben ReferentInnen sollten ihre Vorstellungen zur „Neuerfindung des Sozialstaates“ darlegen und gleichzeitig sollte den VeranstaltungsteilnehmerInnen Raum für die Diskussion geboten werden.

Analysen

In einem ersten Beitrag entwickelte *Axel Gerntke* Gedanken zur Analyse des Ergebnisses der Bundestagswahlen aus gewerkschaftlicher Sicht. Er stellte fest, dass mit dem Ergebnis der Linkspartei die Parteienlandschaft in Deutschland neu aufgestellt sei. Daraus ergäben sich neue Fragen für die SPD, aber auch für die CDU. Für die SPD sei die Gestaltung des künftigen Verhältnisses zu den Gewerkschaften ein entscheidender Punkt ihrer perspektivischen Entwicklung. Nachdem sie sich im Wahlkampf rhetorisch von den eigenen Forderungen der Agenda 2010 abgesetzt hatte, wird sie offensichtlich jetzt wieder zu dieser Strategie zurückkehren. Für die CDU werfe sich die Frage nach ihrem Charakter als Volkspartei auf. Gerntke entwickelte

daraus die These, dass die künftige Regierung den Kurs der Agenda 2010 beibehalten werde, wobei mit einigen Verschärfungen zu rechnen sei. Allerdings werde dies nicht die Unterschiede bzw. Widersprüche in der Ausprägung des neoliberalen Grundkurses zwischen beiden Parteien beseitigen können. Insgesamt rechne er mit einer instabilen Koalition, die vielleicht zu vorgezogenen Neuwahlen führen könnte. Die innere Widersprüchlichkeit des zu erwartenden Regierungskurses bezeichnete der Referent als Ansatz für das gewerkschaftliche Handeln, wobei es in dieser Frage in den Gewerkschaften unterschiedliche und z.T. gegensätzliche Positionen gäbe. Dies betreffe vor allem das Verhältnis zur SPD. Eine Möglichkeit gewerkschaftlichen Handelns seien Aktionen in der Form der Arbeitnehmerbegehren. Z.B. sei das Thema Rente eines, das das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen anspreche und das mit Sicherheit zum Gegenstand von Auseinandersetzungen werden wird.

Hinsichtlich der Deutung des Wahlergebnisses war die überwiegende Meinung in der folgenden Diskussion, dass die neoliberale Hegemonie nicht gebrochen sei. Stimmen für die eine oder andere Partei bedeuteten noch lange nicht ein Votum für oder gegen neoliberale Konzepte. Eher sei es so, dass die neoliberale Grundströmung nicht abgelehnt werde, gleichzeitig aber für den Erhalt sozialstaatlicher Institutionen votiert worden sei.

Ein weiterer Schwerpunkt betraf Ansätze für eine eigene Positionsbestimmung und Konzeptbildung zu aktuellen Fragen. Hervorgehoben wurde hier die aktuelle Frage der „Kosten der Unterbringung“ im Rahmen von Hartz IV. Hier werde die Wohnungsfrage neu gestellt.

Ein dritter umfangreicher Komplex betraf die künftige Rolle der Gewerkschaften.

Kritisiert wurde die zunehmende Verbetrieblung der Gewerkschaftsarbeit, man müsse wieder gesellschaftspolitische Bezugspunkte finden, um wirkungsvollen Protest organisieren zu können. Betriebliche Bündnisse für Arbeit und die damit gegebene bewusste Einbindung in die Standortkonkurrenz auf der einen und Protest gegen Agenda 2010 auf der anderen Seite seien einfach nicht zusammenzubringen. Damit sei aber sofort das Problem des Verhältnisses zur SPD sowie der Bewahrung der Einheitsgewerkschaft aufgerufen. In einem zweiten Beitrag befasste sich *Judith Dellheim* mit den Auseinandersetzungen um den Stellenwert von Arbeit in der heutigen Gesellschaft. Sie hob hervor, dass das Verständnis von Arbeit und ihrer Nützlichkeit untrennbar mit dem Leitbild einer Gesellschaft verbunden sei. So seien die Verteilung von Arbeit, ihre Bewertung und ihre Widerspiegelung in Sprache, in Begriffen und Kategorien (gewissermaßen die Philosophie von Arbeit) gleichermaßen Gegenstand und Teil gesellschaftlicher Auseinandersetzung. In fünf Thesen untersuchte die ReferentIn diese Fragen näher. *Erstens* seien wichtige Ausgangspunkte für eine Kritik und Würdigung von Arbeit von links die Kriterien Menschenrechte, Menschenwürde und Solidarität. *Zweitens* müsse berücksichtigt werden, dass Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik immer Machtpolitik sei. In diesem Bereich treffen sehr verschiedenen Interessen zusammen, die sich nicht ausschließlich an der Konfliktlinie Unternehmen-Beschäftigte festmachen lassen. Wenn auch Arbeitslosigkeit ein entscheidendes Moment der Disziplinierung der Gesellschaft sei, sei sie aber gleichzeitig wegen der damit verbundenen wachsenden gesellschaftlichen Spannung ein Moment der Destabilisierung, das auch Unternehmen beunruhige. Die Haltung der Gewerkschaften zu Arbeitslosigkeit, mehr noch zu den Arbeitslosen sei ambivalent, wenn es um die Verteidigung der Interessen der „Kernbelegschaften“ und gemeinsame Positionen mit Unternehmern in der Standortkonkurrenz gehe. Es ginge darum, die in der Gesell-

schaft vorhandene deutliche Mehrheit, die sich für eine solidarische Umverteilung ausspricht, zu politisieren.

Drittens erfordere ein Gegensteuern zum Kurs der Schaffung des „Unternehmers der eigenen Arbeitskraft“ ein komplexes Herangehen. Notwendig, so Dellheim, seien gesellschaftliche Allianzen für ein neues Verständnis von nützlicher Arbeit. Dazu gehöre gesellschaftlicher Druck auf Regierungen und internationale Organisationen genauso, wie Veränderungen des Selbstverständnisses gewerkschaftlicher Arbeit. Die Referentin unterstrich in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Neubestimmung des Verhältnisses der Gewerkschaften zu Prekarisierten und die Wiedererlangung eines gesellschaftlichen Gestaltungsanspruches in der Gewerkschaftsarbeit.

Viertens komme es darauf an, über die Grundfragen hinaus die Entwicklung von Strategien der Beschäftigungssicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen heute nicht aus dem Auge zu verlieren. Maßnahmen, wie z.B. Arbeitszeitverkürzungen, die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe, Nachfragebelebung durch verschiedenste Maßnahmen oder die Weiterentwicklung bestehender Ansätze eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors seien durchaus realistische, wenn natürlich nicht einfach durchzusetzende Forderungen.

Schließlich müsse man sich, so die *fünfte* These, von Glaubenssätzen und Stereotypen in den Diskussionen lösen. „Vollbeschäftigung ist nicht mehr möglich“ sei ein gutes Beispiel für einen solchen, eigentlich inhaltsleeren, Glaubenssatz, der von links bis rechts gleichermaßen gebraucht werde. Vollbeschäftigung als Möglichkeit der Teilnahme aller an der Gestaltung der Gesellschaft sei etwas anderes als Vollbeschäftigung im Sinne der Notwendigkeit, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit in einem kapitalistischen Unternehmen zu verdienen. Es ginge im erstgenannten Sinne um eine „neue Vollbeschäftigung“, die sich auf eine breite Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Bedingungen

stützen müsse. Dieser neue Inhalt von Vollbeschäftigung müsse eng mit Anforderungen einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung verknüpft werden.

Perspektiven

Anschließend legte *Prof. Stephan Lessenich* seine Vorstellungen über einen zukunftsfähigen Sozialstaat dar. Das Konzept eines demokratischen Sozialstaates wurde in einer im vergangenen Jahr von der Otto-Brenner-Stiftung veröffentlichten Expertise umfassend begründet. Lessenich ging von der Frage aus, warum eigentlich vor allem die Mittelschichten sich für einen Sozialstaat aussprechen sollten bzw. könnten und wie man in der Gesellschaft Mehrheiten für einen Sozialstaat finden könnte. Er stellte die These in den Mittelpunkt, dass eine funktionierende Demokratie einen Sozialstaat brauche, der zwar teuer sei, aber Bürgerrechte garantiere. Die Verknüpfung der Sozialstaatsidee mit der demokratischen Idee sei der entscheidende Weg, um gesellschaftliche Mehrheiten zu finden. Dazu sei jedoch selbstverständlich neben der Verteidigung der Sozialstaatsidee auch die Kritik des heutigen Sozialstaates und seiner offensichtlichen Ungerechtigkeiten nötig. Davon ausgehend sei ein eigenes neues Leitbild zu entwickeln. Der Referent skizzierte einige wesentliche Punkte dieses neuen Leitbildes: die Entkopplung von sozialer Sicherheit und Erwerbsarbeit, die Universalisierung der Sozialversicherungssysteme (im Sinne eines BürgerInnenversicherungsprinzips) oder die Erhöhung des Gewichtes und der Zugänglichkeit sozialer Dienstleistungen (Beratung, Betreuung und Bildung) als öffentlich erbrachte Leistungen in einem demokratisierten Dienstleistungssektor. Es gehe um eine sinnvolle Kombination von Geldleistungen und allgemein zugänglichen sozialen Dienstleistungen. Abschließend hob Lessenich hervor, dass jetzt ein bewusster Kampf der Leitbilder erforderlich sei. Sozialpolitik trage ein „konservativ-revolutionäres Doppelwesen“ in sich. Es gehe in diesem Sinne nicht um einen „So-

zialstaat von oben“ - auch der heutige Sozialstaat sei das Resultat gesellschaftlicher Kämpfe und damit auch einer „von unten“. Unter diesem Gesichtspunkt betonte er, dass die Sozialstaatsidee nur in Verbindung mit starken sozialen Bewegungen wirkungsvoll sein könne. Zentral in den kommenden Auseinandersetzungen sei die Frage der Migration.

Peter Fleißner knüpfte an die Frage eines Konzeptes eines neuen Sozialstaates an, indem er als aktuelle Aufgabe festhielt, dass es um die Demokratisierung des Wohlfahrtsstaates dadurch ginge, dass „wir ihn selber machen“. In seinem Beitrag widmete er sich konkreten Vorschlägen, wie dieses „selber machen“ aussehen könnte. Er wolle Quellen für Veränderungen in der Gegenwart ausfindig machen. Mit dem technischen Fortschritt eröffneten sich, so Fleißner, dafür neue Möglichkeiten. Er entwickelte davon ausgehend die Bedeutung von gruppenorientierten Netzwerken auf verschiedenen Gebieten sozialer Sicherung: „peer-group-care“ als Selbstorganisation der gegenseitiger Hilfe von Betroffenen unter Nutzung des Internet, Studienzirkel als basisdemokratische Formen selbstbestimmten Lernens, Arbeitsmedizinische Gruppen, die sich mit den eigenen Arbeitsbedingungen auseinandersetzen und Intrapreneurgruppen, die im Rahmen internationaler Konzerne selbstbestimmt Produktionsabläufe in großer technologischer Tiefe und in direkter Kooperation mit entsprechenden Partnern weltweit organisieren. Es gehe darum, Veränderungen des Sozialstaates auch so zu gestalten, dass Kompetenzen und Rechte durch die Bürgerinnen und Bürger zurückgeholt und unter ihre eigene Kontrolle gestellt werden.

Die anschließende Diskussion standen vor allem Fragen des Arbeitsbegriffs und der Rolle des Staates im Mittelpunkt. Es wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit die Begriffe Arbeit und Vollbeschäftigung selbst überhaupt noch verwendbar seien. Dafür wurden von verschiedenen Diskussions TeilnehmerInnen verschiedene Argumente vorgebracht. So wurde die Auffassung

vertreten, dass die „Industriegesellschaft“ vorbei, eine neue Terminologie daher unumgänglich sei oder dass im allgemeinen Bewusstsein „Arbeit“ zu stark mit der Beschäftigung in einem kapitalistischen Unternehmen in einer starren Hierarchie verbunden werde. Es wurde vorgeschlagen, den Begriff „Arbeit“ durch „Gestaltungsanspruch“ zu ersetzen.

Bezüglich der Rolle des Staates und der damit verbundenen Problematik von Demokratie und Selbstorganisation bzw. Selbstbestimmung im System sozialer Sicherung wurde in den Beiträgen die Widersprüchlichkeit des heutigen Sozialstaates mit großer Deutlichkeit sichtbar. Die Meinungsäußerungen reichten von prinzipiellen Zweifeln an der Möglichkeit eines Sozialstaates im Sinne Lessenichs bis zu Überlegungen konkreter Umsetzungen der Idee, z.T. in Anlehnung von Vorschlägen der ReferentInnen. Betont wurde, dass in den Auseinandersetzungen viel stärker die Notwendigkeit des Sozialstaates betont werden sollte. Gleichzeitig gehe es darum zu verhindern, dass partizipative Ansätze missbraucht werden, um den Abbau sozialer Leistungen zu legitimieren. Man sollte allerdings auch neue Ideen nicht allein deshalb ablehnen, weil sie eventuell missbraucht werden könnten. Selbstorganisation im sozialen Bereich brauche neben einer in starken sozialen Bewegungen bestehenden politischen Basis auch Ressourcen und eine Infrastruktur, die sich dann sicher von der heute gegebenen unterscheiden müsse. Es gehe hier auch um ein Gleichgewicht von Selbstbestimmung/Selbstorganisation auf der einen und Professionalisierung sozialer Arbeit auf der anderen Seite. Nötig seien entsprechende Bildungsangebote einschließlich einer „ethischen Qualifizierung“ sowie umgangsfreundlichere Technik. Um einen derartigen institutionellen Rahmen selbstbestimmten Handelns zu sichern, sei der Staat weiterhin nötig. Schließlich gehe es darum, Selbstorganisation mit garantierten Rechten zu verbinden. Große Bedenken wurden gegenüber der von Fleißner referierten Idee der Intrapreneurgruppen vorgebracht. Die betriebliche

Praxis habe dieses Konzept bereits überholt und in Konzernstrategien gegen die Beschäftigten integriert.

Europäische Dimension

Klaus Dräger beleuchtete dann die europäische Dimension der Fragestellung. Er vertrat die Ansicht, dass das Europäische Sozialmodell ein Mythos sei, hinter dem inzwischen sehr verschiedene Wege sozialer Sicherung zusammengefasst werden. Offen sei vor allem der Weg Osteuropas. Es bestehe die Tendenz, die osteuropäischen Beitrittsstaaten zu Vorreitern weitergehenden grundsätzlichen neoliberalen Umbaus zu missbrauchen. Die EU selbst habe bisher versucht, vor allem eine Passfähigkeit der nationalen Sicherungssysteme im Interesse der Mobilität von Arbeitskraft zu sichern. Über lange Zeit sei die „soziale Dimension der EU“ schwach ausgeprägt gewesen. Sozialdumping sei so konzeptionell als Bestandteil bisheriger EU-Sozialpolitik zu sehen. Über die Lissabon-Strategie werde nun allerdings indirekt eine fortschreitende Formierung der sozialen Sicherungssysteme im Sinne eines neoliberalen Leitbildes betrieben. Als Aufgaben stellte der Redner die Herstellung einer EU-weiten und auch darüber hinaus reichenden Solidarisierung gegen den betrieblichen Umbau sozialer Sicherung und eine entsprechende neue öffentliche Diskussion der „sozialen Dimension“ der EU heraus. Er verwies auch darauf, dass die Bolkestein-Richtlinie, die weitreichende Konsequenzen auch im sozialpolitischen Bereich habe, noch lange nicht vom Tisch sei. In der anschließenden Diskussion wurde bezüglich des oft als beispielhaft dargestellten schwedischen Sozialstaates die Begrenztheit des Modells analysiert. Der schwedische Sozialstaat habe seine Grenze am Arbeitsplatz gefunden. Sobald sozialstaatliche Regelungen zu tief in die Kernbereiche kapitalistischer Machtstrukturen eingegriffen hätten, sei die Weiterentwicklung blockiert worden. Deshalb müsse die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen als originäres Element eines

eigenen Konzeptes von Sozialstaat verstanden werden. Wenn sich heute wirtschaftliche Macht auf EU-Ebene konstituiert, müsse dem genauso eine Gegenmacht auf gleicher Ebene, und nicht nur auf nationaler Ebene entgegengestellt werden. Insofern komme die Linke um eine eigene gemeinsame Sozialstaatskonzeption bzw. eine Konzeption von Sozialpolitik in der EU nicht herum. Es fehle allerdings dafür im Moment an einer gemeinsamen „Leitidee“. Mit der Europäischen Sozialcharta, mit der Grundrechtecharta, den Erfahrungen eines breiten Sektors öffentlicher Daseinsvorsorge und Erfahrungen im Bereich der Wirtschaftsdemokratie verfüge die Linke in Europa insgesamt über vielfältige Ausgangspunkte für eine derartige Strategiebestimmung. Es wurde allerdings auch angemerkt, dass es gerade zur Frage des Maßes staatlicher Intervention und zur Verbindlichkeit von Richtlinien zur Sozialpolitik innerhalb der EU stark differierende Auffassungen in der Linken gäbe.

Konsequenzen

In einem abschließenden Diskussionsblock ging es um die Konsequenzen, die sich aus den analysierten Tendenzen und dargestellten möglichen Konzepten für die politische Praxis ergäben. Julia Müller vom WASG-Vorstand und Torsten Koplin, Mitglied des Vorstandes der Linkspartei.PDS legten dazu ihre Auffassungen dar. Dabei wurden strategische Fragen, vor allem die nach der Haltung zu Konzepten eines Grundeinkommens, berührt.

Julia Müller stellte an den Ausgangspunkt ihres Beitrages die Frage, was das Eigene an einem linken Projekt eines Sozialstaates sein müsse, wie man die Brüche und Widersprüche des neoliberalen Projektes nutzen und an die Alltagserfahrungen anknüpfen könne. Sie sprach sich für eine große Breite einer entsprechenden Konzeptbildung aus. Davon ausgehend konstatierte die Referentin die Haltung zur Arbeitsgesellschaft als einen Bruchpunkt in der linken Diskussion: gehe es um ein bedingungsloses Grundeinkommen oder um eine

neue Vollbeschäftigung? Nach ihrer Auffassung sei die zentrale Frage die nach der Organisation von Arbeit. Die Erwerbsarbeit sei das zentrale „Kampffeld“. Unter diesem Gesichtspunkt sei die Frage nach der Emanzipation von den heutigen Begrenzungen kapitalistischer Lohnarbeit, nach Selbstbefähigung und Selbstentwicklung wie auch gesellschaftliche Teilhabe zu stellen. Die Zukunft des Sozialstaates sei vorrangig unter diesem Gesichtspunkt, nicht unter dem der Ausgestaltung von Nischen zu diskutieren. Mindestlohn, Wirtschaftsdemokratie, Arbeitszeitverkürzung, menschengerechte Organisation von Arbeit sollten in Einheit mit einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung als wesentliche Eckpunkte eines eigenen Sozialstaatsmodells gesehen werden. Zentral sei die Stärkung der Gewerkschaften. Julia Müller hob hervor, dass die von den GrundeinkommensbefürworterInnen geltend gemachten Effekte, wie etwa die Verhinderung von Armut, auch durch Veränderungen bestehender Sicherungssysteme mit weniger Aufwand zu erreichen wären. Davon ausgehend kritisierte sie die Widersprüchlichkeit von Wahlprogrammatik und anderen Aussagen aus der Linkspartei.PDS, die zwischen Existenzgeldkonzepten auf der einen und der Befürwortung von Kombilohnmodellen auf der anderen Seite schwankten.

Torsten Koplin leitete seinen Beitrag mit dem Hinweis auf die Defensivsituation der Linken in der sozialpolitischen Auseinandersetzung ein. Insbesondere verwies er darauf, dass man den Kampf um Begriffe wieder aufnehmen müsse - Lohn, Arbeitslosigkeit, Solidarität usw.usf. hätten einen Bedeutungswandel erfahren, der alternatives Denken bzw. dessen Akzeptanz blockiere. Positiv sei zu vermerken, dass mit den Hartz-Protesten, der Gründung der WASG und der Belebung im Spektrum der sozialen Bewegungen viele Dinge wieder in Bewegung gekommen seien, die Chancen für einen Wechsel hin zu einer Stärkung emanzipatorischer Bestrebungen und Tendenzen in der Gesellschaft so gut wie lange nicht mehr seien. Davon ausgehend

seien Grundfragen, wie z.B. die Eigentumsfrage wieder diskutierbar geworden. Allerdings ginge es darum, Wege zu finden, diese Fragen anknüpfend an den Alltag zu stellen. Koplín hob dabei die Diskussion von Privatisierungsfolgen und Strategien der Deprivatisierung hervor. Er verteidigte die Vorstellungen von Katja Kipping und Bodo Ramelow zu einem Grundeinkommen und führte dazu als Argumente den Schutz vor Armut, die zu erreichende Veränderung des Kräfteverhältnisses auf dem Arbeitsmarkt und die Beschneidung von Profiten an. Natürlich sei auch mit einem Grundeinkommen das Problem sozialer Ungleichheit nicht zu lösen, Armut würde aber nicht mehr in der heutigen Form möglich sein. Er sprach sich für eine Zusammenführung dieser Forderung z.B. mit denen nach einem Mindestlohn, nach einem Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und dem Umbau des Steuersystems aus. Es gehe also um ein Strategiebündel, mit dem ein Richtungswechsel im Sozialen zu erreichen sei.

In der Diskussion wurde von der Mehrheit der TeilnehmerInnen die Option eines bedingungslosen Grundeinkommens kritisch hinterfragt oder abgelehnt. Es wurde angezweifelt, dass von einem Grundeinkommen die vermuteten emanzipatorischen Impulse ausgingen und dass ein solches Konzept im gewerkschaftlichen Raum bzw. bei den Beschäftigten Akzeptanz finden könnte. Auch wurde die Befürchtung geäußert, dass bei Fixierung auf diese Forderung das Feld der Arbeit schnell aus dem Blick geraten könne. Es wurde ausdrücklich davor gewarnt, sich vor den „betrieblichen Problemen zu drücken“. Unterstützung fanden alle Gedanken, die auf eine Integration verschiedener Forderungen in ein Sozialstaatskonzept hinausliefen. Diese Integration erfordere jedoch noch viel Arbeit, ein Teilnehmer sprach von einem Umbruch in der politischen Kultur der Linken. Die verschiedenen linken Milieus müssten sich endlich mit größerer Kooperationsbereitschaft aufeinander zu bewegen. Es gehe um einen „großen Wurf“, der die Gewährleistung sozialer Leitungen im engeren

Sinne, allgemein zugängliche soziale Dienstleistungen, starke Gewerkschaften, Demokratie in Unternehmen und starke soziale Bewegungen einschließen müsse.

Es ist schwierig, eine Bilanz der Veranstaltung zu ziehen, die der Breite der Diskussion gerecht wird. Für die „Neuerfindung des Sozialstaates“ scheinen aber folgende Punkte konsensfähig zu sein:

- Es wird kein Zurück zum „alten“ Sozialstaat geben und geben können;
- es geht um einen breiten konzeptionellen Ansatz, der Arbeit und Leben auf neue, emanzipatorische Art zusammenführt - „anders arbeiten“ und „anders leben“ müssen konzeptionell zusammen fallen;
- in einem „neuzuerfindenden Sozialstaat“ wird die umfassende Demokratisierung im Bereich des Sozialen wie im Bereich der Wirtschaft ein wesentlicher Eckpunkt sein müssen;
- ein „neuzuerfindender Sozialstaat“ muss seine Basis in breiten solidarischen Bündnissen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene finden, wobei den Gewerkschaften eine wichtige Rolle zukommt
- die Einheit von Selbstbestimmung, Eigenaktivität, öffentlicher Bereitstellung sozialer Dienste und Gewährleistung sozialer Rechte wird als wesentliches Merkmal eines neuen Sozialstaates betrachtet.

Auf den ersten Blick mögen diese Punkte banal und konzeptionell dünn erscheinen; tatsächlich steht dahinter jedoch ein weitgehender Bruch mit der bisherigen Sozialstaatslogik wie auch mit der Logik vieler Diskussionen und ritualisierter Verhaltensweisen in der linken Bewegung - Veränderung und Selbstveränderung stellen sich in der Konsequenz der Diskussionen als gleichermaßen notwendig dar. Offen blieben vor allem Fragen der Gestaltung von politischen Umsetzungsprozessen, der Schrittfolge und taktischer Optionen. Gleiches gilt für die Konsequenzen aus den

Prämissen der Geschlechter- oder Generationengerechtigkeit und in noch weiterem Sinne der Barrierefreiheit für die Konzeptbildung. Die Postulierung der Prinzipien selber ist wichtig, es gilt aber zu erfassen, welche Veränderungen in Gesellschaft und in der linken Bewegung selbst die Realisierung dieser Prinzipien nach sich ziehen. Klar ist, dass die Folgen nicht nur die Ver-

teilungsverhältnisse betreffen, sondern tief in kulturell verinnerlichte Beziehungen werden eingreifen müssen. Dies wird weiteren Diskussionen vorbehalten bleiben.

Dr. Lutz Brangsch
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Das 2. Forum (1. Teil): Entwicklungsmöglichkeiten und Gefährdungen – das Projekt einer „Pluralen Linken“ – Anforderungen an die Linkspartei

29. Oktober 2005 in Frankfurt/Main

Von Fragen der Organisationsform über europäische Vergleiche bis zum geschlechterdemokratischen und migrationspolitischen Profil eröffnete das zweite gesellschaftspolitische Forum eine breit gefächerte Debatte zur Entwicklung der Linkspartei. Über 90 TeilnehmerInnen diskutierten am 29. und 30. Oktober in Frankfurt/Main über Anforderungen an eine künftige gemeinsame linke Partei, ausgehend von Linkspartei.PDS und WASG. Ihre Kernforderungen waren eine kulturelle und interkulturelle Öffnung der Linken sowie transparente und demokratische Parteistrukturen.

Im Vordergrund stand die Entwicklung in den westdeutschen Ländern, wo der Linkspartei.PDS am 18.9. mit einem Ergebnis von 4,9% (nach 1,1% 2002 für die PDS) ein spektakulärer Erfolg gelang, der freilich noch lange nicht stabil ist. Hierzu wurden am Samstag einleitend drei analytische Betrachtungen zu Arbeitsweisen und Funktion einer künftigen Linkspartei im (westdeutschen) politischen Spektrum vorgestellt:

Christoph Spehr (Bremen) formulierte drei zentrale Ziele für eine moderne Linkspartei: Pluralität als gewollte, nicht nur hingegenommene, Akzeptanz von Unterschiedlichkeit; „offener Sozialismus“ als Offenheit für gesellschaftliche Entwicklungen und Verzicht auf elitär-pseudowissenschaftliche Zukunftsentwürfe; offene Organisation mit Anknüpfungspunkten für Nicht-Mitglieder. Er warnte vor einer Überschätzung programmatischer Debatten. Meinhard Meuche-Mäker (Hamburg) zog Schlussfolgerungen aus knapp 15 Jahren Geschichte der West-PDS, die dort „eigentlich nie eine Chance gehabt“ habe. Aus ihren vielen Schwächen, kleinen (vor allem kommunalpolitischen) Stärken und

den Erfahrungen mit dem organisatorischen Gefüge, ohne das der Wahlkampf 2005 auch im Westen sehr viel schwieriger gewesen wäre, könne und müsse auch die Linkspartei unter Einschluss der WASG für ihre künftige Arbeit im Westen lernen. Meuche-Mäkers Thesen fußen auf einer von ihm für die RLS erstellten Studie zur „Die PDS und der Westen“, die im November 2005 veröffentlicht wird.

Helge Meves (Berlin), einer der Mitinitiatoren der WASG, skizzierte die Erwartungen bei der Entstehung der WASG und ihren jetzigen Stand. Er verwies dabei auf die großen organisationspolitischen Differenzen zwischen Linkspartei und WASG sowie auf die große Zahl neu-politisierter, selbst von Sozialabbau betroffener Menschen, die oftmals nicht aus der klassischen Linken kämen. Dies biete Chancen für die Entwicklung einer zukünftigen Linkspartei, stelle jedoch auch eine erhebliche Herausforderung dar.

An der anschließenden breiten Debatte beteiligten sich u.a. Joachim Bischoff, Murat Çakir und Björn Radke vom Bundesvorstand der WASG, Benjamin Hoff und Heiner Halberstadt von der Linkspartei.PDS. Am Samstagabend diskutierten Christophe Hodé (PCF, Frankreich) und Daniel Oliveira (Bloco de Esquerda, Portugal) über Modelle pluraler Linksparteien in ihren Ländern.

Die Diskussionen über feministisch-frauenpolitische und migrationspolitisch-antirassistische Anforderungen an eine kommende Linkspartei am Sonntagvormittag waren stärker auf eine breite Beteiligung der TeilnehmerInnen angelegt. Als roter Faden verband beide Veranstaltungstage die Forderung nach offenen, flexiblen und durchlässigen Organisationsweisen. Diese seien eine Voraussetzung, die Att-

raktivität von WASG und Linkspartei im Westen für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund zu stärken. Die Erwartungen, die Frauen an eine parteiliche Organisation stellten, könnten mit Stichworten wie Offenheit, Transparenz, Verständlichkeit und Kompetenz beschrieben werden sowie mit der Fähigkeit, im Diskurs Angebote zu entwickeln und eigene Interessen mit Konsequenz und Realitäts-sinn durchzusetzen, so Evelin Wittich (RLS, Berlin).

Murat Çakir (WASG, Kassel) hob insbesondere auf eine „Demokratisierung der

Demokratie“, eine umfassende interkulturelle Öffnung auch der Linken und, in der Diskussion durchaus kontrovers, auch eine gewisse Quotierung für MigrantInnen in einer kommenden Linkspartei ab. Insbesondere die frauenpolitische Debatte soll in einer eigenen Veranstaltung in der Reihe der „Gesellschaftspolitischen Foren“ Anfang 2006 vertieft werden.

Dr. Florian Weis
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Das 2. Forum (2. Teil): Linkspartei: Feministisch oder nicht links? Anforderungen aus feministischer und frauenpolitischer Sicht

30. Oktober 2005 in Frankfurt/Main

Nachdem am Abend zuvor allgemeine Fragen der Entwicklung einer Linkspartei debattiert wurden, widmete sich die Diskussion am Sonntagmorgen Problemen des Feminismus und des Stellenwertes von Geschlechtergerechtigkeit in einem solchen Projekt. Trotz des frühen Beginns war die Veranstaltung von Frauen und Männern gut besucht – ein Zeichen, dass dieses scheinbar schon so oft ausdiskutierte Thema offensichtlich einen Nerv bei Aktiven trifft.

Als Ausgangspunkt formulierte die Moderatorin der Veranstaltung, *Silke Veth* (Rosa-Luxemburg-Stiftung) die Frage, welche Anforderungen aus frauenpolitischer Sicht an ein neues Linksbündnis zu stellen seien. Sie betonte, dass dabei neben den inhaltlichen Fragestellungen auch organisatorisch-strukturelle Rahmen zu diskutiert werden müssten. Davon ausgehend stellte sie folgende Fragen an den Beginn der Veranstaltung:

1. Welche Strukturen sind für eine linke Frauenpolitik notwendig (u.a. vor dem Hintergrund der Tatsache, dass etwa in der WASG weniger Frauen aktiv sind als in der Linkspartei/PDS)?
2. Welche Bündnisse oder strategischen Einstiegsprojekte sind möglich (z.B.: gemeinsame Positionen von Ost- und Westfrauen), wie kann man diese Einstiegsprojekte als gemeinsame „Lernprojekte“ gestalten?
3. Welche konkreten Schritte können für die Zukunft vereinbart werden?

Man müsse von einer „Spiegelstrichpolitik“ wegkommen, die die einzelnen Politikfelder als abgeschottet voneinander zu bearbeiten betrachtet. Es ginge darum, an andere Formen des Politik-Machens anzuknüpfen oder diese zu entwickeln, um die

eigene Reproduktion politisch und kollektiv bearbeiten zu können. Die Veranstaltung sei aus ihrer Sicht ein Einstieg in die gemeinsame Suche nach derartigen anderen bzw. neuen Wegen.

In einleitenden Beiträgen stellten *Evelin Wittich* und *Eva Schäfer* (beide Rosa-Luxemburg-Stiftung) theoretische Positionen wie auch praktische Erfahrungen von feministischer und Frauenpolitik in der Linken dar.

E. Wittich bezeichnete es als eine Grundfrage linker Politik, was die Linke politisch im Bereich der Geschlechterverhältnisse erreichen wolle. Diese Frage sei bisher weder in theoretischer noch in praktischer Hinsicht schlüssig beantwortet. Zwar habe sich die PDS Anfang der 90er klar zum Paragraphen 218 und auch zur Quotenregelung positioniert. Dennoch sei nie konsequent ausdiskutiert worden, was Frauen- bzw. feministische Politik wirklich heiße, wie viel Wert die Linke auf die Beteiligung von Frauen in der Politik lege, was die Linke sich hiervon verspreche und wie man mit den daraus resultierenden Konsequenzen umgehen könne bzw. müsse. Gehe es um Politikangebote an Frauen oder darum, mit Frauen neue Politik zu machen?

In der Geschichte der sozialen Bewegungen würden selbst von Frauen durchaus unterschiedliche und z.T. ambivalente Positionen in dieser Hinsicht vertreten. So sei Rosa Luxemburg zwar für Emanzipation eingetreten, könne nach dem jetzigen Forschungsstand jedoch nicht explizit als Feministin bezeichnet werden. Die so genannte „Frauenfrage“ überließ sie ihren Zeitgenossinnen Clara Zetkin und Alexandra Kollontai. Ähnliches gelte für Hannah Arendt. Wittich zitiert sie mit der Frage: „Was verlieren wir, wenn wir gewinnen?“

Generell könne beobachtet werden, dass sowohl in Geschichte als auch Gegenwart viele politisch aktive und erfolgreiche Frauen das Problem der Geschlechtergerechtigkeit nicht thematisieren, sondern durch ihre eigene Tat Gleichberechtigung erreichen und leben wollten.

In der Linkspartei.PDS in den östlichen Bundesländern spiegelte sich dies in Kontroversen zwischen Feministinnen und anderen politisch engagierten Frauen wie auch in der Tendenz zur Marginalisierung von LISA wider. Wichtig sei in diesem Zusammenhang jedoch, dass beide Gruppierungen nicht gegeneinander agierten, sondern in Dialog treten. Beide Sichtweisen und darüber hinaus auch die der Frauen aus den westlichen Bundesländern mit ihren unterschiedlichen frauenpolitischen, feministischen und Queer-Ansätzen seien unverzichtbar für die Linke. Wichtig sei vor allem auch der Austausch von Frauen in Ost und West.

Aus dieser Pluralität der Sichtweisen stelle sich auch die Frage nach den Begriffen, die diesen unterschiedlichen Positionen Rechnung tragen. Sollte man/frau nun den Begriff der Geschlechterdemokratie, des Gendermainstreaming, des Feminismus (bzw. der verschiedenen Feminismen), der Geschlechtergleichstellung oder –gleichberechtigung verwenden? In der RLS habe man/frau sich bewusst für den von Frigga Haug vorgeschlagenen Begriff „Geschlechterverhältnisse“ entschieden, da dieser Begriff u.a. auch die ethnische, soziale und Klassen-Dimension der Geschlechterfrage mit einbeziehe und auf beweglichen und widersprüchlichen Charakter des Verhältnisse der Geschlechter verweise.

In einem weiteren Komplex ihrer Ausführungen stellte E. Wittich Befunde zur praktisch-politischen Dimension der Frage vor. Wie verhalten sich Frauen bei Wahlen? Tendenziell wählten Frauen eher links, da sie sich für Themen wie beispielsweise Solidarität, soziale Gerechtigkeit, das Wohl zukünftiger Generationen etc. interessierten und einsetzten. So verdanke die PDS ihren Wahlgewinn etwa bei den Bundestagswahlen 1998 und den Berliner Wah-

len 2001 hauptsächlich Frauen. Jedoch habe sich dieser Trend nicht fortgesetzt. Bei den letzten beiden Bundestagswahlen seien Verluste unter der weiblichen Wählerschaft der Linken zu beobachten gewesen. Hier müsse darüber nachgedacht werden, wieso Frauen, die linken Themen prinzipiell offen gegenüber stünden, sich von der Linkspartei.PDS abwenden und wie sie wieder für die Linke gewonnen werden könnten.

Untersuchungen hätten ergeben, dass Frauen tendenziell nicht taktisch, sondern eher programmatisch wählten. Dabei interessierten Frauen sich für Politikfelder wie soziale Sicherung, Gesundheit, Umweltpolitik u.Ä. Es sei daher besonders wichtig, Frauen in diesen Bereichen in die Politik einzubinden und so zugleich von den besonderen kommunikativen Fähigkeiten zu profitieren, die bei Frauen im Vergleich zu Männern mehrheitlich vorhanden seien. Darüber hinaus können Frauen dazu beitragen, den sozialen Zusammenhalt in der Partei zu stärken und Konflikte zu lösen. Auch sei der Umgang mit Informationen bei Frauen tendenziell anders: Während Männer Informationen eher als Machtinstrumente ansähen und diese hierarchisch und selektiv verteilten, bevorzugten es Frauen, Informationen schnell und umfassend fließen zu lassen, um zu Entscheidungen zu kommen. Entsprechend sei Frauen häufig ein ablehnendes Verhältnis zur Macht zu Eigen. Dies korrespondiere auch mit den Ergebnissen einer Studie über weibliche Mitglieder der PDS von Eva Schäfer, die belege, dass für viele Frauen eine Partei nicht der bevorzugte Ort ihres politischen Wirkens sei. Die Erwartungen, die Frauen an eine parteiliche Organisation stellten, könnten mit Stichworten wie Offenheit, Transparenz, Klarheit, Verständlichkeit, Kompetenz, die Fähigkeit, im Diskurs Angebote zu entwickeln sowie Konsequenz und Realitätssinn bei der Durchsetzung der eigenen Interessen beschrieben werden – all dies seien Qualitätsmerkmale einer modernen sozialistischen Partei. Es gehe somit darum, einen Gleichklang zwischen Programmatik,

Struktur und realitätsbezogenen Zukunftsprojekten zu erreichen.

Eva Schäfer griff das Problem der Sprache geschlechtergerechter Politik auf und beleuchtet den Gender-Begriff: Der aus der US-amerikanischen Wissenschaft stammende Begriff führe weg von der eindimensionalen Sicht auf die Frauen oder die Männer. Er konzipiere das Geschlecht als sozio-kulturelle Struktur und treffe keine Festlegungen, die auf einem bipolaren und nur auf das biologische Geschlecht abzielenden Verständnis fußten. Der Gender-Begriff umfasse z.B. auch queere Lebensweisen, die sich gegen eine ausschließlich heterosexuell definierte Norm der Mehrheitsgesellschaft wehrten. Sexualität werde so als Strukturmoment von Gesellschaft, somit als auch politisches Verhältnis verständlich und handhabbar.

Schäfer hob zwei Seiten der aktuellen Diskussionen um die Geschlechterverhältnisse hervor. Einerseite gehe es um das Genderkonzept als Konzept der Kritik der Verteilung von Ressourcen zwischen Männern und Frauen, die unterschiedliche Machtpositionen beider in der Gesellschaft nach sich zögen. So besetzten Frauen in Gesellschaft und Politik ganz andere Positionen, Männer hätten sich, so auch in der Linkspartei.PDS, bei der Verteilung von Posten nach einem heftigen Machtkampf schließlich durchgesetzt. Andererseits müsse dieses Wissen um Machtverhältnisse in großer Breite öffentlich diskutierbar gemacht werden. Der Arbeitskreis „Frauen und Politik“ der RLS öffne sich inhaltlich und personell, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Frauen aus den alten und neuen Bundesländern sollten zusammengebracht um Verständnis füreinander entwickeln zu können. Ost- und Westfrauen verfügten über eine recht unterschiedliche Sozialisation. So definierten sich Frauen aus den neuen Bundesländern mehrheitlich sehr stark über die Erwerbsarbeit, wie eine Studie von Eva Schäfer über ostdeutsche Frauenbiographien gezeigt habe. Aus der Perspektive dieser Frauen stießen Begriffe aus der westdeutschen Frauenbewegung

wie „feministisch“ oder „queer“ häufig auf Unverständnis. Es gehe also nicht zuletzt um die Klärung von Begrifflichkeiten, um Blockaden für ein gemeinsames politisches Handeln aufzulösen. Daher müssten Begriffe gefunden werden, mit denen sich auch diese Gruppe identifizieren könne, ein Vorschlag wäre z.B. „emanzipative Geschlechterpolitik“.

Schließlich gehe es um Empowerment und Vernetzung von Frauen. Dies schließe natürlich die Auseinandersetzung mit aktuellen Lebensfragen von Frauen mit ein. Als Beispiele führte die Referentin das Leben von Frauen am Rande der Gesellschaft, geschlechterpolitische Dimensionen des demographischen Wandels und wiederum das Verhältnis von Geschlechtergerechtigkeit und Sprache (z.B. auch in Wahlkämpfen) an. Aufgabe sei es, mit diesen Themen und den damit verbundenen spezifischen gesellschaftspolitischen Sichtweisen sich zu einem Teil einer strategischen Debatte zu machen.

In der Diskussion spielten vor allem Erfahrungen mit dem Umgang mit Frauen und „Frauenthemen“ in der PDS.Linkspartei und der WASG sowie die Frage der Quotierung eine Rolle. Thematisiert wurden ganz elementare Fragen, wie das Fehlen von Kinderbetreuungsmöglichkeiten im Umfeld von politischen Veranstaltungen, die strukturelle Diskriminierung Alleinerziehender aber auch der persönliche Umgang mit Frauen.

Die z.T. sehr emotional geführte Diskussion konzentrierte sich vor allem auf folgende Aspekte:

Hinsichtlich der *Quotenregelung* waren von Ablehnung über Skepsis bis hin zur unbedingten Unterstützung und Durchsetzung alle Meinungen vertreten. Mehrheitlich wurde die Quote jedoch befürwortet und dazu aufgefordert, weiter dafür zu kämpfen. Es zeige sich, dass die Umsetzung besonders auf der Kreis- und Lokalebene schwierig sei, da nicht genügend Frauen für die politische Arbeit zur Verfügung stünden. Auch das Problem, dass

manche „Quotenfrauen“ nicht die erforderlichen Qualifikationen für die jeweiligen Positionen hätten, wurde (von einer Frau) zu Bedenken gegeben. Schließlich, so wurde gesagt, fühlten sich diejenigen „Quotenfrauen“, die sehr gut qualifiziert sind, durch diesen Begriff denunziert. Eine Teilnehmerin bezeichnete die Quote gar als „schwachsinnig“, da viele Frauen sich bewusst gegen die Partizipation in der Politik entschieden – einer nach wie vor von Männern dominierten und in Umgangsformen, Kommunikation etc. geprägten Welt, mit der Frauen gar nichts zu tun haben wollten. Dieser Position wurde von anderen DiskussionsteilnehmerInnen nur insoweit gefolgt, als das die unterschiedlichen Diskussions- und Umgangsformen, verschiedene politische Kulturen bei Männern und Frauen als Problem betont wurde. Frauen müssten einen viel höheren Aufwand treiben, um Einfluss zu gewinnen. Eine Teilnehmerin stellte frustriert fest, dass Feministinnen oder Frauen, die ihre Rechte forderten, immer noch als „Zicken“ gebrandmarkt würden, was verletzend sei und dadurch „zickiges“ Verhalten manchmal geradezu provoziere – ein Konflikt, den sie als schwer lösbar bezeichnete. Allerdings müssten dabei auch patriarchal geprägte Verhaltensweisen unter Frauen deutlicher thematisiert werden. Es wurde angeführt, dass gerade die Entwicklung der Grünen, die schließlich trotz Quotierung einen gesellschaftspolitischen Kurs mittragen, der durch die mit ihm originär verbundenen Prekarisierungsprozessen vor allem gegen Frauen wirkt, darauf verweist, wie umfassend ein politisches Konzept von Geschlechtergerechtigkeit in die Gesellschaft wie auch in die eigenen Organisationen gleichermaßen wirken müsse. Weitgehende Übereinstimmung bestand darin, dass für die Quotierung Voraussetzungen geschaffen werden müssen, es gehe hier um eine politische Aufgabe, die alle angehe. Daran anknüpfend wurde betont, dass die weitere Qualifizierung von Frauen, wie z.B. im Rahmen des einjährigen Politikmanagement-Kurses der RLS, weiter zu forcieren sei. Dies schließe aber

auch (scheinbar) einfache Dinge, wie etwa die entsprechende Berücksichtigung von Referentinnen auf Veranstaltungen, die gezielte Einladung von Frauen, die Bereitstellung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder eine andere zeitliche Organisation von Veranstaltungen ein.

Jedoch zeige sich hier auch eine grundsätzliche Schwierigkeit. Zum einen seien Haus- und Erwerbsarbeit immer noch voneinander getrennt, weshalb sich die terminliche Zusammenführung von Hausfrauen/-männern und Erwerbstätigen in der Praxis als schwierig erweise. Hier müssten Frauen aus Ost und West auch ausgehend von unterschiedlichen Erfahrungen im politischen Handeln viel stärker zusammenwirken, um neue Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Zum anderen seien auch die *strukturellen Benachteiligungen* von Frauen, z.B. dass Frauen nach der Geburt ihrer Kinder keinen Job mehr bekommen oder der höhere Anteil von Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen, besonders in den geringer qualifizierten Bereichen hinsichtlich politischer Positionierung wie auch organisatorischer Ausgestaltungen von linker Politik eine Herausforderung. Hinzu käme, dass vor allem junge Frauen sich selbst häufig gar nicht als das „unterdrückte Geschlecht“ wahrnahmen. Erst, wenn sie für die Problematik sensibilisiert würden – z.B. durch Themen wie Lohnentwicklung, Mütterbilder, Verteilung der Hausarbeit – setze eine Reflektion ein. *Diese Fähigkeit, Widersprüche und Diskriminierungen entlang der Geschlechterverhältnisse wahrnehmen zu können*, müsse in der politischen und Bildungsarbeit in linken Organisationen befördert werden.

Es sei, so wurde von einigen der TeilnehmerInnen unterstrichen, eine Frage der *politischen Glaubwürdigkeit*, in organisatorischer wie auch in inhaltlicher Hinsicht Zeichen zu setzen. Es müssten neben einer geschlechtergerechten Gestaltung bestehender Parteistrukturen solche wie die Interessen- und Arbeitsgemeinschaften gestärkt werden, um Entscheidungsprozesse generell transparenter und zugänglicher zu machen. Dies sei eine wichtige Vorausset-

zung, um eine von Geschlechtergerechtigkeit geprägte politische Kultur in den Organisationen durchsetzen zu können. Es gehe also nicht nur um die Themen, sondern auch um die Art und Weise der Diskussion und des Umgangs. In inhaltlicher Sicht wurde anknüpfend an Erfahrungen in Skandinavien die Konzipierung einer „umfassend neuen Art von Sozialstaatlichkeit“ als Bindeglied zwischen feministischen und anderen Positionen sowie auch von programmatischen und praktisch-politischen Aktionen angeregt. Zwar seien die Politiken in diesen Ländern durchaus unterschiedlich geprägt, gemeinsam sei ihnen aber im Resultat, dass Bereiche wie Gesundheit oder Bildung gefördert würden, was automatisch bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Frauen bringe, da sie in diesen Bereichen überproportional stark beschäftigt und ihre Leistungen überproportional betroffen seien. Ein zweiter inhaltlicher Ansatz wurde in der Diskussion der geschlechtsspezifischen Ausprägung von Prekarisierungstendenzen gesehen. Es wurde von einer „neuen underclass vor allem auch junger Männer“ gesprochen, die bei formal gleichen Lebensbedingungen beginnen, eine von den prekarisierten

Frauen verschiedene Sozialisierung zu entwickeln.

Die Diskussion erinnerte in ihrer Breite und Problemtiefe an die, die zum Thema Geschlechtergerechtigkeit in der Konstituierungsphase der PDS Anfang der neunziger Jahre geführt wurde. Dies deutet darauf hin, dass tatsächlich wieder eine Entscheidungssituation entstanden ist, die über den Stellenwert von Geschlechtergerechtigkeit in linker Politik auf längere Sicht entscheiden wird. Mit großer Zustimmung wurde daher der Vorschlag aufgenommen, in einer weiteren Veranstaltung der Reihe „Gesellschaftspolitisches Forum“ der Vertiefung der hier debattierten Themen zu widmen. Gleichzeitig, so eine weitere Schlussfolgerung und Verabredung, sollte die Debatte um Begriffe und um die Anforderungen an eine an den Maßstäben von Geschlechtergerechtigkeit orientierten politischen Diskussionskultur fortgeführt werden.

Dr. Sandra Thieme / Dr. Lutz Brangsch
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Das 3. Forum: Demokratischer Sozialismus oder Warum bzw. ob es sich lohnt, um Begriffe zu streiten

05. November 2005 in Berlin

Unter der Überschrift „Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt“ diskutierten am 5.11.05 etwa 100 TeilnehmerInnen Ziele linker Bewegung und wie man diese Ziele formulieren könnte. Damit griff die Veranstaltung das Thema des Vorabends auf, an dem Gregor Gysi und Oskar Lafontaine sich mit der These des „Sozialismus als Tagesaufgabe“ auseinanderzusetzen hatten. In ihren einleitenden Bemerkungen verwies *Cornelia Hildebrandt* (Rosa-Luxemburg-Stiftung) darauf, dass in WASG, Linkspartei und SPD die Zielvorstellungen unterschiedlich formuliert würden: „solidarische Gesellschaft“ (WASG), „Sozialismus als Weg und Ziel“ (Linkspartei.PDS) und Zusammenführung von Demokratie und Sozialismus (SPD) markierten in deklaratorischer Hinsicht unterschiedliche Zugänge zu politischem Selbstverständnis, mithin zu strategischen Vorstellungen. Sie stellte die Frage, wie man mit diesen Unterschiedlichkeiten und den gleichzeitig vorhandenen Schnittmengen umgehen könne.

Die ReferentInnen Wolfgang Küttler, Dieter Klein, Joachim Bischoff, Bernd Riexinger, Frigga Haug und Michael Brie (in der Reihenfolge des Auftretens) repräsentierten verschiedene Generationen und Sozialisierungen. Wie auch bei den vorherigen Foren war das Publikum gemischt – AktivistInnen aus Linkspartei und WASG, Menschen, die sich in keiner Partei engagieren wollen und InteressentInnen, die sich durch die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen seit den Hartz-Protesten politisiert sehen, hatten sich eingefunden.

Gemeinsame Position der ReferentInnen war, dass alte Gewissheiten bei der Bewältigung der anstehenden Probleme nicht mehr helfen. Theoretische Prämissen und Begriffsapparate müssten neu überdacht werden, wenn es politisch handhabbare

Konzepte geben solle. Im Ringen um gesellschaftliche Hegemonie werde das Ringen um eine Sprache, die das Gemeinsame der Linken fassen könne, an Bedeutung gewinnen. In den Begriffen, mit denen sich die neue linke Bewegung und ein neues Parteiprojekt insbesondere selbst ein Gesicht geben wird, spiegele sich nicht nur Gegenwartsbewältigung sondern auch Fähigkeit des Umgangs mit Tradition und Vergangenheit, letztlich Identität wider.

In einem ersten Beitrag setzte sich *Wolfgang Küttler* mit der Theorie der Gesellschaftsformation auseinander. Er ging davon aus, dass die gegenwärtigen Umbrüche dazu zwingen, die bisherigen Vorstellungen zum Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus prinzipiell neu zu überdenken. Bezugnehmend auf Marx sprach er sich dafür aus, diesen Übergang in einem breiteren Kontext zu sehen. Fragen des Übergangs hätten vor allem in dessen Spätwerk, angeregt durch Fragen russischer Intellektueller, eine Rolle gespielt, wo eine Relativierung der vorher anzutreffenden Vorstellungen eines schnellen Übergangs zu beobachten sei. Aus seiner Sicht seien daher die bisherigen Vorstellungen vom Übergang des Kapitalismus in den Sozialismus als zu kurzschlüssig zu betrachten. In den bisherigen Konzeptionen sei zwar den vermuteten bzw. erwarteten Unterschieden zwischen Kapitalismus und Sozialismus viel Aufmerksamkeit geschenkt worden, die Übergangsphase selbst habe jedoch demgegenüber eine sträfliche Unterschätzung erfahren. Die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus an neue Konstellationen sei so unterschätzt worden. Er schlug vor, den Übergangsprozess selber als eigenständige Formation mit eigenen Entwicklungsgesetzmäßigkeiten, eigener Struktur und eigenen Widersprüchen zu fassen. Küttler verwies auf die heute anzutreffende

Vielfalt bürgerlicher Herrschaft von den USA über Skandinavien, Saudi-Arabien bis nach China und Indien, deren Konsequenzen heute im Begriff der Globalisierung zusammengefasst werden würden. Neben die Unterwerfung aller Bereiche der Gesellschaft unter die Kapitallogik trete die Ablösung der Gesellschaft von ihren natürlichen Existenzbedingungen. Mit dem „finanzgetriebenen Kapitalismus“ (so J. Bischoff) entstünde ein „Finanzkapitalismus auf höherer Stufe“, mit dem der Kapitalismus möglicherweise tatsächlich eine „reale Grenze“ seiner Anpassungsfähigkeit, so Küttler in Anlehnung an Überlegungen Elmar Altvaters, finden könnte.

So seien der Globalisierung zwei wichtige Merkmale eigen, die für die Neubestimmung des Formationsbegriffes wichtig seien: einerseits die Totalisierung des Kapitalismus, andererseits die Vertiefung der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung. Verbunden sei dies mit einer neuen Vielfalt von Formen des Widerstands, sei es selbstorganisierter, staatlich organisierter (wie in Venezuela) oder Terrorismus.

Ergebnis der beschriebenen Vielfalt sei, dass auf einem starren Formationskonzept basierende feste Zielbestimmungen nicht mehr möglich seien. Die nächste Stufe sei nicht die Überwindung des Kapitalismus, vielmehr sei diese nächste Stufe jeweils aus den spezifischen Herrschaftsformen sowie aus den entsprechend möglichen Bündniskonstellationen abzuleiten. Die gegenwärtige Aufgabe bestehe vor allem aber darin, die zerstörerischen Tendenzen des Kapitalismus zu bekämpfen – ob das Ergebnis der Prozesse schließlich das sei, was allgemein als Sozialismus bezeichnet werde, könne er nicht sagen. Zwar führe die gegenwärtige Entwicklung seiner Auffassung nach an Grenzen der Kapitalherrschaft, aber darüber hinaus gehende Tendenzen seien nicht klar zu bestimmen.

Alle DiskussionsteilnehmerInnen stimmten der Aussage zu, dass eine schnelle Umwälzung vom Kapitalismus zum Sozialismus heute nicht möglich sei. Die z.T. vagen Aussagen, vor allem hinsichtlich des Charakters einer zukünftigen nichtkapitalisti-

schen Gesellschaft und der Rolle der Arbeiterklasse als Subjekt des Übergangs, wurden allerdings nicht einhellig geteilt. Angemahnt wurde eine genauere Untersuchung der Produktivkraftentwicklung, um auch die Aussagen zum Emanzipationssubjekt klarer treffen zu können. Könne man der mitunter anzutreffenden These folgen, dass die InformationsarbeiterInnen heute eine der Industriearbeiterschaft des 19. und 20. Jahrhunderts analoge Funktion einnehmen werden? Es wurde der Vorschlag gemacht, ein anderes Verhältnis zur Natur, eine andere Zielrichtung von Produktion und Verteilung und partizipative Demokratie als Grundmerkmale einer dem Kapitalismus folgenden Formation zu beschreiben. Bezüglich der Tagesaufgaben wurde zustimmend hervorgehoben, dass der Sinn linker Politik u.a. darin bestünde, die inneren Vergesellschaftungsprozesse der Kapitalismus voranzutreiben. In dieser Hinsicht wurde die Bedeutung linkskeynesianischer Ansätze betont. Mit Blick auf die Entwicklung in China wurde vermerkt, dass diese exemplarisch zeige, dass eine kontinuierliche Fortsetzung gegenwärtiger Entwicklungslogiken in eine ökologische und soziale Katastrophe führen. Es müsse zu einer Einheit in der Kritik ökologischer und sozialer Prozesse kommen, die von den Grünen nicht geleistet werden konnte. Sie hätten die Kritik der ökologischen Krise nur mit einer Technik-, nicht mit einer Gesellschaftskritik verbunden.

In einem weiteren Diskussionsblock setzten sich *Dieter Klein* und *Joachim Bischoff* mit der Tragfähigkeit des Begriffs „Demokratischer Sozialismus“ auseinander. Es zeigte sich, dass dies keinesfalls ein akademischer Streit ist, sondern dass hier unterschiedliche Traditionen aufgegriffen werden, die in Linkspartei und WASG als identitätsstiftend betrachtet werden. Während Klein vor allem den mit dem Begriff verbundenen emanzipatorischen Anspruch hervorhob, betonte Bischoff die Diskreditierung des Begriffs durch die reale Politik der europäischen Sozialdemokratie.

Dieter Klein leitete seinen Beitrag mit der Frage ein, ob überhaupt ein „bündelnder Begriff“ zur Charakterisierung einer linken Strömung nötig sei. Immerhin sei die Reaktion auf Agenda 2010 nicht der Ruf nach „demokratischem Sozialismus“ gewesen. Er bejahte diese Frage mit dem Verweis auf drei Argumente: erstens könne eine Bewegung nicht auf ein theoretisches Fundament verzichten, zweitens habe sich die linke Bewegung, insbesondere die ArbeiterInnenbewegung, immer auch als theoretische Richtung verstanden und drittens müsse gerade eine Partei links von der SPD Wege, Werte und Ziele auf einen Grundbegriff bringen können. Zudem komme man nicht um eine Positionierung zum gescheiterten Realsozialismus herum. Dies alles könne der Begriff „links“ nicht leisten. Dabei erkenne er an, dass sich die Sozialdemokratie vom demokratischen Sozialismus als Konzept verabschiedet habe und sich an Varianten neoliberalen Gesellschaftsumbaus orientiere. Es ginge ihm nicht darum, sich mit der Verwendung des Begriffs demokratischer Sozialismus an diese Logik anzupassen, sondern den Begriff nicht aufzugeben und auf das Uneingelöste des in ihm manifesten Anspruchs zu betonen.

Anschließend entwickelte Klein inhaltliche Eckpunkte eines Konzeptes des demokratischen Sozialismus. Ähnlich wie Küttler, der aus formationstheoretischer Sicht eine genaue Beschreibung einer Perspektive ablehnte, betonte Klein die Bedeutung des Prozesses der gesellschaftlichen Veränderung für dessen Ergebnis selbst indem er sagte, dass der demokratische Sozialismus sein Gesicht in einem transformatorischen Prozess finden bzw. erhalten werde. Allerdings grenzte er sich von Küttler auf der einen und sozialdemokratischen Konzepten auf der anderen Seite dahingehend ab, dass er Sozialismus nicht als irgendwann zu erreichendes Fernziel, sondern als einen Prozess, der heute beginnt charakterisierte. Es gehe nicht einfach um eine Zivilisierung des Kapitalismus und eine Abfederung des neoliberal geprägten gesellschaftlichen Wandels, sondern darum, „kleine

Schritte“ und „große Brüche“ miteinander zu verbinden. Der reale politische Gehalt dieses theoretischen Streits zeige sich in den praktischen Konsequenzen dieser grundsätzlichen Positionsbestimmungen hinsichtlich der Entwicklungspotenziale des gegenwärtigen Kapitalismus, hinsichtlich der Haltung zur Kapitalverwertung sowie der daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen für die Regulationsweise. Aus Sicht des Referenten gehe es darum, Anknüpfungspunkte für Veränderungen im Heute zu finden, die Dominanz der Profitproduktion zurückzudrängen. Es gehe nicht um die Unterwerfung der Gesellschaft unter Verwertungsinteressen, sondern um die Unterwerfung aller Eigentumsformen unter das Gemeinwohlinteresse.

Dies durchzusetzen erfordere jedoch breite gesellschaftliche Allianzen, die fähig sind, die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse grundsätzlich zu verändern. Der dazu nötige Kulturbruch sei ein entscheidendes Moment des Transformationsprozesses.

Joachim Bischoff legte dar, warum aus seiner Sicht der Begriff des demokratischen Sozialismus für die WASG keine bündelnde Kraft besäße. Er betrachte das Konzept des demokratischen Sozialismus, wie es aus dem SPD-Programm abzuleiten sei, als gescheitert, genauso wie die Vision des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus. Die europäische Sozialdemokratie habe ohne Debatte und ohne den Begriff des demokratischen Sozialismus den Übergang auf neoliberale Positionen vollzogen. Die Kritik Münteferings an den Finanzkonzernen könne nicht verdecken, dass die Sozialdemokratie die durch diese repräsentierten zerstörerischen Tendenzen erst möglich gemacht habe. Der Weg, den die Sozialdemokratie eingeschlagen habe, könne und würde nicht zu einer Rezivilisierung des Kapitalismus führen. Vor diesem Hintergrund sei seiner Meinung nach eine Uminterpretierung des Begriffs demokratischer Sozialismus nicht möglich. Man solle sich jetzt erst über Inhalte einigen, bevor man an eine Begriffsbildung gehe.

Bischoff wählte als Ausgangspunkt seiner Vorschläge für eine inhaltliche Debatte die Auseinandersetzung um die „finanzgetriebene Akkumulation“. Die aus diesem Akkumulationsregime resultierenden gesellschaftlichen Zerstörungen seien nicht eine Frage der Qualität der Manager, sie seien diesem Regime eigen. Besonders problematisch sei, dass durch die Ausweitung von kapitalgedeckten Formen sozialer Sicherung dieses Akkumulationsregime Interessen in vielen Teilen der Gesellschaft beginne zu prägen. Es sei also die Auseinandersetzung zu führen, wie man von der Zerstörung wieder zur Regulierung kommen könnte: Rezivilisierung sei die Tagesaufgabe. Dafür benannte er drei Aufgabenkomplexe.

Erstens ginge es um eine Erneuerung von Politik und zivilgesellschaftlichem Engagement; dazu sei die Auseinandersetzung mit der Widersprüchlichkeit der Politik von Grünen und SPD zu führen.

Zweitens müsse zur Kenntnis genommen werden, dass die klassischen sozialstaatlichen Regelungen vor dem Hintergrund tiefreichender Veränderungen in den Produktionsmethoden nicht mehr den Realitäten entsprechen. So sei ein zentraler Gesichtspunkt, dass es kein Zurück zur Regulationsweise der siebziger Jahre geben könne. Man müsse die neuen Aspekte der „Wertschöpfung vom Betrieb bis zu den Finanzmärkten“ im Blick haben. Die Kernaueinandersetzung dürfte, so der Referent, die um die Kapitalkonzentration sein. Es habe sich aber auch in diesem Kontext eine „materielle Grundlage für neoliberale Hegemonie“ entwickelt. Es sei zu ergründen, welche Konsequenzen das habe.

Davon ausgehend müsse man, drittens, den Menschen, die in diese Veränderungen eingebunden sind, die Widersprüchlichkeit ihrer Situation bewusst machen. Diese Fragestellung wurde im weiteren Verlauf der Veranstaltung von Frigga Haug ausführlicher aufgegriffen.

In der Diskussion wurde von vielen TeilnehmerInnen unterstrichen, dass hinter der

Klärung der Begriffe tatsächlich eine Debatte um grundsätzliche gesellschaftspolitische Zielstellungen stehe. Die WASG sei, so eine der vertretenen Meinungen, nicht aus einer sozialistischen, sondern aus einer sozialen Bewegung erwachsen. Daraus resultierten verschiedene Konzepte von Widerstand wie auch unterschiedliche Zielvorstellungen. Dies treffe erst recht im Vergleich von Linkspartei und WASG zu. Es gehe also jetzt darum, Voraussetzungen für ein Bündnis in einer Breite zu schaffen, wie es in den bisherigen Parteiprojekten und Bewegungen kaum stabil habe funktionieren können. Dabei müssten die Bändigung des Kapitalismus und die Kritik des Kapitalismus gleichermaßen berücksichtigt werden. Unter diesem Gesichtspunkt wurde von einigen TeilnehmerInnen die Definition des demokratischen Sozialismus bei Klein als zu eng betrachtet. Man solle auch eine „fundamentale“ Ablehnung der heutigen Verhältnisse deutlich machen und die Frage der Vergesellschaftung aufwerfen. In diesem Zusammenhang wurden auch die Möglichkeiten und Grenzen von Regierungsbeteiligungen diskutiert. Wie könne, so eine der Fragen, eine linke Partei in die Regierung gehen und dabei gleichzeitig handlungsfähig bleiben, wie macht man aus Regierungsbeteiligung einen transformativen Prozess? Regierungsbeteiligungen, so eine Forderung, müssten „Räume für Bewegung“ schaffen. Die bisherigen Erfahrungen mit den Regierungsbeteiligungen der PDS könnten hier noch keine Antworten geben. Aus der Sicht einiger TeilnehmerInnen seien die durch die Bundespolitik gesetzten Rahmenbedingungen derzeit einfach zu eng, um aus Regierungsbeteiligungen Impulse für emanzipatorische Bewegungen oder Transformationsprozesse gewinnen zu können. Die Bedingungen für die Konstituierung von Gegenmacht müssten unter dem Gesichtspunkt des Kampfes um gesellschaftliche Hegemonie daher breiter gefasst werden und auf einen „großen Wurf“ gerichtet sein. Alternativen müssten neu formuliert und dabei gleichzeitig die Transition gedacht werden. Es sei die hohe Kunst, wie-

der einmal Ziel und Weg gleichzeitig entwickeln zu können. Daher dürfe schließlich die Begriffsdebatte bei aller Wichtigkeit auch nicht die weitgehenden Gemeinsamkeiten überlagern.

Bernd Riexinger untersuchte in seinem Beitrag Anforderungen an Regulierungskonzepte. Er benannte mehrere Felder, auf denen die Deregulierung besonders problematisch sei. Erstens sei dies die Erosion des Flächentarifs. Im Einzelnen ginge es hier um den Verlust der Leitfunktion bestimmter Bereiche für das gesamte Tarifsystem, wobei sich vor allem die Entgelte und die Arbeitszeiten als Hauptangriffspunkte der Unternehmer und ihrer Verbände erwiesen hätten. Weiterhin hob er die Verbetrieblichung der Tarifpolitik und die Nichteinhaltung bestehender Tarifverträge als Elemente der Erosion des Flächentarifs hervor. Ein zweites Problemfeld stelle die Deregulierung des Arbeitsmarktes dar. Die Hartz-Gesetze, der entstandene Niedriglohnsektor, die Ausweitung prekärer Beschäftigung und der Umbau der Bundesanstalt für Arbeit hätten die Position der Beschäftigten auf dem Arbeitsmarkt direkt geschwächt und wirken indirekt in viele Bereiche der Gesellschaft. Als drittes Moment nannte der Referent die „Deregulierung durch Privatisierung“. Dadurch seien immer mehr Bereiche in die Profitlogik einbezogen, Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen befördert sowie die Möglichkeiten demokratischer Kontrolle verringert worden. Es sei zu einem tiefgreifenden Verlust staatlicher Steuerungsmöglichkeiten gekommen. Viertens schließlich gehöre hierzu auch die Teilprivatisierung sozialer Sicherung.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen stellte Riexinger Gegenansätze zu den von ihm benannten Tendenzen vor. Unter den Forderungen, die formuliert wurden, seien hier die nach einem Mindestlohn, nach der Reaktivierung einer Politik der Arbeitszeitverkürzung sowie nach Ausdehnung der Mitbestimmung als Einstieg in eine wirtschaftsdemokratische Richtung bei Erweiterung gesellschaftlicher Interventions-

möglichkeiten genannt. Hartz IV müsse zurückgenommen werden. Es ginge darum, den ursprünglichen Ansatz des Arbeitsförderungsgesetzes in seinem positiven Gehalt aktiver Beschäftigungspolitik wieder aufleben zu lassen und den Stellenwert von Qualifizierung und beruflicher Rehabilitation zu erhöhen. Wesentliche Bereiche dürften nicht privatisiert bzw. müssten deprivatisiert werden. Es sei ein gesellschaftlicher Diskurs darüber, was öffentlich sein solle und dessen Demokratisierung erforderlich. Dies schließe die „Resozialisierung der Sozialsysteme“ ein. Die Gegenansätze dürften sich aber nicht auf die nationale Ebene beschränken. Auch auf der EU- und der globalen Ebene sei eine Reregulierung erforderlich. Bei ihren Projekten sollte sich die Linke von der Ausfüllung des Begriffs soziale Gerechtigkeit leiten lassen und diese aus der Realität des Widerstandes entwickeln. Dabei müsse man sich im Klaren darüber sein, dass es keine nichterkämpften Kompromisse mehr geben werde. Es ginge daher auch und nicht zuletzt darum, die Ablehnung des neoliberalen Kurses im Allgemeinen in individuelles Handeln umzusetzen. Zu oft sei die Ablehnung im Großen mit dem neoliberalen Mainstream entsprechenden individuellen Überlebensstrategien im Kleinen verbunden. Aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes komme es in Entscheidungssituationen zu Spaltungen in den Belegschaften. Dieser Widerspruch müsse durch linke Organisationen deutlicher thematisiert werden.

Frigga Haug setzte sich sodann mit dem Thema der „politischen Subjekten des Neoliberalismus“ auseinander. Sie hob hervor, dass nicht nur Vereinigungen politische Subjekte seien, sondern auch die Menschen als Individuen selbst. Das Problem bestehe darin, dass Menschen in sich selbst widersprüchliche Auffassungen tragen können, dass sie anders handeln als sie denken. Durch die Nutzung des „Vokabulars der Emanzipation“ habe es Hartz geschafft, ein „neoliberales System“ zu schaffen, neoliberale Hegemonie durchzu-

setzen. Die Entgegensetzung von Kollektivität und Individualität sowie die Verdinglichung von Menschen und die Vermenschlichung von Dingen („atmende Fabrik“, „intelligente Arbeitszeitmodelle“) seien wichtige sprachliche Momente dabei. So sei ein Defizit an Wahrnehmungs- und Übersetzungsfähigkeit, eine Unfähigkeit zu Selbsterkenntnis zu beklagen. Fehlendes Bewusstsein der Unterdrückung, Persönlichkeitsveränderungen in der Prekarität und das neue alte Frauenbild seien Alarmzeichen. Die Saat des Neoliberalismus sei, vor allem mit Blick auf die Jugend, aufgegangen.

Haug bezeichnete es als Aufgabe linker Bewegung, den Alltag der Einzelnen mit dem Erleben von Kollektivität, Solidarität und Gesellschaftsveränderung zu verbinden. Die Linke müsse so die „Krise der repräsentativen Demokratie in eine des Kapitalismus überführen“. Wichtig sei es, denen „Unten“ die Möglichkeit zum Sprechen zu geben und davon ausgehend neue Wege der Vermittlung sozialer Interessen zu finden. Unter diesem Gesichtspunkt sei der in der Linkspartei gebrauchte Terminus des „Mitte-Unten-Bündnisses“ kritisch zu prüfen. Besser sei möglicherweise, den damit verbundenen Bündnisgedanken in ethischen Kategorien auszudrücken. Auch können sie sich keine Neuerfindung des Sozialstaates vorstellen, vielmehr müssten Alternativen gefordert werden, die mit der Logik des Kapitals brechen.

Auch *Michael Brie* wählte die Widersprüchlichkeit des gesellschaftlichen Bewusstseins und darüber hinaus die sich darin spiegelnde Widersprüchlichkeit des neoliberalen Projektes selbst als Ausgangspunkte seines Beitrages. Dabei konstatierte er vier Stärken des Neoliberalismus: er habe sich Legitimität durch die Freisetzung enormer Produktivität und die, wenn auch selektive, Erweiterung von individueller Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Partizipation erworben; er schließe seiner sozialen Grundlage nach ein Bündnis von neoliberalen Herrschaftseliten mit hoch qualifizierten Informations-

und KommunikationsarbeiterInnen ein und sei so als sozial und kulturell verankertes Projekt zu sehen; er hat sich als umsetzbar und machbar präsentieren können; schließlich scheint die neoliberale Politik ihre Bestätigung in den scheinbar von ihr unabhängigen Bewegungen der Finanzmärkte zu finden. Diese Stärken seien jedoch untrennbar mit vier Schwächen verbunden: Es sei *erstens* eine „Ökonomie der Enteignung“ entstanden, die zivilisatorische Erzungenschaften der bürgerlichen Epoche, wie sie durch Aufklärung, französische Revolution und sozialistische Bewegung repräsentiert werden, zurückdrängt. Anstelle einer Dreieinigkeit von sozialen Grundrechten, demokratischer Partizipation und Frieden werde eine „barbarische Trinität von Klassengesellschaft, Autoritarismus und globaler Diktatur“ durchgesetzt. *Zweitens* spalte der Neoliberalismus in den Zentren die sozialstaatlich integrierte Mittelstandsgesellschaft wieder in offene Klassengesellschaften und beende alle Versuche, in den Entwicklungsländern die tiefen Klüfte zwischen den Klassen zu schließen. *Drittens* errichte der Neoliberalismus ein unilaterales und multilaterales Imperium, in dem Widerstände ökonomisch, politisch und zunehmend auch wieder militärisch unterdrückt werden. *Viertens* schließlich verliere die geschaffene Alternativlosigkeit ihre hegemoniale Kraft in dem Maße, in dem sie illegitim, unsozial und gefährlich werde. Sie werde dadurch zu einer Macht, die sich immer weniger auf Überzeugung und Ausstrahlung als auf bloße Gewalt stützen könne. Trotz oder gerade wegen der zunehmenden Tendenz zur Repression verliere aber die „geschaffene Alternativlosigkeit“ an Bindungskraft. Es stelle sich die Frage nach den Perspektiven der Gesellschaft neu: komme es zu einer Wiederbelebung der „Dritten Wege“, gehe die Krise in Formen totalitärer Herrschaft über, gewännen deutliche Alternativen zum Kapitalismus an Gewicht? Mit den hier entstehenden Widersprüchen müsse die Linke lernen, produktiv umzugehen. Es bedeute immer einen Kompromiss, im Rahmen der gegebenen Gesellschaft poli-

tisch zu agieren. Daher sei eine Diskussion um „Einstiegsprojekte“, die bewusst an die Gegebenheiten anknüpfen, aber in ihren Konsequenzen genauso bewusst über das Heutige hinausweisen und so die Lösung von Gegenwartsfragen bewusst mit der Eröffnung neuer Handlungsfelder verbinden, richtig. Man könne den Kampf gegen den Neoliberalismus nicht von dem „Wie weiter danach“ trennen. Jede politische Aktion verändere Bedingungen politischen Handelns, eröffne Möglichkeiten, schließe aber auch andere Möglichkeiten aus, eröffne Bündnisoptionen, verhindere aber auch eventuell wichtige Bündnisse für die Zukunft. Sie seien daher immer auch Projekte der Verschiebung von Machtverhältnissen. Die Idee der Einstiegsprojekte verbinde inhaltliche Fragen bewusst mit Fragen des Politikstils, nicht zuletzt auch innerhalb der Linken, also nicht nur gegenüber den Kontrahenten.

Nötig, so Brie weiter, sei in den Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Hegemonie vor diesem Hintergrund ein „deutlicher Distanzbegriff zum Kapitalismus“. Hinter diesem Begriff müsse ein Projekt stehen, das höhere Produktivität mit besseren Lebensbedingungen sowie ethische Fragen mit der sozialen Frage glaubhaft verbinde.

In der abschließenden Diskussionsrunde stand die Frage im Mittelpunkt, wie man ausgehend von der Analyse der Stärken und Schwächen der neoliberalen Politik Ansätze für politisches Handeln finden könnte. Es wurde darauf verwiesen, dass es in der Gesellschaft viele Ansätze von Selbstorganisation gäbe, die hier zu nutzen seien. Dieser Teil der Realität dürfe nicht unterschätzt werden. Gefordert wurde, durch Netzwerkarbeit in den Gewerkschaften eine Politisierung zu erreichen. Selbstorganisation und Netzwerkarbeit sei vor allem auch wichtig, um der täglichen Desinformation durch die großen Medien eigene Sichtweisen entgegenzusetzen und Alternativvorstellungen überhaupt bekannt machen zu können.

In besonderer Kritik stand die Praxis der Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Berlin. Es wurde die Frage gestellt, was Menschen lernen, wenn sie die Regierungsbeteiligung erleben – sie lernen, dass der neoliberale Kurs offensichtlich auch durch Linke nicht zu brechen sei. Wie auch durch die Realität der betrieblichen Bündnisse für Arbeit würden Thesen, wie die, dass Lohnverzicht und Verzicht auf Schutzrechte Arbeitsplätze sichere, durch die praktische Politik der Koalition von SPD und Linkspartei in den Augen vieler Menschen legitimiert.

Auch auf diesem Forum wurden so schließlich mehr Fragen als Antworten formuliert.

Begrüßt wurde, dass auch auf diesem Forum das gegenseitige Kennenlernen von Positionen „der Anderen“ eine große Rolle spiele. Es zeige sich immer wieder, wie wenig verschiedene Strömungen der Linken Positionen anderer Teile der Bewegung kennen und wie stark hier von Medien vermittelte Zuschreibungen das Bild der Anderen prägen. So ist die Realität des politischen Handelns der Linkspartei auf den Ebenen vom Bundestag bis in die Gemeinde weitgehend unbekannt und reduziert sich weitgehend auf die skandalträchtigen Aspekte der Regierungsbeteiligungen.

Viele Fragen, so etwa die der Regierungsbeteiligung, zu realistischen Möglichkeiten bzw. Wegen der Deprivatisierung oder zu Alternativen im Sozialen werden in den Folgeveranstaltungen aufzugreifen bzw., wie im Falle der Alternativen im Sozialen (zu diesem Thema fand das erste der Gesellschaftspolitischen Foren am 8.10. statt), zu vertiefen sein. Es lohnt sich also, um Begriffe zu streiten – der Streit zeigt eigene Stärken und Schwächen, wirft neue Fragen auf und hilft, Gemeinsamkeiten, Differenzen und damit eine neue gemeinsame Identität zu finden.

Dr. Lutz Brangsch
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Das 4. Forum: In der Stagnationsfalle Perspektiven kapitalistischer Entwicklung

10. Dezember 2005 in Berlin

Der Workshop wurde gemeinsam vorbereitet und durchgeführt von Helle Panke, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Redaktion Sozialismus und WISSENTTransfer. Sie fand in den Räumen der "Hellen Panke" in Berlin im Rahmen der Veranstaltungsreihe – Gesellschaftspolitische Foren – statt.

Die Veranstaltung stieß auf starkes Interesse, das sich in der Teilnahme von über 70 Personen und in der lebhaften, teilweise recht kontroversen Diskussion äußerte. Der Workshop war in drei Komplexe strukturiert:

- **In der Stagnationsfalle** – Kapitalismus in der langen Frist und die Aktualität von Keynes, mit einem Einführungsvortrag von Karl Georg Zinn und kürzeren Beiträgen von Harry Nick und Klaus Steinitz
- **Ungleichheit, Unsicherheit, Risiken** – Die Kosten entfesselter Finanzmärkte, mit einem Einführungsvortrag von Jörg Huffschmid
- **Wege aus der Stagnation** – Alternativen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, mit einem Einführungsvortrag von Joachim Bischoff.

Es erwies sich als vorteilhaft, dass die einleitenden Vorträge problemorientiert und zeitlich konzentriert vorgetragen wurden, sodass mehr als die Hälfte der Zeit für die Diskussion zur Verfügung stand.

Vorträge und Diskussion gaben den Teilnehmern Anregungen für ihre Arbeit und vor allem Stoff für weitere Diskussionen und auch für weitere Veranstaltungen zur Vertiefung der diskutierten Themen, speziell der mit der Bedürfnisentwicklung und Sättigungstendenzen verbundenen Fragen. Die aufgeworfenen Probleme erwiesen sich als wichtig für den weiteren inhaltlichen Klärungsprozess innerhalb der Linken, insbesondere zur Frage, auf welche

wirtschaftlichen Bedingungen und Probleme sie sich langfristig einstellen muss, welche Art Alternativen zur neoliberalen Politik benötigt werden, und inwieweit das Studium von Keynes dabei helfen kann. In der Diskussion wurde auch deutlich, dass sich noch heute die unterschiedlichen Theorietraditionen der ost- und der westdeutschen Linken deutlich bemerkbar machen und nicht selten dazu führen, dass Missverständnisse bei der Verwendung bestimmter Begriffe entstehen und aneinander vorbei geredet wird.

In der Stagnationsfalle

Im Vordergrund des Vortrages von *Karl Georg Zinn* zum **ersten Komplex** stand die Frage, inwieweit die langfristige wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus seit etwa den 1970er Jahren durch Stagnationstendenzen gekennzeichnet wird, die auch und noch verstärkt für die Zukunft bestimmend sein werden, wie diese Tendenzen in den Arbeiten von Keynes begründet werden und welche grundlegenden Konsequenzen Keynes für wirtschaftspolitische Antworten aus der langfristigen Tendenz der Sättigung und Stagnation zog. Stagnation in diesem Zusammenhang wurde von Zinn als eine lang anhaltende, d.h. über mehrere Konjunkturzyklen hinweg feststellbare Absenkung der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) unter das gesamtwirtschaftliche Wachstum der Arbeitsproduktivität verstanden. Es handelt sich also um ein Trendgeschehen. Die Beschäftigungsschwelle vom Wachstum wird im Trend nicht mehr erreicht, so dass es zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit kommt. Hinsichtlich der Wirkungen von Krise und Stagnation hob Zinn einen entscheidenden Unterschied z.B. zur Weltwirtschaftskrise 1929/33 hervor: Infolge der Globalisierungspolitik wurden

die Folgen der Krise für die Kapitalverwertung nicht nur entschärft, sondern es wurden sogar günstigere Bedingungen für die Gewinnerzielung geschaffen, als sie vor Eintritt in die Stagnationsphase bestanden. Diese Feststellung wurde in der Diskussion von Stefan Krüger relativiert, indem er darauf hinwies, dass empirische Analysen zur Entwicklung der Profitrate in der letzten Zeit keine signifikante Steigerung feststellen lassen. Charakteristisch sei eine zunehmende Differenzierung der Renditen zwischen den großen, weltmarktorientierten Kapitalgesellschaften mit hohen und steil ansteigenden Renditen und der Masse der kleinen und mittleren Unternehmen. Zinn betonte, dass wesentliche Folgen der dauerhaften Wachstumsabschwächung in einem verschärften Wettbewerb mit einer Verschiebung vom Wachstums- zum Verdrängungswettbewerb sowie in erheblich verstärkter Umverteilung von unten nach oben bestehen.

Einen zentralen Platz nahm bei Zinn die Begründung der langfristigen Stagnation durch Keynes im Zusammenhang mit Sättigungsprozessen ein. Er hob dabei hervor, dass das Keynesche Theoriegebäude nicht im Widerspruch zur Marxschen Überakkumulationstheorie steht, sondern anders gewichtet, indem die Nachfrageseite in wohlhabenden kapitalistischen Gesellschaften als eigenständige Einflussgröße der Krisenentstehung gesehen wird. Es bedeutet für die Massennachfrage einen entscheidenden Unterschied, ob die Entwicklung von einem Armutsniveau der Gesellschaft ausgeht oder bereits ein hohes Wohlstandsniveau erreicht wurde, an dem ein erheblicher Teil der Gesellschaft teil hat. Die Eigenständigkeit der Nachfrage im Krisenprozess steht nicht im Widerspruch zu Marx' Sichtweise, dass Nachfrageprobleme erst infolge von überakkumulations-theoretisch erklärbaren Störungen des Produktionsprozesses auftreten, d.h. Zirkulation und Distribution von der Produktion her bestimmt seien.

Relative Sättigung sieht Zinn als auslösendes Moment der Stagnation und zugleich als ihre langfristig wirksame Determinante.

Er hebt dabei hervor, dass relative Sättigung als Erklärungsgrund für Massenarbeitslosigkeit in dem Maße in den Hintergrund tritt, wie sich infolge der sättigungsbedingten (primären) Wachstumsabschwächung Entlassungen, Verluste an Massenkaufrkraft und dadurch bedingte weitere Nachfragereduktion (und Abnahme der nachfrageinduzierten Investitionen) zu einer Abwärtsspirale kombinieren. Zinn hob drei wirtschaftspolitische Maßnahmenbündel hervor, die Keynes für notwendig ansah, um Vollbeschäftigung auch unter Bedingungen der Stagnation zu erreichen. Sie zielen im Kern auf andere Verteilungsstrukturen:

1. Ausweitung des "sinnvollen" Konsums und Absenkung der volkswirtschaftlichen Sparquote durch Einkommens- bzw. Kaufkraftnivellierung im Privatsektor.
2. Umstellung der Ausgabenstruktur zugunsten der öffentlichen Leistungen. Dies erfordert eine höhere Staats- bzw. Steuerquote – etwa im Sinn des Wagnerschen Gesetzes.
3. Arbeitszeitverkürzungen in verschiedenen Formen, also Umverteilung von Arbeit.

Keynes' Politikempfehlungen wurden jedoch nur vereinzelt, in wenigen Ländern – beispielsweise in Schweden – und auch dort nur teilweise umgesetzt.

In seinem Beitrag legte *Harry Nick* seine Auffassung zur Bedürfnisentwicklung dar und polemisierte gegen die von Zinn begründeten Vorstellungen der Bedürfnissättigung und der darauf beruhenden langfristigen Tendenz der wirtschaftlichen Stagnation im gegenwärtigen Kapitalismus. Nick ging davon aus, dass die These von der fortschreitenden Sättigung menschlicher Bedürfnisse das Schlüsselargument für die Ablehnung des Wirtschaftswachstums sei und legte die Hauptgründe dafür dar, dass von einer solchen fortschreitenden Sättigung menschlicher Bedürfnisse keine Rede sein könne.

Erstens werden selbst elementare Bedürfnisse der Mehrheit der Weltbevölkerung, zu geringerem Teil auch in den reichen Ländern, unzureichend befriedigt. Es ha-

ben in Deutschland nicht fast alle von fast allem genug. Und "fast alle" sind eben nicht "alle", wie es eine gerechte Gesellschaft verlangt.

Zweitens müssen die notwendigen Trendwenden vornehmlich durch Befriedigung neuer Bedürfnisse mit neuen Arbeitsfeldern bewältigt werden, durch Umstellung der Ressourcenlagen, durch neue Dimensionen in der Nutzung geistiger Ressourcen und durch fortschreitende Umstellung der Stoff- und Energiequellen auf nachwachsende und solare Quellen.

Drittens erweitert technischer Fortschritt die Bedürfnishorizonte; latente Bedürfnisse, die im Reich der Phantasie schlummern, werden durch ihn in den Bereich des real Möglichen gerückt.

In der Diskussion setzte sich *Norbert Reuter* mit den Thesen von Nick zur Frage der Bedürfnissättigung und Bedürfnisentwicklung sowie mit seiner Interpretation der Auffassungen von Keynes und Zinn auseinander. Ein grundsätzliches Missverständnis liegt vor, wenn der Keynes'schen Theorie eine "Wende zum Weniger" unterstellt wird. Demgegenüber lässt sich die Keynes'sche Lehre als eine "Theorie des Genug" charakterisieren: Aufgrund einer nachlassenden Konsumdynamik, die hinter den Produktionsmöglichkeiten zurückbleibt, ergibt sich ein Outputüberschuss. Sättigung bedeutet nicht – zumindest nicht notwendigerweise – eine Obergrenze im Output, sondern eine größer werdende Kluft zwischen Produktions- und Absatzmöglichkeiten. Keynes geht nicht von einer absoluten, sondern immer nur von einer relativen Sättigung aus, die einen Anstieg der Produktion, ein Wachstum, keineswegs ausschließt. Entscheidend ist die zunehmende Kluft zwischen Produktions- und Absatzmöglichkeiten. Der Outputüberschuss kann für eine Übergangsphase durch Anreize zum vermehrten privaten Konsum, zu vermehrter privater Investitionstätigkeit und durch vermehrte öffentliche Nachfrage absorbiert werden. Langfristig sah Keynes aber die Notwendigkeit einer drastischen Arbeitszeitverkürzung auf die 15-Stunden-Woche. Bei Keynes

gibt es keinerlei Tendenzen, das Wirtschaftswachstum durch politische Eingriffe zu bremsen. Seine These war, dass das Wirtschaftswachstum im Zuge der kapitalistischen Entwicklung sukzessive und über Generationen hinweg ausläuft. Die Diskussion müsse insbesondere dazu fortgeführt werden, ob und inwieweit, im Gegensatz zu den Annahmen von Keynes, eine Wirtschaftspolitik im Kapitalismus oder im Sozialismus denkbar sei, die dauerhaft, ad infinitum, Wachstum ermöglicht. In einem weiteren Beitrag zum ersten Komplex beschäftigte sich *Klaus Steinitz* mit dem Spannungsverhältnis von Wachstum und nachhaltiger Entwicklung. Er hob die Notwendigkeit hervor, bei der Diskussion der langfristigen Stagnationstendenzen stärker die mit den Naturressourcen und den Umweltbedingungen verbundenen Angebotsfaktoren zu beachten. Mit der Länge der betrachteten Zeiträume wird der Einfluss der hiermit verbundenen Faktoren, insbesondere der Energie und anderen Rohstoffe sowie der umweltschädlichen Emissionen auf das Wachstum spürbar zunehmen. Der Einfluss der Lohnstückkosten und Energiestückkosten wird sich weiter in Richtung eines höheren Gewichts der letzteren verschieben. Bei der Bewertung der Wachstumsperspektiven muss beachtet werden, dass die Konflikte zwischen Wachstum und Umwelt im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts eine neue Qualität und Dimension erreicht haben.

Im Zusammenhang mit den von Zinn begründeten langfristigen Tendenzen der Sättigung und der wirtschaftlichen Stagnation gewinnt der langfristige Übergang zu einem neuen Typ der Wirtschaftsentwicklung an Bedeutung, der in den Industrieländern ohne weiteres materiell-stoffliches Wachstum eine Verbesserung der Lebensqualität, die Verwirklichung des Rechts auf existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherheit ermöglicht. Das Grundproblem in den Beziehungen zwischen Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit ist nicht das Wachstumstempo sondern der Inhalt, die Qualität und Struktur des Wachstums und des gesamten Reproduktionsprozesses.

Vorrangig geht es um Innovationen, Effizienzsteigerung, Strukturveränderungen und konsequentere Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen.

Ungleichheit, Unsicherheit, Risiken

In seinem Vortrag zum **zweiten Komplex** beschäftigte sich *Jörg Huffs Schmid* mit den Problemen und verheerenden Wirkungen entfesselter Finanzmärkte. Er charakterisierte insbesondere die auf sie zurückgehenden Veränderungen im Wirtschaftsgeschehen: (1) ihre destabilisierenden und krisenverschärfenden Wirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung vor allem von Ländern der Dritten Welt, (2) die negativen Folgen der mit der Dominanz des Shareholder value verbundenen Orientierung auf kurzfristig zu erzielende maximale Gewinne und Aktienkurse ohne Rücksicht auf die langfristigen Perspektiven der Unternehmen und der Belegschaften sowie (3) die Nutzung ihrer ökonomischen Macht, um die Politik ihren Interessen unterzuordnen und entsprechende Regelungen durchzusetzen. Heute wird die frühere gegenseitige Abhängigkeit von Staat und Wirtschaft zunehmend von der einseitigen Durchsetzung der Interessen der Konzerne und Finanzinvestoren gegenüber Staat und Gesellschaft abgelöst nach der Devise, entweder ihr unterstützt uns, so wie wir das für nötig halten – Steuerbegünstigung, Deregulierung des Arbeitsmarkts, Senkung der Lohnnebenkosten – oder wir gehen weg und ihr geht unter.

Huffs Schmid wies auch nach, dass Staat und Gesellschaft nicht hilflos der Macht und Willkür der liberalisierten internationalen Finanzmärkte ausgeliefert sind. Tobin-Steuer, Kapitalverkehrskontrollen, die im EU Vertrag ausdrücklich zugelassen sind, die Erhebung einer Steuer bei Unternehmensverlagerungen ins Ausland ("Verlagerungssteuer") u.a. Maßnahmen zeigen bisher nicht genutzte Möglichkeiten der Nationalstaaten und der EU.

In der lebhaften Diskussion ging es u.a. um die Spielräume nationaler Wirtschaftspolitik, um die Frage nach der Herausbildung

einer internationalen Durchschnittsprofitrate, um die ökonomische Charakterisierung des zeitweise sprunghaften Anstiegs der Aktienkurse und um die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse als Voraussetzung, um Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte durchsetzen zu können. Huffs Schmid hob als übergreifende Aufgabe hervor, dass es gelte, durch eine den Binnenmarkt und die Schaffung von Arbeitsplätzen stärkende Verteilungs- und Arbeitszeitpolitik die Blockierung des Wirtschaftswachstums aufzubrechen. Nach seiner Meinung gebe es keinen internationalen Ausgleich der Profitraten zu einer Durchschnittsprofitrate. Der beträchtliche Anstieg der Aktienkurse, ihre Abkopplung von den zugrunde liegenden realen Vermögenswerten, sei Ausdruck einer stark inflationären Entwicklung.

Wege aus der Stagnation

Zum **dritten Komplex** des Workshops hielt *Joachim Bischoff* den einleitenden Vortrag. Bei der Erörterung der Wege aus der Stagnation sollten die von Keynes begründeten drei Maßnahmenkomplexe, die im Vortrag von Zinn genannt wurden, im Vordergrund stehen. Sie müssten noch durch einen vierten ergänzt werden, die Regulierung der Finanzmärkte und der Vermögenswerte.

Bischoff beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der Problematik einer relativen Erfolglosigkeit von Alternativen, obgleich es eine lange Tradition der Ausarbeitung alternativer wirtschaftspolitischer Vorschläge gibt. So beging die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die jedes Jahr ein alternatives wirtschaftspolitisches Memorandum vorlegt, vor kurzem ihr 30-jähriges Jubiläum. Um aus dieser Situation herauszukommen ist das Aufbrechen der neoliberalen Hegemonie entscheidend.

Bei den gegenwärtigen Problemen des Kapitalismus und speziell der wirtschaftlichen Stagnation geht es nicht um Alterserscheinungen. Wir leiden nach seiner Meinung nicht an einem Altersrheumatismus, sondern darunter, dass wir mit der Schnellig-

keit der Veränderungen nicht fertig werden. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass der Blick auf die tektonischen Veränderungen, die sich in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt haben, noch nicht klar genug ist. Unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus führt das hohe Produktivitätsniveau, die Ökonomie des Reichtums und des relativen Überflusses nicht zu einem allgemeinen Wohlstand und hohen Niveau der Bedürfnisbefriedigung aller Menschen, sondern zu einer zunehmenden Kluft zwischen den gewaltigen Produktivitäts- und Produktionspotenzialen und ihrer Nutzung im Interesse der Menschen.

In der Diskussion standen insbesondere folgende Fragen im Vordergrund:

der steile Anstieg der Vermögen und der Vermögenseinkommen trotz geringen Wirtschaftswachstums, die außerordentlich hohe Vermögenskonzentration, die zunehmende Polarisierung zwischen Reichen und Armen sowie der Abbau der Rechte der abhängig Beschäftigten bei der Mitbestimmung über Fragen, die über ihre zukünftige Arbeit und ihr Leben entscheiden. Daraus wurde abgeleitet, dass Forderungen nach einer anderen Verteilung und Umverteilung, nach Wirtschaftsdemokratie sowie nach einer dem Marktradikalismus entgegengesetzten gesellschaftlichen Regulierung im Vordergrund der Auseinandersetzungen mit der gegenwärtigen neoliberalen Politik stehen müssen. Bischoff hob her-

vor, dass es darauf ankomme, die soziale Sicherheit eng mit den Forderungen nach einer neuen Qualität und Dimension ökonomischer Regulierung zu verknüpfen. Wenn es nicht gelingt, Grundrichtungen der ökonomischen Entwicklung, der Verteilung und Verwendung des Produzierten zu regulieren, besteht die reale Gefahr der Zerstörung der Gesellschaft.

Der Workshop machte deutlich, dass es einen starken Diskussionsbedarf zu den Fragen gibt, die im Zentrum der Vorträge standen. Es wurde auch deutlich, dass es immer wieder notwendig ist, die verwendeten Begriffe eindeutig zu bestimmen, um soweit wie möglich Missverständnisse und unnötige Polemik zu vermeiden. Das betrifft besonders solche Begriffe, die in sich widersprüchlich sind oder auch unterschiedlich verwendet werden, wie Bedürfnis und Bedarf, Sättigung, Überfluss, Stagnation. Es trifft auch auf den Wachstumsbegriff zu.

Bei der Fortführung der Diskussionen um diese Fragen sollten die gesamte Problematik der Umwelt und der ökologischen Nachhaltigkeit, die globale Dimension und die Nord-Süd Problematik sowie vor allem auch die Probleme, die die Akteure der notwendigen Veränderungen betreffen, stärker berücksichtigt werden.

Prof. Dr. Klaus Steinitz

Das 5. Forum: Linker Parlamentarismus und außerparlamentarische Bewegung

21. Januar 2006 in Düsseldorf

Der erfolgreiche gemeinsame Auftritt von Linkspartei.PDS und WASG zur Bundestagswahl mit der Folge der Präsenz einer starken Linksfraktion im Bundestag hat die Frage des Zusammenspiels von außerparlamentarischer Bewegung (Gewerkschaften, Sozialverbände, globalisierungskritische Bewegung etc.) und parlamentarischer Linke wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Während für viele politische Akteure aus Linkspartei.PDS und WASG das Wechselspiel von sozialem Druck und Präsenz im politischen Raum eine unabdingbare Voraussetzung für das Zurückdrängen des Neoliberalismus und damit eine Veränderung der Kräfteverhältnisse im Land ist, bleiben Teile der politischen Linken auf Distanz und befürchten Verselbständigungstendenzen, sobald der politische Raum betreten wird oder sehen in einer von den sozialen Bewegungen getragenen Fundamentalopposition den einzig gangbaren Weg für eine Veränderung der Gesellschaft.

Dieses breite Spektrum der politischen Linken war präsent bei dem von der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, *Redaktion Sozialismus* und *WISSENTTransfer* organisierten Gesellschaftspolitischen Forum »Linker Parlamentarismus und außerparlamentarische Bewegung« am 21. Januar in Düsseldorf. Unter den gut 250 TeilnehmerInnen – Abgeordnete der Linkspartei aus dem Europaparlament, dem Bundestag, dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Stadträte aus NRW, Mitglieder der Linkspartei.PDS und der WASG, GewerkschaftlerInnen, AktivistInnen der Sozialforen, von Attac, von Erwerbsloseninitiativen, Friedensgruppen wie Pax Christi und Migrantenorganisationen – entwickelte sich eine z.T. sehr kontroverse Debatte über die verschiedenen Facetten des Themas (Spielräume nationalstaatlicher Politik, Stellenwert parlamentarischer Arbeit und eines radika-

len Reformismus, Rolle und Erfahrungen linker Kommunal-, Landes- und Bundespolitik etc.)

Das Forum war als Ratschlag organisiert. Im Eröffnungsplenum umrissen sieben ImpulsgeberInnen die Themen der Arbeitsgruppen, in denen die TeilnehmerInnen die Möglichkeit zu intensiven Debatten hatten. Kritisch muss angemerkt werden, dass im Schlussplenum mehrfach die Berichterstattung aus den AGs bemängelt wurde und nur unzureichend Raum für die Auswertung der Diskussionsergebnisse aus den Arbeitsgruppen blieb.

Den inhaltlichen und stimmungsmäßigen Auftakt der Veranstaltung bildete der kurze Bericht einer Abordnung der Kollegen der Düsseldorfer Firma Gate Gourmet über ihren bis dahin bereits 107 Tage währenden Streik.

Im Verlauf der Tagung beschäftigten sich ImpulsgeberInnen und TeilnehmerInnen immer wieder mit den Möglichkeiten und Grenzen linker Parlamentsarbeit sowie dem Spannungsverhältnis von parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Bewegung. *Ulla Jelpke*, MdB, nannte die Bundestagsfraktion »Sprachrohr der Bewegung«. Ihr Kollege *Paul Schäfer* sah die Verankerung der Fraktion in den Basisbewegungen als Garanten für linke Politik. Die Übernahme von Regierungsverantwortung auf kommunaler, Landes- oder gar Bundesebene war Gegenstand zweier Arbeitsgruppen. *Angelika Gramkow*, Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, vermittelte, wie sie und ihre MitstreiterInnen sich nach acht Jahren Opposition und Druck auf die Landesregierung von der Straße aus entschlossen, sich an der Regierung zu beteiligen. Sie erfuhren, dass dies ermöglichte, Türen für ihr eigenes politisches Wirken, aber auch für Basisinitiativen zu öffnen. *Hermann Dierkes*, Vorsit-

zender der Ratsfraktion »Die Linke/Offene Liste« in Duisburg, berichtete, wie die Linken in NRW vor 25 Jahren die Kommunalpolitik entdeckten und mit welchen Problemen sie sich heute herumschlagen. Er beklagte die fortschreitende Beschränkung der Handlungskompetenz der Kommunalparlamente und damit auch der Möglichkeiten der heute 120 linken »Kommunalos« in NRW, etwas für die BürgerInnen zu erreichen.

Als zentrales Thema der Veranstaltung erwies sich sowohl in der Arbeitsgruppe »Rolle der alten und neuen sozialen Bewegungen im außerparlamentarischen Widerstand gegen neoliberale Politik« als auch in den Plenarsitzungen die Frage des Zusammenwirkens von künftiger Linkspartei, Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen. *Peter Grottian*, Politikwissenschaftler aus Berlin, vertrat dazu die These, dieses Trio sei bisher ein Torso. Es komme darauf an, es besser aufzustellen und eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Die soziale Protestbewegung sei in den Jahren 2003/2004 so stark wie lange nicht mehr gewesen. Folglich gebe es gute Voraussetzungen für gemeinsame Aktionen. Echte Kooperation vollziehe sich in sozialen und politischen Konflikten zwischen den abhängig Beschäftigten sowie Ausgegrenzten und den Herrschenden. *Horst Schmitthenner*, Beauftragter der IG Metall für die sozialen Bewegungen, forderte, die gemeinsamen Schnittmengen zwischen den alten und neuen sozialen Bewegungen zu finden. Beide haben gemeinsame Inhalte, agieren aber in unterschiedlichen Kampfformen. Die Stärke der Gewerkschaften bestehe in ihrer Mitgliederzahl und Mobilisierungsfähigkeit. Dies treffe zwar auch auf die neuen Bewegungen zu. Die Gewerkschaften verfügten jedoch über das zusätzliche »Spielfeld« der Betriebe und der Tarifpolitik. Er forderte die Bundestagsfraktion DIE LINKE auf, sich mit ihrem medialen Gewicht in strittige soziale Konflikte einzumischen.

Die Kontroverse über die nächsten Aktionen machte gleichzeitig den nach wie vor bestehenden Diskussionsbedarf deutlich.

So sprach sich *Horst Schmitthenner* gegen eine Großdemonstration am 25. März aus. Die Gewerkschaften seien im Februar/März mit ihrem Kampf im Öffentlichen Dienst und der Tarifrunde für den Metallbereich stark absorbiert. Hier fänden wichtige Weichenstellungen für ein Zurückdrängen des Neoliberalismus statt. Zudem beanspruche die Entwicklung des sozialen Protests gegenüber der Politik der Großen Koalition noch Zeit. Große Teile der Bevölkerung stünden den rot-schwarzen Regierungsvorhaben zwar skeptisch, aber gleichwohl noch abwartend gegenüber, sodass eine breite Mobilisierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu erwarten ist. Er plädierte deshalb für eine Konzentration des sozialen Protests auf den Herbst. Kontrovers auch die Debatte in der Arbeitsgruppe »Möglichkeiten von nationalstaatlichem Keynesianismus unter heutigen neoliberalen Bedingungen«, die *Karlheinz Roth* mit der These einleitete, dass unter den Bedingungen der Globalisierung eine »postkeynesianische«, nationalstaatliche Politik nicht mehr möglich sei. In der Gegenposition wurde darauf verwiesen, dass auch unter den veränderten Bedingungen einer stärkeren Vernetzung der nationalen Ökonomien sowohl national wie auch im Rahmen der europäischen Union durchaus Spielräume für eine Verbesserung der Situation der Lohnabhängigen und sozial Ausgegrenzten (Löhne, soziale Sicherheit, Steuern) existieren, die zugleich erste Schritte in Richtung einer weitergehenden Gesellschaftsveränderung sein können.

Im Schlussplenum diskutierten die TeilnehmerInnen der Düsseldorfer Veranstaltung eine Reihe von Empfehlungen, die in den Arbeitsgruppen teilweise sehr umstritten waren (siehe oben). Der Raum für eine ausführliche Diskussion war allerdings – wie schon erwähnt – zu knapp und das am Ende erstellte Meinungsbild nicht mehr repräsentativ, weil viele TeilnehmerInnen schon abgereist waren. Gleichwohl seien die »Empfehlungen« hier dokumentiert:

Obwohl der Aufruf zu zwei Demonstrationen gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie kritisiert wurde, sprachen sich die Teil-

nehmerInnen für eine Mobilisierung sowohl für den 11. Februar 2006 nach Berlin als auch für den 14. Februar 2006 nach Strassburg aus.

Nach kontroverser Debatte zum Kölner Aufruf der Vertreter von Sozialforen und Montagsdemonstranten verständigte sich die Mehrheit der Anwesenden darauf, die Demonstration gegen Sozialabbau am 25. März 2006 in Berlin durch Aufrufe möglichst vieler Organisationen zu einem gelungenen Auftakt der sozialen Proteste 2006 zu gestalten und bis zum Herbst 2006 Kräfte für eine zugespitzte Auseinandersetzung mit der Sozialpolitik der Bundesregierung zu sammeln.

Die Abgeordneten der Linkspartei im Bundestag wurden aufgefordert, sich an sozialen Protesten wie Verhinderung von Zwangsumzügen von Hartz IV-EmpfängerInnen, Streiks oder zivilem Ungehorsam zu beteiligen.

Eine Idee aus dem Kooperationsabkommen III zwischen Linkspartei.PDS und WASG aufgreifend, befürworteten die TeilnehmerInnen die Bildung gesellschaftlicher Räte auf verschiedenen Ebenen, die den Prozess der Entstehung der neuen Linkspartei beratend und kritisch begleiten sollen. Diese Strategiausschüsse des Trios – Linkspartei, Gewerkschaften, neue soziale Bewegungen – sollten von einer parteipolitisch ungebundenen Persönlichkeit geleitet und vorwiegend externe VertreterInnen aus Wissenschaft, Kunst und Kultur umfassen. Sie sollten nicht bei der Bundestagsfraktion, sondern bei den Parteiführungen von Linkspartei.PDS und WASG angebunden sein und regelmäßig öffentlich tagen.

Die Unterstützung für den Prozess der Herausbildung der künftigen Linkspartei äußerte sich auch in der Forderung, zur Erreichung dieses Ziels bis zum 30. Juni 2007 jetzt einen Zeitplan mit Etappenzielen aufzustellen, der der gesellschaftlichen

Linken Mitwirkung und kritische Begleitung ermöglicht.

Angeregt wurde die Einberufung eines weiteren Gesellschaftspolitischen Forums zu »Rolle, Funktionsweise und Grenzen des bürgerlichen Nationalstaats unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung«.

An die Rosa-Luxemburg-Stiftung erging die Bitte, eine Broschüre mit den Texten von Rosa Luxemburg zu bürgerlichem Parlamentarismus zusammenzustellen und herauszugeben.

Resumee: Die Aufgabe der Gesellschaftspolitischen Foren ist es, die zentralen strategischen Fragen linker Politik zu thematisieren, Unterschiede und Gemeinsamkeiten deutlich zu machen und den weiteren Diskussionsbedarf abzuklären. Die Klärung der Gemeinsamkeiten ermöglicht das gemeinsame Agieren von sozialen Bewegungen und linken politischen Parteien. Die Fortsetzung der Debatte über die nach wie vor bestehenden Differenzen gehört zum weiteren Entwicklungsprozess einer starken politischen Opposition gegen den Neoliberalismus. Insofern war auch das Gesellschaftspolitische Forum in Düsseldorf eine Schritt in Richtung einer pluralistischen, sich ihrer Stärken und Schwächen bewussten »neuen Linken« und einer neuen linken Diskussionskultur.

Peter Bathke
Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW
Bernhard Müller
Redaktion Sozialismus

Das 6. Forum: Selbstbewusste Modernisierer und der Optimismus der Straße – Was bringen Regierungsbeteiligungen der Linken? Auf jeden Fall viel Diskussionsstoff

04. Februar 2006 in Berlin

Es ist viel von Rosa Luxemburg die Rede, wenn die deutsche Linke über Regierungsbeteiligungen diskutiert. Irgendeine Textstelle findet sich immer – für jeden Standpunkt. Vielleicht entsteht so im »Blauen Salon« am Berliner Franz-Mehring-Platz der Eindruck, die große Dame des Sozialismus würde ein wenig beleidigt zur Seite blicken. Möglicherweise ist das Porträt an der Wand neben dem Podium aber auch nur schlecht aufgehängt.

Was hätte Luxemburg zur Debatte über das Wohl und Wehe von linken Regierungsbeteiligungen gesagt? Hätte sie, wie 1901 in einer auch heute oft zitierten Artikelserie über den Eintritt des französischen Sozialisten Étienne-Alexandre Millerand in die bürgerliche Regierung Waldeck-Rousseau darauf bestanden, dass »die Sozialisten als Gegner der gesamten bestehenden Ordnung im bürgerlichen Parlament grundsätzlich auf die Opposition angewiesen sind«? Oder wäre ihr Urteil mit Blick auf die Koalitionen der Linkspartei in Berlin und Schwerin gute 100 Jahre Kapitalismus später doch anders ausgefallen? Und haben nicht auch die Recht, die für die Befürworter der Regierungsvariante den Luxemburg-Satz bemühen, nach dem die Freiheit stets auch die Freiheit der anders Denkenden ist?

Das »anders denken« über Regierungsbeteiligungen ist eine Angelegenheit, die derzeit bei WASG und Linkspartei für viel Streit sorgt. Kritiker der PDS-Politik in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern befürchten ein »friedliches Hineinwachsen in die Kapitulation«, Kritiker einer auf pure Opposition festgelegten Strategie warnen vor einer »Verweigerungshaltung«.

Beteiligung klingt wie Mittäterschaft

Von den Wortgefechten anderer Tage ist am Samstag in Berlin allerdings nur wenig zu spüren. Beim »gesellschaftspolitischen Forum« über »die Linke in Regierungsverantwortung« bleibt es zwar nicht immer sachlich, aber ruhig. Vielleicht liegt es am Titel der Veranstaltung, »Verantwortung« klingt irgendwie besser als »Beteiligung«, wo man gleich an Mittäterschaft denkt.

Um es vorweg zu nehmen: Einen Sieg kann nach zehn Stunden Debatte keine der Strömungen für sich beanspruchen. Das Forum, organisiert von der PDS-nahen Luxemburg-Stiftung, dem Netzwerk WissenTransfer und der WASG-nahen Zeitschrift »Sozialismus«, könne doch »nicht alle Fragen zum Thema linkes Regierungshandeln beantworten«, sagt Cornelia Hildebrandt von der RLS. Es sei eher ein Versuch, »sich selbst und den anderen besser zu verstehen«.

Dabei soll *Dag Seierstad* helfen. Der Mann von der Sozialistischen Linkspartei Norwegens, die sich an einer Mitte-Links-Regierung in Norwegen beteiligt, sitzt da wie zum Beweis. Als nach den Wahlen im vergangenen Jahr das Bündnis geschmiedet wurde, war auch hier zu Lande der Jubel groß. Das Beispiel aus dem Norden weckte Hoffnungen, die Parallelen waren nicht zu übersehen: Das Ende des Zeitalters der »siamesischen Zwillinge« aus Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie, deren neoliberale Politik zu deutlichen Einbußen bei Wahlen führte und einer links davon verorteten parlamentarischen Alternative Zulauf verschaffte. Seit September 2005 sitzt die SV am Kabinettschiff, ist in Schlüsselressorts wie das Fi-

nanzministerium eingezogen und freut sich über erste Erfolge.

In Optimismus verfällt Dag Seierstad deshalb aber noch lange nicht. Die »sehr vorläufige Bilanz« des SV-Vorstandsmitglieds müsste den hiesigen Regierungsbefürwortern sogar Sorgen machen: Es sei ungewiss, ob das Bündnis überhaupt hält. Und sollte die Regierung tatsächlich Erfolge vorweisen können, sei die Wahrscheinlichkeit groß, dass bei den nächsten Wahlen die Sozialdemokratie am stärksten davon profitiert. Auf der anderen Seite, sagt Dag Seierstad, könnte ein geglücktes Mitte-Links-Bündnis ja auch bei Labour zum Umdenken führen: »Selbst Sozialdemokraten können sich ändern.« Im »Blauen Salon« wird hämisch gelacht.

Kann der Blick nach Norwegen der hiesigen Debatte auf die Sprünge helfen? Wohl genauso viel oder wenig wie das Beispiel Frankreich. Die Lage der Linken dort sei nach gescheiterten Koalitionsbeteiligungen »desaströs«, sagt *Joachim Bischoff* vom Bundesvorstand der Wahlalternative. Dass der Schritt in ein Kabinett aber automatisch zum »Auftakt einer Niederlage« und zur »Integration der Opposition in den Mainstream« führt, glaubt Bischoff nicht. Seit der Koalitionstisch drohend über der sozialistischen Linken hängt, seit Mille-rands Schritt in Frankreich 1899 also, habe sich schließlich viel verändert. Der Kapitalismus sei »kein fester Kristall«, das habe schon Karl Marx so gesehen. Die Frage, ob man sich an einer Regierung beteiligen soll, stellt sich also immer wieder neu. Maßgeblich sei, so Bischoff, ob ein solches Projekt dazu beiträgt, den neoliberalen Zug aufzuhalten.

Aber was heißt das? Es sind die Maßstäbe, die in der Debatte eine Verständigung so schwer machen. Was lässt sich als Erfolg des Mitregierens ausgeben? Schlimmeres verhindert zu haben? Oder muss, um gerechtfertigt zu sein, eine linke Regierungsbeteiligung die Tür in Richtung Sozialismus mindestens einen Spalt breit aufstoßen?

»Veränderung beginnt mit Opposition«

Peter Ritter hat seine ganz eigenen Erfahrungen mit solchen Überlegungen gemacht. Der Landeschef der Sozialisten in Mecklenburg-Vorpommern hat sich 1998 als einer von wenigen in der Landtagsfraktion der Stimme enthalten, als es darum ging, den Weg ins Schweriner Schloss perfekt zu machen. Bis Mitte der 90er Jahre hieß der Wahlslogan der PDS ja auch nicht ohne Grund »Veränderung beginnt mit Opposition«. Ritter hat sich irgendwann gefragt, »was kommt danach«? Heute verteidigt Ritter Erfolge in Mecklenburg-Vorpommern, spricht über Verbandsklage-recht und Arbeitsmarktpolitik und davon, dass vieles von dem, was schon 1994 in einem PDS-Papier mit dem lustigen Namen »Regieren wie am Runden Tisch« gestanden habe, heute Realität sei.

Edeltraud Felfe sieht das anders. Die Sozialwissenschaftlerin spricht das Publikum mit »Genossen« an, lobt den Einsatz der PDS-Minister und kommt dennoch zu einem vernichtenden Urteil über die Schweriner Koalition. Ein »Politikwechsel ist derzeit objektiv nicht möglich«, sagt die Greifswalderin, es sei falsch, diese Hoffnung zu wecken. Dann führt sie Erwerbslosenzahlen an, spricht vom übermächtigen neoliberalen Bundestrend und findet: »Eine Schmerzgrenze für die Beteiligung an der Regierung lasse sich derzeit bei den Sozialisten im Nordosten nicht ausmachen.«

Das Zwiegespräch, das Felfe und Ritter dann auf dem Podium miteinander führen und in dem von persönlichen Angriffen und fehlerhaften Urteilen die Rede ist, steht symptomatisch für die Diskussion. »Die Wahrnehmung der Tatsachen hängt nun einmal von der jeweiligen sozialen Erfahrung ab«, sagt Felfe. Nicht jeder ist Minister, aber viele sind arbeitslos.

Das gilt auch in Berlin, und *Benjamin Hoff* vom Landesvorstand der Ex-PDS hat sogar eine Theorie dafür parat: Im »magischen

Dreieck des gesamtpolitischen Gleichgewichts« lege jeder, Fraktion, Kabinettsmitglieder und Partei, seine eigenen Erfolgsmaßstäbe ans Regieren an. Hinzu komme »das Umfeld«, wo sich die Zahl der Kriterien, was als Erfolg zu gelten hat, zwischen sozialen Bewegungen, Lobbygruppen und Medien weiter potenziert. Während Hoff redet, stöhnen die SAV-Anhänger, als würden sie gequält. Und dann bekommt man ein Destillat der »Berliner Debatte« zu hören: Sozialticket, Hartz IV, Bankgesellschaft, Verschuldung, Wasserbetriebe, öffentlicher Dienst, Privatisierung ...

Das Verhältnis zwischen Linkspartei und WASG in der Hauptstadt lässt sich mit den aktuellen Außentemperaturen am besten beschreiben. Bedingungen werden aufgestellt und empört zurückgewiesen, Foren vereinbart und wieder abgesagt. Man könnte auch sagen: eine lebhafte Debatte. Draußen vor der Tür des »Blauen Salons« werden Broschüren verteilt. »Die große Kürzungs-Koalition. Testfall für die neue Linke« steht auf einem Titel. Zu einem solchen könnte der Regierungs-Streit in der Tat werden. Niemand weiß genau, welche Folgen ein konkurrierender Antritt bei Landtagswahlen im Herbst hätte. Die Linksfraktion im Bundestag hat vorsorglich die Juristen bemüht. Die Geschäftsordnung des Parlaments nimmt auf linke Diskussionen keine Rücksicht.

Es ist keine Sache von Reformern gegen Fundis, die das »Linksbündnis« umtreibt. Das Terrain ist viel unübersichtlicher. *Axel Troost* vom Vorstand der WASG nennt sich selbst »einen absoluten Realo. Aber eben einen aus der Wahlalternative«. Auch da gibt es also Unterschiede. Troost versteht was von Finanzpolitik und Wirtschaft und lässt sich durch einfache Argumente nicht beeindrucken. Weder von der einen noch von der anderen Seite. In der Regierungs-Debatte plädiert der WASG-Mann für genaues Hingucken, es seien völlig verschiedene Dinge, ob man über den Bund, Länderregierungen oder die kommunale Ebene rede. Eine Gefahr für Linke am Kabinettsstisch sieht Troost in der Ge-

wöhnung, im »muddling through«, im nur so Durchwurschteln. Danach gefragt, wie er die beiden rot-roten Koalitionen sehe, sagt Troost knapp: Den Genossen in Schwerin sei wohl »der alternative Schwung verloren gegangen« und in Berlin sieht er »ein bisschen zu selbstbewusste Modernisierer am Werk«.

Realos, Fundis, Reformer, Revoluzzer

Modernisierer, Realos, Fundis, Opportunisten, Pöstchenjäger, Gestalter, Revoluzzer – ein Koordinatensystem der Regierungsdebatte zwischen Linkspartei und WASG wäre ein heilloses Unterfangen. Das beginnt schon damit, dass die Debatte keineswegs »zwischen« beiden Parteien geführt wird, sondern in ihnen und darüber hinaus.

Versuchte man eine stark vereinfachte Ordnung, sie sähe vielleicht so aus: An einem Ende der Skala stehen die Befürworter des Mitregierens, zuletzt repräsentiert unter anderem durch einige Strategie-papiere ostdeutscher PDS-Verbände. Eine rechnerische »linke« Mehrheit (aus Linkspartei, Grünen und SPD), die das Bundestagswahlergebnis vom Herbst 2005 nahe legte, müsse bei nächstmöglicher Gelegenheit mit Leben, das heißt mit Regieren gefüllt werden. Im Übrigen führe der Weg in die Bundesregierung über die Länderkabinette – im Osten. An der WASG-Spitze findet sich das Argument in abgewandelter Form: Es mache »keinen Sinn«, heißt es in einem Papier, »auf absehbare Zeit die Aufgaben des Regierens auf kommunaler, Landes- und Bundesebene immer nur den neoliberalen Parteien zu überlassen«. Von hier aus sind die Übergänge zu jenen fließend, die Regieren als »Gestalten« ebenfalls befürworten, allerdings auch klare politische Grenzziehungen fordern.

Ein exponierter Vertreter dieser Strömung ist Oskar Lafontaine, der in seiner Januar-Rede einen pragmatischen Umgang mit der Frage des Mitregierens forderte. Zugleich aber zog Lafontaine eine rote Linie ein, deren Überschreiten die Linke ihre Glaub-

würdigkeit kosten werde: keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, keine Umverteilung von unten nach oben.

Haushaltssanierung durch Demonstrieren?

Das können auch viele Kritiker und Gegner (ein Unterschied!) der aktuellen Regierungsbeteiligungen unterschreiben. Allerdings beginnt hier, fast am anderen Ende der Meinungsskala angekommen, auch etwas, das man »Optimismus der Straße« nennen könnte. Das Argument geht so: Man hätte, hieß es auch am Samstag aus dem Publikum, statt in der notorisch klammen Hauptstadt mit gebundenen Händen unsoziale Politik zu machen, die Berliner Bürger vor das Kanzleramt mobilisieren müssen. Dann wäre der ganze Kladderadatsch nicht passiert. Sondern? Wäre der Haushalt etwa durch Demos saniert worden? Egal. Mit solchen Hoffnungen wird auch an der PDS-Basis sympathisiert. Und dann finden sich noch jene, deren Haltung zur Regierungsfrage eine eher instrumentelle ist und eigentlich ganz andere Ziele verfolgt. Die Kritiker der Postenjäger sind manchmal nämlich selber welche.

Die Debatte, so alt sie ist, wird weitergehen. Es kommt aber immer mal eine Stunde der Wahrheit. *Hans Modrow*, der große alte Mann der PDS, sieht eine solche »Phase der Entscheidung« bald kommen. Im März sind Landtagswahlen in drei Bundes-

ländern, in Sachsen-Anhalt steht die Frage nach dem Platz am Kabinetttisch wenigstens theoretisch im Raum. Im Herbst wird in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gewählt. Es ist nicht mehr viel Zeit. »Wir haben zwei Parteien und eine Fraktion. Was, wenn wir aus zwei Parteien nicht eine machen können? Was wird dann aus der Fraktion?«

Man täte Hans Modrow jedoch unrecht, wenn man seinen Zwischenruf als Appell für eine bloß pragmatische Lösung verstehen würde, in der Regierungsbefürworter nur deshalb die Oberhand über den »Optimismus der Straße« behalten, weil sonst Konsequenzen für eine Bundestagsfraktion drohen. Man werde, sagt Modrow, die Diskussion über das Mitregieren ja auch danach weiter führen müssen. Rosa Luxemburg auf ihrem Porträt schaut nicht mehr ganz so beleidigt. Neue Bedingungen, neue Anläufe, neue Antworten.

Tom Strohschneider,
aus: Neues Deutschland v. 6.2.2006, S.3

Das 7. Forum: Bildungspolitik als Sozialpolitik

18. Februar 2006 in München

Im *einleitenden Podium* zum Thema *Bildung und soziale Spaltung* ging es im Wesentlichen um die Frage, wie Bildungspolitik zu mehr sozialer Gleichheit beitragen kann.

Dazu führte *Torsten Bultmann* (Geschäftsführer des BdWi) aus:

- Das Bildungssystem verursacht keine Ungleichheit; es kann demzufolge auch keine Gleichheit herstellen.
- Bildungsungleichheit beruht auf ungleicher Eigentums- und Reichtumsverteilung; dieser Zusammenhang ist international jedoch sehr unterschiedlich ausgeprägt und ist immer dort besonders stark, wo die öffentliche Finanzierung der Bildung gering ist.
- Nur eine öffentlich finanzierte Bildung ermöglicht den gleichen Zugang; wird der Anteil privater Finanzierung erhöht, verstärkt sich auch der Zusammenhang zwischen Bildung und Einkommen (wieder) - d.h. die Privatisierung der Bildung verstärkt soziale Ungleichheitsverhältnisse.

Dieser Zusammenhang wird auch durch die – kurzzeitigen – Erfolge der westdeutschen Bildungsreform (Mitte der 60er bis Mitte der 70er) bestätigt: mit dem öffentlichen Ausbau der Bildungsinstitutionen (einschl. Hochschulgründungen) und der Einführung des BAföG wurde der Hochschulzugang verbreitert und erhöht.

In dieser Zeit wurde auch der Zusammenhang zwischen Bildungs- und Beschäftigungspolitik hergestellt:

- bis Mitte der 70er existierte keine Akademiker-Arbeitslosigkeit; mit der anschließenden Entkoppelung beider Politikbereiche begann die Krise der Hochschule

- Akademische Ausbildung wird entwertet, wenn sie nicht in adäquater Beschäftigung mündet; dies ist jedoch kein Argument gegen die Öffnung von Hochschulen sondern zeigt die Grenzen technokratischer Bildungspolitik
- Bildung muss (wieder) in ein gesellschaftliches *Projekt* integriert werden.

Zu den *Geschlechterverhältnissen im Bildungssystem* sprach *Sabine Kiel*, Referentin im Studentenwerk Hannover. Sie beschrieb, dass in den 60er Jahren in einem Klima des „Mehr Demokratie wagen“ und mit dem Ausbau der Universitäten das höhere Bildungssystem bewusst für Frauen geöffnet und diese durch Förderprogramme auch für ein Studium gewonnen wurden. Wenn sich auch im Ergebnis die Zahl von Frauen, die an Berufungsverfahren beteiligt bzw. einen Ruf erhalten haben, in den letzten 10 Jahren erhöht hat, hat sich an der Pyramide jedoch nicht viel geändert. Bezogen auf die aktuellen Debatten um die Einführung von Studiengebühren stellte Kiel fest, dass für Frauen die Kosten des Studiums eine höhere Rolle spielen als für Männer und diese darum von einem Studium eher Abstand nehmen; allerdings würden sie – stimmten die Rahmenbedingungen – verstärkt ein Studium aufnehmen. Auch kommen Frauen BA/MA-Studiengänge bzw. ein Studium an einer FH entgegen, schätzen sie doch geregelte und übersichtliche Strukturen.

2003 haben erstmal mehr Frauen als Männer ein Studium aufgenommen; seither sind die Zahlen jedoch wieder rückläufig und Frauen neigen (wieder) mehr einer beruflichen Ausbildung zu. Auch ist ihr Anteil – trotz entsprechender Förderprogramme – in natur- und ingenieurwissen-

schaftlichen Studienrichtungen sehr niedrig.

Klaus Bullan (GEW Hamburg) zog bildungspolitische Konsequenzen aus der PISA-Studie.

Als Ursachen des schlechten Abschneidens Deutschlands bei PISA benannte er die rückläufige Entwicklung öffentlicher Bildungsausgaben und die zu geringe Bildungsbeteiligung in Deutschland. Während in den Zeiten der Bildungsexpansion (Mitte 60er – Mitte 79er) auch die unteren sozialen Schichten erfasst wurden, ist seit dem deren Beteiligung wieder rückläufig. Ähnliches lässt sich auch in der Bildungsfinanzierung beschreiben. Komplementär zu den sinkenden staatlichen Bildungsausgaben weist Deutschland einen hohen Anteil an privater Finanzierung auf (besonders im Bereich KITAs und Schulen); hier nimmt Deutschland unter den OECD-Staaten den 5. Platz ein.

Gleichzeitig ist die Bildungsbeteiligung der unter 6jährigen in Deutschland sehr schlecht: so werden nur ca. 10% der 0-3jährigen in Krippen betreut (ohne die Neuen Bundesländer wäre der Durchschnitt noch niedriger); von den 3-6jährigen werden die meisten auch nur auf Halbtagsplätzen in KITAs betreut. Was die schulische Bildung angeht haben die heute 40-45jährigen einen höheren durchschnittlichen Schulabschluss als die 25-34jährigen.

Die geringe Bildungsbeteiligung einerseits wie die geringe öffentliche Finanzierung der Bildung in Deutschland andererseits führen zu einer Schieflage im Bildungssystem. Die Schere zwischen arm (= geringe Bildungschancen) und reich (= hohe Bildungschancen) geht immer weiter auseinander; während 25% der Jugendlichen privat finanzierten Nachhilfeunterricht bekommen gelten zugleich 25% der Jugendlichen unter 15 als arm.

Dieses „Schere“ wird auch in PISA widerspiegelt. So ist die Chance eines Akademikerkindes, auf das Gymnasium zu wechseln bei gleichen Leistungen viermal höher als die eines Arbeiterkindes.

Schwerpunkte der Diskussion waren zum einen die *Föderalismusreform*; diese bezeichnete Bultmann als Diffusion der Verantwortung, die zu einer Vertiefung der Differenzen zwischen den Ländern führt („Wettbewerbsföderalismus“). Am Beispiel der Eliteuniversitäten, von denen 7 (von 10) in Bayern und Baden-Württemberg liegen, ist ein Zuwachs des Gefälles von Bildungseinrichtungen erkennbar, ohne dass es dafür politische Verantwortung gibt, was eine Intervention unmöglich macht. Diese Reform, so wurde aus dem Publikum erklärt, mache bundesweite Bildungsplanung und –gestaltung wie z.B. durch das Ganztagschulenprogramm zukünftig unmöglich, womit Bildungsprioritäten auf den Kopf gestellt werden. Zugleich wurde deutlich gemacht, dass der Studierendenanteil nicht erhöht werden kann, wenn die Institution Schule nicht gestärkt wird. Im Unterschied zu Deutschland, wo schwächere Schüler eine kürzere Schulzeit absolvieren werden in Finnland schwache Schüler durch eine längere, kompensatorisch wirkende Schulausbildung gefördert.

Durch die Föderalismusreform wird die verfassungsmäßig gesetzte „Gleichheit der Lebensverhältnisse“ unmöglich; die bereits heute existierende Zersplitterung des Bildungswesens wird vertieft.

Seitens des Publikums wird die starke Orientierung auf den Hochschulzugang problematisiert; hier ist festzustellen, dass es in Deutschland ein gut entwickeltes berufliches Ausbildungssystem gibt, das jedoch zunehmend zurückgefahren wird.

Hier verwies Bultmann auf den BdWi und die Gewerkschaften, die bereits seit langem auf die stärkere Gleichstellung verschiedener beruflicher Wege orientiert und sich für eine stärkere Durchlässigkeit des beruflichen Ausbildungssystems engagiert haben. Auch in Bezug auf lebenslanges Lernen sollte es vielfältige Wege zur Hochschule geben; dabei ist der Maßstab für Bildungsgerechtigkeit nicht, dass die Mehrheit der Bevölkerung studiert.

Durch das Publikum wird festgestellt,

- dass Bildung etwas mit gesellschaftlicher Teilhabe zu tun hat; in Bayerischen Hochschulen sind 30-50% von der Teilhabe ausgeschlossen. Die Ermöglichung der gesellschaftlichen Teilhabe an Bildung ginge in der aktuellen bildungspolitischen Debatte jedoch unter.
- dass die Selektionsmechanismen im Bildungssystem Menschen stärker deformieren, als bislang anerkannt. Die Selektion erfolgt i.d.R. dauerhaft und erschwert gesellschaftliche Teilhabe; hier wurde der Wunsch nach stärkerer Thematisierung des Zusammenhangs von gegliedertem Schulsystem und Teilhabe gefordert. Gefordert wurde statt eines viergliedrigen Schulsystems die Schule für alle.
- der Zusammenhang zwischen Hochschulzugang, Ausbildungsmisere und Jugendarbeitslosigkeit.
- dass die regionale Verteilung der „Elite“-Hochschulen sehr unterschiedlich ist und sie daher zur Vertiefung der Differenzierung der Hochschulbildung zwischen den Bundesländern beiträgt.
- Dass die Bildungsbeteiligung im SEK II-Bereich sinkt; die Hauptschule jedoch nicht mehr den Zugang zum berufl. Ausbildungssystem sicherstellt

Bullan macht deutlich, dass in Hamburg die 10% Hauptschüler keine Chancen auf eine berufliche Ausbildung haben und stellt fest, dass sich zwar Gesellschaft und Selektion gegenseitig bedingen, die Selektionsmechanismen in Deutschland jedoch unzeitgemäß sind und aus dem Frühkapitalismus kommen. So erfolgt keine Orientierung auf Bildung (allgemein), sondern auf Zertifikate, die Lebenschancen bestimmen. So ist dieses selektive Bildungssystem auch verantwortlich dafür, dass so wenige Menschen höhere Bildung erhalten und damit höhere Lebenschancen haben. Die-

ses Problem ist jedoch nicht an der Spitze sondern an der Basis zu lösen.

Kiel verlangte eine Diskussion über Visionen, statt sich von den aktuellen Entwicklungen überrollen zu lassen. Es ist ein Problem, wenn der gesamtgesellschaftliche Bildungsauftrag an Institutionen wie Bertelsmann (incl. CHE) und den BdA abgegeben wird. Hier ist es erforderlich, Gegenentwürfe zu entwickeln. Dazu müssen Argumente gefeilt und thematisiert werden, welcher Bildungsstand in den 70ern bereits erreicht war und wie Deutschland heute im internationalen Vergleich positioniert ist.

Bultmann stellte zum Abschluss den Zusammenhang zwischen den 10 als „Elite“ nominierten Universitäten und der Wirtschaft her. Da unter den 10 8 Unis sind, die die meisten DFG-Mittel eingeworben haben und die DFG die „Elite“ mit bewertet hat, bewertet sie sich letztlich selbst (bzw. ihre Vergabepaxis). Zugleich stiegen die Drittmittel aus privater Hand entsprechend der Höhe der eingeworbenen DFG-Mittel. Da in den bayrischen Hochschulen Industrielle in den Kuratorien und Räten sitzen, ist die Nominierung bayrischen Unis zur „Elite“ nicht erstaunlich.

Im „Workshop I: Schule“ wurde zum einen eine Initiative in Bayern (Aktionsbündnis für eine kostenlose Bildung), zum anderen schulpolitische Modelle vorgestellt und diskutiert.

Isabella Schulz berichtete von ihren Bemühungen, das von der CSU geplante Schulgeld – das nach Protesten der Öffentlichkeit in „Büchergeld“ umbenannt wurde – zu verhindern. Bayern zieht sich aus der Finanzierung der Schulbücher zurück und wälzt die Kosten auf die Eltern ab. Zwar erfolgt eine Befreiung ab dem 3. Kind bzw. bei Kindern, deren Eltern diese Kosten nicht übernehmen können; da dies jedoch in den Schulakten vermerkt wird, ist das Kind als „arm“ stigmatisiert. Gegen diese Pläne hat das Aktionsbündnis einen schul-

und schulartübergreifenden Streik organisiert.

Peter Joseph, Mitarbeiter im sachsen-anhaltinischen Landtag, stellte den Entwurf des Schulgesetzes vor, mit dem die PDS in Sachsen-Anhalt auch in den Wahlkampf zieht.

Er beschrieb, dass die Umstellung auf ein gegliedertes Schulsystem nach der Wende mit Leistungseinbußen verbunden war. Während vor der Einführung der Leistungsdurchschnitt über dem der westlichen Bundesländer lag, ist er danach stark abgefallen, was jedoch nicht ausschließlich auf die Einführung des gegliederten Schulsystems zurück zu führen ist.

Während der Regierungszeit 1994-2002 („Magdeburger Modell“) wurde die Grundschulzeit auf 6 Jahre und die Schulpflicht auf 10 Jahre ausgedehnt; es wurde die volle Halbtagschule eingeführt. Da diese Veränderungen schlecht vorbereitet waren und halbherzig eingeführt wurden, gab es heftige Kritik und wenig Akzeptanz: Mit der Regierungsübernahme durch die CDU/FDP wurden diese Veränderungen zurückgenommen; nun sind Schullaufbahnempfehlungen verbindlich; Schüler werden Gymnasien zugewiesen, die Sekundarstufe wurde wieder eingeführt. Dies erhöhte die soziale Differenzierung zwischen den Schülern.

Der neue Ansatz der Linkspartei zielt auf:

- bessere Bildung,
- die Überwindung der Ausgrenzung,
- die Erhöhung des Anteils an höheren Schulabschlüssen und
- die Verbesserung des Übergangs in die berufliche Bildung.

Der entsprechende Gesetzentwurf sieht dafür die Hebung des Niveaus der Sekundarschulen (mehr Unterrichtsstunden, mehr Inhalte, zusätzliche Lehrkräfte u.a. pädagogisches Personal, Integration etc.) vor – bis sie niveaugleich mit Gymnasien sind. In einem zweiten Schritt können dann beide Schultypen in einer Gesamtschule aufgehen, in einer „gemeinsamen Schule für alle“.

Sebastian Schlüsselburg hat die Entwicklungen im schulpolitischen Bereich in Ber-

lin vorgestellt. So hat die rot-rote Regierung in Berlin das 1. Schulgesetz nach PISA vorgelegt; die Vorarbeiten dazu wurden drei Regierungen geleistet.

Daraus ergeben sich bereits jetzt Vorteile für Berlin wie die Rahmenlehrpläne, die Ausbildung der Lehrer für Klassenstufen (statt Schultypen), die 6jährige Grundschule etc.

Obwohl seitens der SPD, der Grünen und der PDS Bestrebungen zur Aufhebung der Gliederung der Schulen gibt, ist deren Umsetzung noch sehr zurückhaltend.

Im Zusammenhang mit dem Ganztagschulprogramm wurde die Reform der Grundschulen umgesetzt: jahrgangsübergreifendes Lernen, flexible Schuleingangsphase etc.

Nun steht in den kommenden 6 Jahren die Reform der Sekundarstufe an, in die die Gymnasien einbezogen werden sollen. Dabei geht es nicht nur um strukturelle Reformen sondern auch um die der Inhalte; der entsprechende Wahlkampfslogan lautet: „Berlin wird skandinavisch schlau“.

Das bildungspolitische Ziel besteht in einer Schule für alle von Klasse 1-10 (bzw. – wo möglich – bis 12). Die Gliederung des mittleren Abschlusses soll abgeschafft werden. Statt Selektion soll die Heterogenität gefördert werden, die als Gewinn bezeichnet wird. Auch sollen diese Reformen unter Beteiligung von Schülern, Lehrern und Eltern in einer freiwilligen Erprobungsphase (bis 2012) umgesetzt werden.

Das Publikum fragte nach dem Verhältnis von Einheitsschule und Elitenbildung; hier erklärte *Joseph*, dass die Einheitsschule gut für die Integration und Breitenbildung ist; Spitzen aber nur schwer zu entwickeln sind. Angesprochen auf die Finanzierbarkeit des Systemumbaus erklärte *Joseph*, dass die größten Kosten durch die Anhebung der Stundenzahl in der Sekundarschule entstehen; diese ist finanzierbar unter der Voraussetzung, dass der Bildungstitel im Haushalt steigt.

Aus dem Publikum kam der Einwurf, dass die Einheitsschule zwar richtig ist, aber zu spät ansetzt. Wenn Bildung soziale Ge-

Rechtigkeit herstellen soll, muss es um eine Startchancengerechtigkeit gehen. Wie die skandinavischen Staaten zeigen, kann der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg, der sich bei allen anderen Staaten herstellt, durch vorschulische Bildungsangebote weitgehend nivelliert werden. Hier sind die Defizite i.d.R. zum Schulbeginn ausgeglichen. Existiert eine gute vorschulische Bildung nicht, können bestehende Defizite in der Schule nicht (mehr) ausgeglichen werden; aktuell werden sie noch vertieft.

Aus dem Publikum wurde festgestellt, dass Demokratie und Selektivität einander ausschließen; wenn Bildung Gesellschaft reproduziert, kann Selektivität keine Demokratisierung hervorbringen. Aus diesem Fall ist es erforderlich, dass Bildung repolitisiert wird und die Frage geklärt wird: welche Bildung braucht die Gesellschaft?

Am Workshop zur Hochschulpolitik nahmen 10 Personen teil. Eine Gruppe des ASTA der Münchner Uni, der AK Gewerkschaften, stellte ihre Arbeit zum Thema Bildung vor. Folgende Fragen werden von ihnen diskutiert:

- Kritik an der Bildungsauffassung der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure
- Worin besteht das bürgerliche Bildungsideal?
- Wie sieht die Wirklichkeit aus?
- Kritik an den philosophischen Grundlagen
- Wie sehen der eigene Bildungsbegriff und das eigene Menschenbild aus?

Ausführlich wurde auf den Zusammenhang von Kapitalinteressen und Veränderungen in der Hochschulbildung eingegangen. Mit der vollständigen Umstellung der Studiengänge auf BA und MA soll eine hauptsächliche Qualifizierung für den Markt erreicht werden.

Als nicht haltbar wurde die These von der Notwendigkeit des Übergangs zu BA und MA Studiengängen wegen der Vergleichbarkeit aufgedeckt. Da der BA in Deutschland 6 Semester umfasst, wird er in den angelsächsischen Ländern nicht unbedingt anerkannt.

Es wurde hervorgehoben, dass genau darauf geachtet werden muß, wo und welche Spielräume für Gegenaktionen bestehen. So ist z.B. zwischen Bayern und Baden-Württemberg zu unterscheiden: während in Baden-Württemberg eine knallharte neoliberale Politik praktiziert wird, versucht Bayern, eine Bürgerlichkeit zu erhalten.

Im Weiteren wurde der Bildungsbegriff der Gewerkschaften untersucht. Während beim DGB Bildung vorrangig als Ausbildung verstanden wird, hat die GEW einen weiteren Bildungsbegriff.

Anhand von Derrida (Die unbedingte Universität) wurde dazu ermutigt, beim Suchen nach Alternativen nicht in den gegebenen Strukturen zu verbleiben, sondern die Uni anders zu denken.

Es wurde darüber informiert, dass im bayerischen Hochschulgesetz die Struktur der Studierendenvertretung vereinheitlicht werden soll, was z.B. zu einer Verschlechterung an der Uni München führt.

Dr. Katrin Schäfgen / Dr. Hella Hertzfeldt
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Das 8. Forum: „100 Tage Schwarz-Rot“ Strategische Allianzen für einen Politikwechsel

12. März 2006 in Frankfurt/Main

„Die große Koalition fährt mit Vollgas in die Sackgasse, in der sich auch schon die Politik von Rot-Grün bewegte.“ Mit diesen Worten eröffnete *Horst Schmitthenner* die Diskussion der mehr als 200 Teilnehmer/innen des Forums „100 Tage Schwarz-Rot“ am 12. März 2006 im Gewerkschaftshaus Frankfurt am Main. Eingeladen hatten die „Initiative für einen Politikwechsel“, die Friedens- und Zukunftswerkstatt, die Redaktion der Zeitschrift „Sozialismus“, die Rosa-Luxemburg-Stiftung und WISSENTTransfer zu einer ersten Zwischenbilanz der Politik der CDU-SPD-Koalition sowie zum Nachdenken über Alternativen und neue Wege für einen Politikwechsel. Nichts geschehe „im Selbstlauf“, unterstrich *Horst Schmitthenner*, vielmehr hänge die „Durchsetzung von alternativer Politik“ davon ab, dass sich die gesellschaftliche Linke zügig auf deren Grundlinien verständige sowie „Schnittmengen zwischen politischen Ansprüchen und Handlungsmöglichkeiten“ feststellt, „um gemeinsam die Chancen für eine andere Politik zu nutzen“.

100 Tage Schwarz-Rot: Zwischenbilanz

Der Frage des Forums, wie und mit wem es anders werden könne, ging eine Bewertung der ersten hundert Tage Regierungspolitik voraus. *Arno Klönne* (Universität Paderborn) veranschaulichte, das Motto der Regierungserklärung von Kanzlerin Angela Merkel: Mehr Freiheit wagen, bedeute den „Wegfall sozialstaatlicher Einschränkungen von Kapitalinteressen“. Die Regierung Gerhard Schröders erweise sich als Türöffner für die CDU-SPD-Koalition bei der „Ausweitung des Armutssektors in der deutschen Gesellschaft“, der „Privatisierung bisher öffentlicher Güter und

Dienstleistungen“ sowie der weiteren „Entlastung des großen Geldes von steuerlichen Beiträgen zum Gemeinwohl“. Aufgehört habe zwar das „zu Zeiten der Schröder-Kanzlerschaft“ gängige „Basta-Getöse“, doch werde deshalb „nicht weniger einschneidend die Zerstörung des sozialen Netzes hierzulande betrieben“. Die Große Koalition gehe gesellschaftspolitisch „den Weg in eine andere Republik“. Gleichzeitig setze sie aber auch die von ihrer Vorgängerin begonnene „Enttabuisierung des Militärischen“ fort, indem „entgegen den Intentionen des Grundgesetzes weltweiter militärischer Interventionismus zur Doktrin erhoben“ werde; was weder FDP und Grüne grundsätzlich kritisierten. In einer solchen Situation könne es „für Demokraten nur heißen: Mehr Opposition wagen!“. Hierzu fänden sich Ansätze in sozialen Bündnissen, außerparlamentarischen Initiativen, bei der Linkspartei, in den Gewerkschaften, aber auch bei kirchlichen Verbänden und in Jugendorganisationen. Die politische und personelle Vielfalt könne produktiv sein und gemacht werden, wenn „Gemeinsamkeiten des Protests in gemeinsame Aktionen und die Arbeit an Alternativen“ mündeten.

Georg Fülberth (Universität Marburg) stellte „große Schnittmengen von CDU und SPD“ fest. In den 50er Jahren seien dies beispielsweise der Antikommunismus und die dynamisierte Rente gewesen. Heute verlangten beide „marktradikale Reformen“. Dennoch habe die CDU ihr Programm etwas abgespeckt; beispielsweise forcieren sie ihren Frontalangriff auf die Flächentarifverträge nicht, weil diese mittlerweile „von selbst“ erodierten; und beim Zurückdrängen der Unternehmensmitbestimmung hoffe sie auf die Wirkung des europäischen Rechts. *Joachim Bischoff*

(Zeitschrift „Sozialismus“) forderte eine differenziertere Beurteilung der letzten hundert Tage Regierungspolitik. Von einer bei der Bundestagswahl deutlich gewordenen „Akzeptanzkrise des Neoliberalismus“ könne gesprochen werden, weil die Angriffe auf Tarifverträge und soziale Sicherungssysteme auch offensiver hätten geführt werden können. Und obwohl die Bundesregierung den Niedriglohnsektor weiter ausbauen wolle, zeige sich eine „Offenheit für Diskussionen über einen gesetzlichen Mindestlohn“. Allerdings warnte auch er vor Hoffnungen auf eine „Öffnung der SPD nach links“. Jegliche Illusionen über (Selbst)Korrekturen der Regierungspolitik zerstreute Jürgen Klute (WASG Herne) durch Hinweise auf den Koalitionsvertrag. Die „Rhetorik, nicht aber die Politik“ habe sich geändert. Das zeige sich am „Generalverdacht gegen Beschäftigte, sie seien potentielle Schwarzarbeiter/innen“ ebenso wie an der Unterstellung, „Arbeitslose neigten zu Betrug“ und an der Erhöhung der Mehrwertsteuer als typische Zusatzbelastung der finanziell weniger bemittelten Bevölkerungsteile. Selbst die Wiedereinführung der Vermögensteuer werde durch das Deklarieren als „Reichensteuer“ zu einer „Neidsteuer“ herabgewürdigt.

Damit es anders wird ...

Wie stellt sich die gewerkschaftliche, zivilgesellschaftliche und politische Linke auf – mit konkreten Zielen für einen Politikwechsel? Dieser Frage widmete sich *Sybille Stamm* (Vorsitzende ver.di Baden-Württemberg) mit Blick auf die aktuellen Tarifaueinandersetzungen im Öffentlichen Dienst. Der bald sechswöchige Streik werde vorrangig als Abwehrkampf für den „Erhalt der 38,5-Stunden-Woche – ohne weitere gewerkschaftliche Forderungen – geführt“. Dabei engagierten sich in Baden-Württemberg vor allem Frauen und junge Menschen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und für die Sicherung der Arbeitsplätze. Die Arbeitszeitfrage bündele den Widerstand und müsse zu einer „Öff-

nung für soziale Bewegung“ genutzt werden. Denn der Streik trage klare „politische Züge“: die Unternehmer wollten „das Projekt 40-Stunden-Woche durchsetzen“, um die Gewerkschaften dauerhaft zu schwächen. Deshalb sei dieser Kampf nicht nur von ver.di allein, sondern von allen DGB-Gewerkschaften gemeinsam aufzunehmen. In die gleiche Richtung argumentierte *Stefan Körzell* (Vorsitzender DGB Hessen-Thüringen) und verwies auf die Notwendigkeit, engagierter über „einen gesetzlichen Mindestlohn statt über einen bereits durch die Praxis des Mainzer Modells diskreditierten Kombilohn zu diskutieren“. Die Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes sei unerlässlich; dieser dürfe allerdings nicht als „Ausweitung von Ein-Euro-Jobs“ verstanden werden. Schließlich müsse die „Debatte über weitere steuerliche Entlastungen der Unternehmen“ beendet werden, weil sie weder Arbeitsplätze schafften oder sicherten noch einen konjunkturellen Aufschwung brächten. Vielmehr solle die Vermögensteuer wiederbelebt und die Erbschaftsteuer überarbeitet werden, damit wieder „mehr Geld in die öffentlichen Kassen fließt“.

Kritisch würdigte auch *Ottmar Schreiner* (Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD) die Politik der Bundesregierung. Das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre anzuheben sei „kein Konzept zur Verringerung der Arbeitslosigkeit“. Das Engagement der SPD zur Dienstleistungsrichtlinie war für ihn „überzeugend“. Doch die Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns oder die Verhinderung einer weiteren Deregulierung des Arbeitsmarktes machte er vom „gemeinsamen Engagement von Linken und Gewerkschaften“ abhängig. Die Linkspartei starte im Frühjahr eine „Massenkampagne für einen Mindestlohn“, berichtete *Lothar Bisky* (Vorsitzender Linkspartei), und arbeite an einem „Konzept für eine solidarische Bürgerversicherung“. Die Bundestagsfraktion werde parallel einen Antrag zur Beseitigung von Hartz IV stellen. Allerdings sei es geboten, dass die politische Linke in der sozialen Frage und

beim Friedenskampf auf europäischer Ebene umfassender kooperiere. Hierfür werde sich die Linkspartei im Europäischen Parlament einsetzen. Er zeigte sich zuversichtlich, dass sie in den derzeitigen Diskussionen neue Kraft gewinnen und gestärkt daraus hervorgehen werde.

Die internationale Orientierung rückte auch *Peter Wahl* (Koordinierungskreis Attac) ins Blickfeld der Diskussion. Die Linke müsse die „nationalen Logiken“ überwinden und die „EU als Handlungsrahmen“ für politische Alternativen betrachten. Dies sei beispielsweise selbst gegenüber der Europäischen Zentralbank möglich. Diese habe sich „Geldwertstabilität“ zum Ziel gesetzt, ohne sie bislang genauer zu definieren, so dass sich der Linken eine reale Chance eröffne, in die Debatte einzugreifen.

Verständigung über das „Wie weiter?“

Die „Notwendigkeit für einen Politikwechsel“ stand für *Horst Schmitthener* schon zu Beginn des Forums außer Frage. Nach der wenig kontroversen Diskussion kristallisierte er als mögliche „Kernprojekte einer gesellschaftspolitischen Alternative“ heraus:

- eine grundlegend andere, ökologisch und sozial nachhaltige Wachstums-, Fiskal- und Beschäftigungspolitik;
- die solidarische Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme;
- die Bekämpfung von Armut trotz Arbeit beispielsweise durch existenzsichernde Mindestlöhne;
- den Ausbau und die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Bildung, Gesundheit und Erziehung;
- eine Steuerreform mit stärkerer Belastung großer Vermögen, Kapitaleinkommen und Besitze zur Finanzierung des Gemeinwesens;
- die Demokratisierung des politischen Systems durch Elemente direkter Demokratie; den Ausbau eines demokratischen Systems der

Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Union statt der beschlossenen Dienstleistungsrichtlinie;

- eine konfliktlösende Friedenspolitik anstelle einer krisenverschärfenden Kriegspolitik.

Alternative Entwürfe wären „wichtig für die Mobilisierung und für einen Politikwechsel“, so *Horst Schmitthener*. Hierzu gelte es, „strategische Allianzen zu bilden“. Denn die außerparlamentarischen und sozialen Bewegungen sowie die gesellschaftliche Linke seien „nur in Bündnissen stark“. Hierbei müsse „Trennendes nicht ungeschehen gemacht, aber an das Ende der Tagesordnung gesetzt und Gemeinsames in den Vordergrund gerückt“ werden. Als Beispiel für die Zusammenarbeit nannte er die Abwehr der Arbeitszeitverlängerung, da diese „nicht nur auf humane Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten abzielt, sondern auch Perspektiven für Arbeitslose bietet, weil es um mehr Beschäftigung geht“. Und höhere Löhne, wie sie die DGB-Gewerkschaften erkämpfen wollen, „verbessern nicht nur die Einkommenssituation der Beschäftigten“, sondern könnten auch „der Beginn einer verteilungspolitischen Wende“ sein. Zudem führe „ein Prozent Lohnerhöhung in allen Branchen zu 460 Millionen € Mehreinnahmen bei der Arbeitslosenversicherung und von 1,38 Milliarden € bei der Rentenversicherung“.

Als Eckpunkte im Prozess der „Neuformierung der politischen Linken“ benannte *Horst Schmitthener*:

- eine „politische Aufklärung und starke sozialen Bewegungen, die die Zivilgesellschaft gegen die Politik der Neoliberalen in Stellung bringt“;
- eine „wirkungsvolle parlamentarische Vertretung der von der herrschenden Politik ausgegrenzten sozialen Interessen“.

Dadurch lasse sich deutlich machen, „dass es eine Linke jenseits des neosozialdemokratischen Dritten Wegs gibt“,

was „auch den Linken in der SPD helfen“ könne, „den weiteren Ausverkauf sozialdemokratischer Politik zu verhindern“. Politische Wirkung lasse sich mit „gemeinsam getragenen öffentlichen Aktionen und Protesten“ aller-

dings nur dann erzielen, wenn sich die politische Linke „auf möglichst wenige, Viele betreffende und ansprechende Fragen und Aktivitäten“ konzentriere.

Horst Gobrecht

Anlage und Zusammenfassung

Mögliche Kernprojekte einer gesellschaftspolitischen Alternative

1. Eine grundlegend andere Wachstums-, Fiskal- und Beschäftigungspolitik

Ein solcher, grundlegender Politikwechsel müsste eine wirtschaftspolitische Wachstumsstrategie stärker als bisher mit Kriterien ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit abgleichen, mit einer grundsätzlichen Reform des Euro-Finanzregimes (Veränderung des „Defizit-Kriteriums“ und der Aufgabenbestimmung der Europäischen Zentralbank) und einer öffentlich initiierten und finanzierten Beschäftigungspolitik einher gehen. Im Rahmen einer solchen Konzeption wären ein hinreichendes öffentliches Investitionsprogramm in gesellschaftliche Bedarfsfelder (z. B. soziale, ökologische und verkehrstechnische Infrastruktur) sowie die Konzipierung und Finanzierung eines Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung zu sozial geschützten und tariflich entlohnten Bedingungen unverzichtbar.

2. Die solidarische Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme

Eine solidarische Reform der sozialen Sicherungssysteme hätte sich an drei Kernbegriffen als Leitlinien einer neuen Politik zu orientieren:

- *Universalisierung*, also die Einbeziehung aller Erwerbstätigen sowie aller Einkommensarten in Versicherungsschutz und Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme; insbesondere das Konzept der solidarischen Bürgerversicherung steht dafür.
- *Bedarfsorientierung*, also den „armutsfesten“ Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und die Sockelung nicht

hinreichender Leistungen aus durch steuerfinanzierte Maßnahmen für Menschen, bei denen ein entsprechender Bedarf besteht.

- *Optionalisierung*, also die Ausrichtung der sozialen Schutzsysteme auf Abweichungen vom heutigen „Normalarbeitsverhältnis“ mit Blick auf Lage, Verteilung und Dauer der Arbeitszeit sowie den Wechsel von einer Erwerbsform in die andere.

Und: Angesichts der immensen Zunahme von Armut brauchen wir die Weiterentwicklung einer sozialen Grundsicherung. Wir müssen aber auch die Armut bekämpfen in der Menschen landen, die Arbeit haben. Wir brauchen existenzsichernde Mindestlöhne.

3. Eine neue Priorität für öffentliche Güter

Im Gegensatz zum neoliberalen Modernisierungsprojekt, aber auch zum traditionellen sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat muss in einer solidarischen Reformalternative dem Ausbau und der Bereitstellung öffentlicher Güter eine zentrale Funktion zugemessen werden. Dies gilt insbesondere für öffentlich zur Verfügung zu stellende Angebote im Bereich von Bildung, Gesundheit und Erziehung. Die heute weit verbreitete soziale Ungleichverteilung von Lebenschancen in diesen Bereichen muss durch entsprechende Maßnahmen einer „positiven Diskriminierung“ korrigiert werden.

4. Eine grundlegende Reform des Steuersystems in Richtung einer solidarischen Einfachsteuer

Die Finanzierung einer problemgerechten Beschäftigungspolitik sowie der neuen Priorität für öffentliche Güter bedarf eines gewissen Finanzvolumens. Hier können entsprechende Reformvorstellungen auf das von Gewerkschaften und Attac erarbeitete Konzept einer solidarischen Einfachsteuer aufbauen. Dieses Konzept zielt auf eine Vereinfachung des Steuersystems, eine Reform der Einkommensbesteuerung im Sinne einer Entlastung unterer und mittlerer Einkommen sowie die stärkere Heranziehung von großen Vermögen, Kapitaleinkommen und sonstiger Besitze zur Finanzierung des Gemeinwesens.

5. Demokratisierung des politischen Systems

Das System der parlamentarischen Repräsentation befindet sich in einer Krise. Immer größerer Teile der Bevölkerung sehen sich durch die im Parlament vertretenden Parteien nicht mehr repräsentiert. Der Einzug der Linkspartei in das Parlament mag das Problem entschärft, sicherlich aber nicht gänzlich gelöst haben. Eine demokratische, soziale Reformbewegung muss daher über Strategien einer Demokratisierung des politischen Systems („Demokratisierung der Demokratie“) nachdenken. Von besonderer Bedeutung könnte hier die Ergänzung des parlamentarischen Systems durch Elemente direkter Demokratie („Plebiszite“) sein.

6. Ausbau eines demokratischen Systems der Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Union

Starke Gewerkschaften, konfliktfähige betriebliche Interessenvertretungen und mit hinreichenden Rechten ausgestattete Lohnabhängigen galten bisher als unverzichtbare Bestandteile des „Europäischen Sozialmodells“. Das wird zunehmend infrage gestellt. Trotz unterschiedlicher Entwicklungspfade entlang der institutionellen Arrangements in den Ländern der Europäischen Union müssen diese Aspekte auch zukünftig elementare Bestandteile eines reformierten neuen Europäischen Sozialmodells darstellen. Insbesondere transnationale Regelungen sind hier unverzichtbar. Hier steckt die Entwicklung in den Kinderschuhen. Es ist eine unverzichtbare Aufgabe einer solidarischen Reformbewegung, im Rahmen einer offensiven Reformpolitik für ein neues Europäisches Sozialmodell hier voran zukommen.

7. Konfliktlösende Friedenspolitik statt konfliktverschärfender Kriegspolitik

Deutschland wie die gesamte Europäische Union müssen die Veränderungen im System der internationalen Beziehungen analysieren und entsprechende strategische Schlussfolgerungen daraus ziehen. Eine mehr oder weniger kritiklose Unterstützung der neu-imperialen Machtbestrebungen der USA können dabei ebenso wenig akzeptiert werden wie der Versuch, durch eine forcierte Rüstungsanstrengung zum gleichwertigen Kontrahent der USA in Sachen militärischer Stärke zu werden. Ein vereinigtes Europa kann nur die Perspektive einer konfliktmindernden, zivilen Friedensmacht verfolgen. Dieses Selbstverständnis muss Ausdruck in einer eventuell neu zu diskutierenden Verfassung sowie in der konkreten Politik finden.

Das 9. Forum: Wie weiter links?

04. April 2006 in Erfurt

Zum Begriff des Sozialismus

Bevor ich zum Begriff des Sozialismus spreche, zunächst kurz zum Begriff selbst. Was sind Begriffe?

Sie sind Festlegungen, die aus lang andauernden Diskussionsprozessen hervorgehen. Sie verarbeiten historische Erfahrungen, soziale Auseinandersetzungen und wissenschaftliche Überlegungen. Sie sind nicht beliebig, sondern nach Interessenlagen und sozialen Orientierungen differenziert. Sie schaffen Denkmodelle, um bestimmte Seiten aus der Wirklichkeit zu betonen, während zugleich von anderen Seiten der Wirklichkeit abstrahiert wird und sie dienen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien als Identität stiftende Grundorientierungen.

Damit ist der Streit um Begriffe, ein sich immer wieder vollziehender Aushandlungsprozess zur Selbstverständigung der Akteure unter Berücksichtigung historisch-konkreter Erfahrungen und Theorieentwicklungen. Der Streit um Begriffe – ist letztlich immer auch ein Streit um die Sache selbst.

Der Begriff des Sozialismus hat verschiedene Wurzeln

Der Begriff des Sozialismus hat unterschiedliche Wurzeln. Er hat, was den Begriff, das konkrete Wort betrifft, viele Mütter und Väter und mehr noch in der Sache selbst, wenn damit eine Gesellschaft verstanden wird, die frei ist von Ausbeutung und Unterdrückung, eine Gesellschaft, die alle Schranken niederreißt, um Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.

Zu seinen Wurzeln gehören *erstens* die Erfahrungen und Kämpfe der sozialen Bewegungen, vor allem der Arbeiterklasse, die durch Auflösung der Feudalverhältnisse in

die moderne kapitalistische Gesellschaft hineingezogen und zugleich von ihrem Reichtum ausgeschlossen wurde und zunächst ohne politische Rechte blieb, die Frauenbewegung und die Befreiungsbewegungen in den Kolonien, die Bewegungen gegen Rassismus und Unterdrückung.

Zweitens zählen zu den Wurzeln des Sozialismusbegriffs ihre „geistigen“ Begründer, wie die Vertreter der Aufklärung, deren Ideen die *politische* Gleichheit der Rechte mit der *sozialen* Gleichheit der Rechte verbinden. Aber auch sie hatten ihre geistigen Väter, wie die Vision von Thomas Morus¹ in seinem Werk „Utopia“, deren zentrale Gedanken sich um eine Gütergemeinschaft gruppieren, die einhergehen soll mit der Abschaffung des Geldes, der Einführung einer menschenfreundlichen Arbeitskultur, einer allgemeinen kommunalen Kranken- und Altenpflege, eines allgemeinen und gleichberechtigten Bildungssystems. „Utopia“ ist für Thomas Morus 1516 nicht ein Land der Träume, sondern vor dem Hintergrund des Zerfalls feudaler Strukturen und der Ausprägung frühkapitalistischer Verhältnisse die notwendige Konsequenz für einen Staat, der Bestand, also Zukunft haben soll.

Saint-Simon, Robert Owen, Francois Marie Fourier und andere Vertreter der Aufklärung des 18. Jahrhunderts wurden als Sozialisten bezeichnet, um damit eine geistige Strömung in Abgrenzung zum Liberalismus und Konservatismus zu kennzeichnen. Was sie von anderen unterscheidet, ist ihr Verhältnis zu den herrschenden Machtstrukturen (Konservierung oder radikale Veränderung gesellschaftlicher Strukturen), ihr Verhältnis zu individueller Freiheit und zum Gemeinwesen. Ist Erhalt und

¹ Siehe „Utopia“, eine auf rationale Gleichheitsgrundsätze, Arbeitsamkeit und auf das Streben nach Bildung basierende Gesellschaft mit demokratischen Grundzügen von 1516

Ausweitung von individueller Freiheit das primäre Ziel von Politik oder aber die Bindung der Freiheit an Gleichheit und Gerechtigkeit – wie dies von den Sozialisten gefordert wurde? Sozialismus wurde so zu einem Synonym einer *Bewegung* für *Gleichheit* gegen jede Art von Privilegien der Herrschenden im Gegensatz zur *formal* rechtlichen Gleichheit bürgerlicher Demokratien. Marx beschreibt später in seinen Randglossen zum Gothaer Programm der deutschen Arbeiterpartei das formal gleiche Recht als ein Recht der Ungleichheit, dass allerdings erst dann überwunden werden kann, „*nachdem* die allseitige Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen (sind) und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen.“² D.h., dass auch die von Rousseau formulierte befreiende Wirkung des Gesetzes, des Rechts immer wieder ihrem Inhalt nach geprüft und die formale Gleichheit mit Gerechtigkeit und Freiheit ins Verhältnis gesetzt werden muss.

Der Sozialismusbegriff hat auch weltanschaulich unterschiedliche Zugänge; darunter jene, die Sozialismus und Religion miteinander verbinden.³ Von Beginn an begleitet eine christlich-theologische Tradition die Aneignung des Sozialismusbegriffs. Mit den religiösen Sozialisten zum Beginn des 20. Jahrhunderts⁴ und der Theologie der Befreiung⁵, die sich seit 1960 vor allem in Lateinamerika, aber auch Südafrika und einigen Ländern Asiens entwickelte, hat sich ein neues christlich begründetes sozialistisches Selbstver-

ständnis herausgebildet. Vor allem in den Basisgemeinden der katholischen Kirche auf den untersten Ebenen der Gesellschaft wird die Interpretation des Neuen und Alten Testaments mit realen bedrückenden Lebensbedingungen zusammengeführt und zu einer geistigen Quelle gesellschaftlicher Veränderung entwickelt. Die Subjektwerdung der Armen, ihre eigene Befreiung gehört zu den zentralen Prämissen der Befreiungstheologie.

Eine Mehrzahl der Befreiungstheologen plädierte auf der Basis einer marxistischen Gesellschaftsanalyse für ein sozialistisches Wirtschaftssystem und lehnte den sog. "Dritten Weg", wie er von verschiedenen Regierungen Lateinamerikas propagiert wurde, ab. Ihre Kapitalismuskritik bezog sich dabei sowohl auf die Weltmarktmechanismen als auch auf die internen Wirtschaftsstrukturen innerhalb der Entwicklungsländer. Sie stützten sich auf nationalrevolutionäre Bewegungen und auf die Hoffnung scheinbar greifbarer, nationaler Entwicklungswege eines spezifisch lateinamerikanischen Sozialismus - selbst dort, wo gegen Militärdiktaturen gekämpft wurde.⁶ In seinem Buch „Leben ist mehr als Kapital“ fordert Franz Hinkelammert, Befreiungstheologe, die grundlegende Veränderung der Perspektive ebenso wie die konkrete Umsetzung in alternative ökonomische und politische Institutionen und Handlungsweisen. „Dabei kommt der *Eigentumsordnung*, die die Privatisierungs-ideologie überwindet, eine zentrale Bedeutung zu.“⁷

Nach der Befreiung vom Faschismus und in Auseinandersetzung mit autoritären Sozialismusauffassungen und in klarer Abgrenzung zum sowjetischen Sozialismusmodell bzw. später vom Realsozialismus wurde der Begriff Sozialismus um das

² Karl Marx, Friedrich Engels (1980): Kritik des Gothaer Programmentwurfs von 1875, Dietz Verlag Berlin, S. 13

³ Der Begriff „*vita socialis*“ wird in der scholastischen Tradition eine eindeutig aus der christlichen Offenbarung abgeleiteten Vernunft bestimmt.

⁴ Zu ihnen zählten u.a. Karl Barth, Ernesto Cardenal, Helmut Gollwitzer, Camillo Torres, Dorothee Sölle

⁵ Der Begriff der Befreiungstheologie wurde von Gustavo Gutierrez, peruanischer Theologe 1972 mit seiner Schrift „*Teología de la liberación*“ geprägt.

⁶ Friedhelm Greis (1993): Die Situation der Befreiungstheologie nach dem Scheitern der Dependenztheorie und dem Zusammenbruch des Sozialismus

<http://www.goldlay.de/haus/anz1.html>

⁷ Frank (2002): Leben ist mehr als Kapital. Oberursel, S. 186

Wort „demokratisch“ erweitert, auch, um seinen notwendig demokratischen Charakter zu betonen. Willy Brandt beschrieb am 8. Mai 1949 den demokratischen Sozialismus als ein in sich nicht abgeschlossenes System von Vorstellungen über eine Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. „Sein formuliertes Programm wird immer nur die Summe gemeinsamer grundsätzlicher Überzeugungen in einer bestimmten Periode entsprechend dem jeweiligen Grad wissenschaftlicher Erkenntnis sein können. Sie fußt auf dem Bekenntnis zur Freiheit und zum Humanismus, zum Rechtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit.“⁸

Der Sozialismusbegriff hat also sehr verschiedene Wurzeln: utopisch-kommunistische, kommunistische, sozialdemokratische, sozialistische, antifaschistische und pazifistische Wurzeln, Wurzeln denen unterschiedliche Weltanschauungen zugrunde liegen. Er ist das Ergebnis konkreter Erfahrungen und Kämpfe. Vor diesem Hintergrund der Verschiedenheit der Wurzeln, der Verschiedenheit der Bewegungen, der eigenen, linken Erfahrungen unterschiedlichster Ab- und Ausgrenzung und dem Wissen darum, was es bedeutet, einzelne dieser Wurzeln zu verabsolutieren, während andere gleichermaßen ignoriert werden, vor diesem Hintergrund werden breiteste Bündnisse und demokratische Aushandlungsprozesse zur notwendigen Konsequenz. Eine sozialistische Linke ist plural oder sie ist nicht sozialistisch.

Der Begriff des Sozialismus formuliert mit seinem Ziel gleichermaßen Wege und Mittel

Was ist das Ziel? Das Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Befreiung des Einzelnen von Ausbeutung und Unterdrückung die Voraussetzung für die Befreiung aller ist.

⁸ Willy Brandt (2000): Rede auf dem VI. Landesparteitag der Berliner SPD, 8. Mai 1949. In: Landesparteitag der Berliner SPD, Hrsg. H. Grebing, G. Schöllgen und H.-A. Winkler, Band 4, Bonn.

Marx formuliert das im Kommunistischen Manifest so: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden, die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“⁹

Dazu gehört die Durchsetzung politischer und sozialer Rechte, dazu gehören gesellschaftliche Bedingungen für ein selbst bestimmtes Leben in sozialer Sicherheit, das friedliche Zusammenleben mit anderen Menschen und Völkern, eine gesunde Umwelt.

D.h. wenn die freie Entwicklung einer und eines jeden der Schlüssel zum Sozialismus ist, dann muss das Ziel sozialistischer Bewegungen die Gleichheit aller in dem Sinne sein, die *Freiheit* zu haben, das eigene Leben gestalten zu können. Freiheit ist dabei die Befreiung aus selbstverschuldeter Unmündigkeit, die Möglichkeit zu selbst bestimmtem Handeln. Dazu gehören verfügbare gesellschaftliche und individuelle ökonomische, politische, soziale und kulturelle Ressourcen. Ohne Freiheit ist die Gleichheit Unterdrückung. „Wenn jemand euch euer Brot entzieht, beraubt er euch gleichzeitig eurer Freiheit. Aber wenn jemand Euch euer Freiheit beraubt, dann wisst ihr, dass euer Brot bedroht ist, denn es hängt nicht mehr von euch und eurem Kampf ab, sondern von der Eigenmächtigkeit irgendeines Herren.“¹⁰

Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind der Inhalt von Gerechtigkeit. Gerechtigkeit misst sich von unten; aber das „Unten“ einer Gesellschaft muss konkret bestimmt werden, vor allem in sich ausdifferenzierenden Gesellschaften flexibilisierter Arbeitsarbeitsbedingungen, working poor und Massenarbeitslosigkeit. Unter den Bedingungen wachsender Instabilität, Inkohärenz, gesellschaftlicher Spaltung und offener Unterdrückung ist der Sturz in die Prekarität oder Arbeitslosigkeit allgegenwärtig

⁹ Karl Marx (1977) Manifest der kommunistischen Partei. Dietz Verlag Berlin, S. 51

¹⁰ Albert Camus (1997): Verteidigung der Freiheit, S. 53

drohende Option bis weit in die Mittelklasse. Dennoch muss Solidarität vor allem auf jene gerichtet sein, denen die Gesellschaft strukturell die Chancen am meisten verstellt wie z.B. MigrantInnen, kinderreichen Familien, allein stehende Frauen mit Kindern¹¹. Gleichzeitig vollzieht sich die Umgestaltung des Sozialstaates in einen Wettbewerbsstaat. Das Prinzip der Subsidiarität – sozial geprüfter Bedürftigkeit – wird reduziert auf ein Minimum und verfestigt soziale und politische Ausgrenzung, die sich längst nicht mehr auf das Proletariat reduziert, sondern die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft grundsätzlich in Frage stellt.

Wie aber lässt sich dieser Entwicklung Einhalt gebieten? Und wie lässt sich eine gesellschaftliche Alternative durchsetzen? Was ist das Ziel und wie steht dieses Ziel zu ihren Wegen und Werten? Gibt es den einen Weg oder unterschiedliche Optionen?

Der emanzipatorische Ansatz des Begriffs Sozialismus als Einheit von Ziel, Mittel und Wegen

Die internationale Linke ist in ihrer gesamten Geschichte mit einem fundamentalen Problem konfrontiert, das immer wieder unter dem Stichwort „Sozialreform oder Revolution?“ (Rosa Luxemburg) in verschiedenen Variationen diskutiert und ausgetragen wurde. Und es war dieses Problem, dass wesentlich zum Schisma zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten beigetragen hat. Es drückt aus sich in der Antinomie zwischen einer Reformkonzeption aus, die keine Überwindung des Kapitalismus kennt, und einem Verständnis von sozialistisch/kommunistischer Revolution, die es nicht vermochte, die Errungenschaf-

ten der Emanzipationsbewegungen zu bewahren. Der Unwille der Bolschewiki, das demokratische und soziale Bündnis von revolutionärer russischer Sozialdemokratie und Sozialrevolutionären auf Dauer zu stellen, ihr Beschluss, eigene revolutionäre Visionen vor den Willen des breiten Volkes zu stellen, eigene Machtbehauptung anstelle demokratische Gestaltung einer sozialen Revolution musste sich auch auf das Schicksal der deutschen Revolution auswirken. Mit der bewaffneten Auflösung der Konstituierenden Versammlung durch Lenin im Januar 1918 war die Alternative klar: Sozialismus *oder* Demokratie. Diese falsche Alternative macht die Tragödie des revolutionären Sozialismus und Kommunismus des 20. Jahrhunderts aus.¹²

Die Diktatur des Proletariats, diese ursprüngliche Losung der Pariser Arbeiter von 1848, wurde zum Kernstück des Marxismus-Leninismus und diente letztlich zur Legitimierung eines Machtmonopols weniger im Namen des Sozialismus. Ihre Voraussetzung war die proletarische Revolution – nur auf diesem Wege sollte es möglich sein, die bürgerlichen Produktionsverhältnisse abzuschaffen und die Produktionsmittel in staatliches Eigentum zu überführen. Das waren die entscheidenden Kriterien, an denen das marxistisch-leninistische Revolutionskonzept den Sozialismus gemessen hatte: *erstens* an der Ausübung der politischen Macht der Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und anderen Werktätigen und *zweitens* am gesellschaftlichen Eigentum vor allem als staatlich-gesellschaftliches

¹¹ 15 Prozent der Kinder unter 15 Jahren und 19,1 Prozent der Jugendlichen zwischen 16 und 24 Jahren sind in Deutschland betroffen. Die Zahl der Kinder, die von Sozialhilfe leben, stieg 2003 um 64.000 auf 1,08 Millionen und hat 2004/2005 1,45 Millionen erreicht. http://de.wikipedia.org/wiki/Armut#Armut_in_Deutschland

¹² Michael Brie (2003): Rosa Luxemburg und Alexandra Kollontais Parteinehmer für einen demokratischen Sozialismus. Beitrag für die Vorstellung der Diplomatischen Tagebücher Alexandra Kollontais am 5. Dezember 2003, Rosa-Luxemburg-Stiftung. http://www.rosaluxemburgstiftung.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/RLS-Autoren/Brie_Michael/Brie_Kollontai-Luxemburg.pdf

Eigentum und als genossenschaftliches Eigentum.

In der praktischen Politik führte dies zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit und zwischenmenschlicher Konkurrenz, weitgehend gleichen Zugang zu Bildung und Leistungen des Gesundheitswesens, bezahlbare Wohnungen, flächendeckende Kinderbetreuung, hohen Aufwendungen für kulturelle Einrichtungen, Erprobung genossenschaftlicher Entwicklungswege, Verfolgung von Faschismus und Rassismus. Gleichzeitig aber war mit der Diktatur des Proletariats wirkliche Demokratie, Freiheit als Freiheit des Andersdenkenden unmöglich. Sobald es um eigenes Denken in Schulen und Universitäten ging, um ökonomische Reformen, die in Verdacht gerieten, zentralistische Macht zu gefährden, wurde das wirkliche innere Maß sozialistischer Entwicklung sichtbar: die Herrschaft der Staatspartei. Letztlich diente die Reproduktion staatssozialistischer Gesellschaften der erweiterten Macht der Staatspartei. Reformanstrengungen oder anderes Handeln wurde als Ökonomismus oder Reformismus abgelehnt. Damit einher ging die Negierung bisheriger demokratischer Emanzipationsbewegungen. Denn wenn das Neue – der Sozialismus – nur aus sich selbst entsteht, gibt es keinen Grund, das Alte zu wahren, aufzunehmen.

Die Diktatur des Proletariats ist gescheitert. Was aber ist ihre Alternative?

Die Erfahrungen der Revolution von 1917 und 1918 führten Rosa Luxemburg über den Gegensatz Reform oder Revolution hinaus. Angesichts der Schwäche der Linken suchte sie nach alternativen Wegen zum Sozialismus und griff dabei den Gedanken der Räte wieder auf. „...dort liegt die Macht, wir müssen von unten den bürgerlichen Staat aushöhlen, indem wir überall die öffentliche Macht, Gesetzgebung, Verwaltung nicht mehr trennen, sondern vereinigen, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte bringen.“¹³ D.h. Rosa Luxemburg sah nicht mehr die sozialistischen

Umwälzungen ausschließlich als Tag der Entscheidung, sondern als einen Prozess der Veränderung von Kräfteverhältnissen. Kontrovers diskutiert wird hierzu unter den Linken bis heute die Fragen darüber wie sich diese Kräfteverhältnisse verändern lassen. Geht es um den Aufbau von Gegenhegemonien, oder aber muss die Hegemonie neoliberaler Politik aufgebrochen werden auch durch ein Bündnis mit sozialdemokratischen, liberalen Kräften. Ist aber mit einem solchen Bündnis ein transformatorischer Prozess, d.h. eine über das bestehende gesellschaftliche System hinausweisende Veränderung möglich?

Für die PDS bzw. Linkspartei bedeutet das Festhalten am Begriff des Sozialismus das Festhalten an einer gesellschaftlichen Alternative über das bestehende System hinaus, die Zusammenführung von Ziel, Weg und Werten zu einer Identität stiftenden Begriff. In ihren Dokumenten und Programmen beschreibt sie den demokratischen Sozialismus als ein notwendiges Ziel, für eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung des einzelnen zur Bedingung für die freie Entwicklung aller geworden ist. Er ist ein Weg und er ist eine Bewegung gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen patriarchalische Unterdrückung, gegen Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Natur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft in der die Menschen ihre Angelegenheiten demokratisch und auf rationale Weise regeln. Demokratischer Sozialismus wird beschrieben als ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden unmittelbar verbunden sind.¹⁴ Mit dem Begriff des Sozialismus als Ziel gesellschaftlicher Entwicklung will sie sich bewusst auch von anderen Parteien unterscheiden.

¹³ Rosa Luxemburg (1987): Unser Programm und die Politische Situation. In: Gesammelte Werke Bd. 4, Dietz Verlag Berlin, S. 511

¹⁴ Siehe hierzu das Partei des demokratischen Sozialismus (1993): Programm, Berlin, S. 7f und Partei des Demokratischen Sozialismus (2003) Programm, S. 5

Der Ansatz „demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt“ bricht mit dem marxistisch-leninistischen Dogma, bei dem Sozialismus nur in Folge eines politischen Umsturzes in Gestalt sozialistischer Revolutionen denkbar ist. Im Gegensatz hierzu geht der transformatorische Prozess davon aus, dass dieses Projekt bereits in der kapitalistischen Gesellschaft an Konturen gewinnen kann, dass alternative Politikgestaltung auch innerhalb des Kapitalismus möglich, sinnvoll ist und System überschreitende Elemente entwickeln kann, dass Reformen als Bestandteil einer längerfristigen sozialistischen Strategie über die Aufklärung und Organisierung der Arbeiterklasse hinaus einen Eigenwert haben¹⁵. Der transformatorische Ansatz bricht auch mit der Annahme, dass sich eine sozialistische Gesellschaft auf Staats-eigentum gründet und deshalb die Überführung der Produktionsmittel in staatliches Eigentum unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei als vorrangiges Ziel zu formulieren sei. D.h. dieses Herrschafts- und Reproduktionsverhältnis und das sich daraus ableitende Verständnis des Staatssozialismus werden abgelehnt. An Stelle dessen liegen dem transformatorischen Projekt die Wechselwirkungen der Kapitalreproduktion und Reproduktion allgemeiner gesellschaftlicher Reproduktionsbedingungen zugrunde, die im Verlaufe gesellschaftlicher Auseinandersetzungen neben der Akkumulation von Kapital auch zur Akkumulation von Zivilisationspotentialen (Soziallogik) führt. Beide Logiken sind also untrennbar miteinander verbunden, stehen im Spannungsverhältnis zueinander. Ihr Widerspruchsverhältnis wird unter den konkreten Kräfteverhältnissen und Produktionsweisen immer wieder neu gesetzt und ausgehandelt.

Ein Beispiel: Die amerikanischen Gewerkschaften haben 1865 erstmals die Forderung zur Einführung des Acht-Stunden-Tags erhoben, eine Forderung, die sich in

den entwickelten Industriegesellschaften seit langem durchgesetzt hat. Heute wird diese Errungenschaft unter den Bedingungen einer transnationalen informationstechnologischen Produktionsweise mit einer, auf neue Weise organisierten und fragmentierten Arbeit, mit ihrer Tendenz zur Flexibilisierung und Entgrenzung d.h. Entgrenzung von Arbeitszeit, Verflüssigung des Arbeitsortes (Tele-Heim-Arbeit) und offener inhaltlicher Arbeitsvorgaben erheblich relativiert. Gerade die IT-Beschäftigten leisten im Durchschnitt sechs Stunden pro Woche mehr, als sie vertraglich vereinbart haben.¹⁶ Auf europäischer Ebene wird mit der Neudefinition von Arbeits- und Bereitschaftszeiten das gegenwärtig geltende Arbeitszeit-Modell in Frage gestellt. Arbeitgebern soll es erlaubt sein, eine Wochenarbeitszeit von mehr als 48 Stunden zu vereinbaren.

Dies berücksichtigend kann ein transformatorischer Prozess kein harmonischer Prozess sein. Er vollzieht sich in „heftigen Auseinandersetzungen um die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, Macht- und Eigentumsstrukturen. Unterschiedlich bewertet wird unter den Linken – so auch in Deutschland- ob hierzu die Eigentumsverhältnisse oder die Verfügung über das Eigentum die entscheidende Frage ist. Geht es darum, den Profit abzuschaffen oder geht es nicht viel mehr um seine Bindung an soziale, kulturelle, ökologische Kriterien und um seine Unterordnung unter das Gemeinwohlinteresse. Damit wird der transformatorische Prozess als permanenter Auseinandersetzungsprozess verstanden, der auch kleine und große Brüche umfasst.“¹⁷ Er wird sich jedoch nur dann als emanzipativer Prozess vollziehen, wenn er ein demokratisch geführter Prozess ist, der zu mehr Gerechtigkeit, zu mehr Freiheit, Gleichheit und Solidarität führt und der dabei die zivilisatorischen Errungenschaften vorangegangener Kämpfe aufgreift. Das Ziel des demokratischen Sozialismus ist Überwindung der herr-

¹⁵ Dieter Klein (2003): Sozialismus als transformatorisches Projekt. In: Sozialismus als Tagesaufgabe, S. 66ff

¹⁶ Siehe hierzu http://www.igmetall-itk.de/index.php?article_id=363

¹⁷ a.a.O. S, 79

schenden Dominanz der Kapitallogik zugunsten einer Entwicklung, die ein selbst bestimmtes Leben in Würde und sozialer Sicherheit und Solidarität ermöglicht.

Der Begriff des Sozialismus muss zusammen gedacht werden mit Demokratie und Menschenrechten

Der Begriff des Sozialismus lässt sich nicht anders denken als demokratisch mit sozialen und politischen Rechten. „Kein Sozialismus ohne Demokratie, keine Demokratie ohne Sozialismus“¹⁸ Dazu gehören die Rechte auf soziale Sicherung, auf einen Arbeitsplatz, das Recht auf sinnvolle Arbeit gleichermaßen wie das Recht auf politische Partizipation auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. „Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freie Meinungsäußerung erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Revolution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt, schreibt Rosa Luxemburg zur russischen Revolution.“¹⁹

Wer sich also nicht damit abfinden will, wer Sozialismus nicht als Diktatur, Emanzipation nicht als Unterdrückung, Befreiung nicht als tödliche Ordnung denken und gestalten will, wer sich um einer menschlichen Zukunft willen, nicht abwenden will vom Blick auf die Trümmer der Geschichte, der, so Heiner Müller, wird „Erde ... fressen müssen/ Mit dem Blutgeschmack unserer Opfer/ Auf dem Weg in die bessere Zukunft/ Oder in keine wenn wir sie ausspein.“²⁰

Zu den Ursachen des Scheiterns des Sozialismus zählte Michael Schumann, einer der Mitbegründer und theoretischen Denker der PDS, u.a. die Entmündigung der Bür-

ger, die Kriminalisierung Andersdenkender. Dazu gehörte für die Linke die Aufarbeitung des Stalinismus, den Michael Schumann als „Demoralisierung und Entartung des geistigen Lebens sowie die Zerstörung menschlicher Werte“ charakterisierte. „Betroffen waren Sozialdemokraten, die von sowjetischen Sicherheitsorganen, später auch von Organen unserer Staatssicherheit verhaftet wurden.“ Er verweist darauf, dass auch KPD-Funktionäre aus den Westzonen bei Aufenthalt in der DDR in die Fänge sowjetischer Sicherheitsorgane und deutscher Dienststellen gerieten und erinnert daran, dass auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU nicht nur in der Sowjetunion Menschen aus politischen Gründen verhaftet und verurteilt wurden.²¹

Die Linke war und sie ist auch heute nicht frei von den Tendenzen der eigenen Entdemokratisierung, der Verselbständigung von Strukturen abgekoppelt vom Prozess und Diskurs demokratischer Meinungsbildung. So begründete der demokratische Zentralismus als verbindliches Organisations- und Führungsprinzip den hierarchisch-zentralistischen Aufbau von Staat und Partei und die Bindung untergeordneter Gliederungen und Ebenen an die Entscheidung eines zentralisierten Parteiapparates, verknüpft mit moralischen Normen und Werten wie Parteidisziplin, Treue und Solidarität, die kritische Reflektionen in die Nähe politischer Unreife, Unzuverlässigkeit oder auch Feindschaft stellte.

Tendenzen eigener Entdemokratisierung finden sich auch heute in den sozialen Bewegungen wie in den politischen Parteien. Sie unterliegen beide dem Druck gemeinsam zu tragender politischer Beschlüsse, dem Charme charismatischer Persönlichkeiten, der Verführung politischer Effizienz auf Kosten demokratischer Prozesse. Zugleich verführt die Radikalität globaler

¹⁸ Wolf und Frigga Haug (2002): Unterhaltungen über den Sozialismus, S. 11.

¹⁹ Rosa Luxemburg(1987): Zur russischen Revolution. In: Gesammelte Werke, Band 4. Dietz Verlag Berlin, S. 362

²⁰ Heiner Müller:
<http://www.theatercombinat.com/mauserHass.htm>

²¹ Michael Schumann (1989): Wir brechen unwiderrufflich mit dem Stalinismus als System! Referat zur Krise der Gesellschaft und zu ihren Ursachen und zur Verantwortung der SED. In: Außerordentlicher Parteitag der SED-PDS, Dietz Verlag Berlin, S. 49

neoliberaler Politik des Finanzmarktkapitalismus zur Radikalisierung und Vereinfachung der eigenen Sprache und Losungen zu neuen Freund-Feind-Bildern, zur undifferenzierten Selbstreflektion einschließlich der Fragen ihrer Vergangenheit. Die eigene Demokratisierung bleibt Voraussetzung für den Anspruch zur Demokratisierung der Gesellschaft, d.h. Demokratisierung von Entscheidungen über gesellschaftliche Grundprozesse und über die Förderung jener Eigentumsformen, die es am ehesten erlauben, die menschlichen Grundgüter effizient bereitzustellen und gerecht zu verteilen. Dabei kommt es darauf an, die Verfügungsgewalt über hochkonzentriertes Kapitaleigentum und Finanzfonds schrittweise sozialen Kriterien zu unterwerfen, sozialstaatliche und umweltpolitische Regelungen zu treffen, die mittels einer veränderten Steuer-, Struktur- und Forschungspolitik, durch verstärkten Einfluss von Gewerkschaften und Betriebsräten, von Kommunen, Umwelt- und Verbraucherorganisationen durchzusetzen sind. Demokratisierung der Gesellschaft heißt ebenso Demokratisierung der Demokratie

durch Reform der parlamentarischen Demokratie, der Ausweitung partizipativer Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft, der Erweiterung der Parteiendemokratie, dem Erhalt und der Weiterentwicklung der Grundrechte, des Sozial- und Rechtsstaates sowie der individuellen Freiräume. Dabei kann Demokratisierung von Gesellschaft als Voraussetzung für einen alternativen Entwicklungspfad nicht gedacht werden ohne zugleich die individuellen sozialen, politischen und kulturellen Partizipationsrechte, die Menschenrechte als universelle Rechte mitzudenken. Der kategorische Imperativ von Karl Marx alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, ist weder mit der Unfreiheit des Andersdenken noch mit sozialer, politischer und kultureller Ausgrenzung vereinbar.

Cornelia Hildebrandt
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Das 10. Forum:

Zusammen gedacht, was zusammen gehört: „Standort Globus – Ökologische und soziale Fragen der Gegenwart“

17. und 18. März 2006 in Heidelberg

Die Annäherung sozialer und ökologischer Bewegungen ist nach wie vor strukturelles Defizit der Linken. In diesen Bereichen Themen und Akteure zusammenzubringen, war der Anspruch, den sich die Veranstalter des 10. Gesellschaftspolitischen Forums setzten und auch erreicht haben. Das Forum war ein spannender Einstieg in eine zukünftige sozial-ökologische Vernetzung.

„Wer einen von beiden Aspekten vernachlässigt, sei es den ökologischen oder den sozialen, fördert nur die, denen beides egal ist.“ Auf diesen Punkt brachte *Evelin Wittich*, Geschäftsführerin der RLS, das Anliegen des Forums. Zusammenarbeit, Informationsaustausch und Kooperation solle die Arbeitsweise der gesellschaftlichen Akteure in sozial- und umweltpolitischen Organisationen auszeichnen. Mit der im November 2002 veranstalteten internationalen Konferenz zum Thema Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit habe die Rosa-Luxemburg-Stiftung einen solchen Ansatz bereits in früheren Jahren gefördert, so Wittich.

Die globalen Themen Energie, Ressourcen und Klima durchzogen wie ein roter Faden den gesamten Veranstaltungsverlauf. Mit Untertiteln wie „Fossile Energien – das ideale Treibmittel kapitalistischer Akkumulation“ oder „Wachstum wird zum Fetisch...“ erläuterte *Elmar Altvater* von der FU Berlin in seinem Referat „Aufstieg und Niedergang des fossilen Energieregimes“ und damit das Verhältnis von Ökologie und globaler Ökonomie.

Das nachhaltige Wirtschaften, Arbeiten und Leben vereinbar sind, betonte *Wolfgang Methling*, Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern in der an-

schließenden Podiumsdiskussion. Die soziale Frage lasse sich nur im Einklang mit Natur und Umwelt lösen lässt. Eine einseitig auf den Arbeitsmarkt ausgerichtete Politik, wie die momentan von bürgerlichen Parteien vertreten werde („Sozial ist, was Arbeit schafft“), nehme irreparable Schäden an Natur und Gesellschaft in Kauf. Methling verdeutlichte, dass Naturzerstörung und sozialer Niedergang dieselbe Ursache haben: eine Wirtschaft, die sich selbst genügt, die die Natur und die Menschen als frei verfügbare Güter betrachtet, die sich beliebig ausnutzten und ersetzen lassen.

Den Anspruch des Forums, nicht nur Konferenz sondern auch Vernetzungstreffen zu sein, löste der zweite Veranstaltungstag ein: In den Arbeitsgruppen zu „Globalem Klimaschutz und Emissionshandel“, „Mobilität und Verkehr“, „Ökologischer Landwirtschaft“, „Agenda 21“ und „Energie“ wurden die Themen des Vorabends ausführlich diskutiert. Dabei gelang es, unterschiedliche Akteure füreinander zu sensibilisieren.

Beispielsweise wurde in der Arbeitsgruppe Verkehr und Umwelt, die von *Michael Gehrman* (Bundesvorsitzender Verkehrsclub Deutschland und Mitglied im Präsidium des Deutschen Naturschutzringes) geleitet wurde, über die künftige „Fahrtrichtung“ informiert, die die Bundesregierung in Sachen Verkehrspolitik eingeschlagen hat. So will die schwarz-rote Regierung die Regionalisierungsmittel bei Bus und Bahn bis 2010 um 10% kürzen.

Dies könne die Einstellung jedes dritten (Nahverkehrs-)Zugs zur Folge haben und weitere Streckenstilllegungen nach sich ziehen. Das dabei eingesparte Geld würde

nach jetzigen Plänen in den Straßenbau fließen. Dabei habe sich das vorwiegend durch Wirtschaftslobbyisten propagierte Argument „Straßenbau schafft Wachstum und Arbeitsplätze“ inzwischen selbst ad absurdum geführt. Leider könne selbst die Tatsache, dass es vor 40 Jahren trotz viermal weniger Autobahnen nur ein Viertel der Arbeitslosigkeit gab, die Prediger dieses Mantras nicht stoppen, so Gehrman.

Am Samstagnachmittag beschäftigte sich das Forum mit verschiedenen ökologisch-sozialen Steuerungsmodellen der Linken. *Damian Ludewig*, WASG Baden-Württemberg, präsentierte das Konzept einer öko-sozialen Ressourcenbesteuerung. Der „Ökobonus“ soll Bestandteil einer zukunftsweisenden Arbeitsmarktpolitik sein, die den Unternehmen Anreize zur gerechteren Verteilung der Arbeit bietet. Arbeitszeitreduzierungen sollen darüber finanziell flankiert und ökonomisch attraktiver gemacht werden, indem die Belastungen der einzelnen Produktionsfaktoren umgeschichtet werden. Der Faktor Arbeit wird für die Unternehmen verbilligt und dafür der Faktor Naturverbrauch verteuert. Das durch die Besteuerung der natürlichen Ressourcen erzielte Aufkommen, wird auf der Grundlage eines ausgefeilten Berechnungsmodells an Bürger und Unternehmen ausbezahlt (Näheres dazu unter www.damian-ludewig.de).

Sven Ribcke (Initiative Grundeinkommen) stellte die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) vor. Dieses in der Linkspartei erarbeitete Grundeinkommensmodell schließt an traditionelle linke Forderungen an. Es garantiert ein Leben jenseits der Armut, es wird ohne Bedürftigkeitsprüfung gezahlt und steht jedem Menschen ohne Zwang zur Arbeit zu. Natürlich bietet ein solches Modell, welches sich klar von liberalen Bürgergeldmodellen

und der gegenwärtigen Praxis der Grundversicherung mit Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitsverpflichtung abgrenzt, viel Diskussionsstoff. Und so folgte den nachmittäglichen Referaten, in denen auch sehr kritische Stimmen gegenüber dem BGE zu Wort kamen, eine zweite aufgeheizte Podiumsdiskussion, an welcher sich neben *Damian Ludewig* und *Sven Ribcke* auch *Michael Schlecht* (Bereichsleiter Wirtschaftspolitik beim Ver.di-Bundesvorstand), *Katja Kipping* (stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei.PDS) und *Sascha Liebermann* von der Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ beteiligten.

Oliver Moldenhauer, Mitbegründer von attac und Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen schloss die Veranstaltung mit einem klaren Statement: „Umwelt muss wieder links werden“. Dazu hat das Heidelberger Forum einen wichtigen Beitrag geleistet.

Das Forum „Standort Globus – Ökologische und Soziale Fragen der Gegenwart“ wurde gemeinsam vom Umweltforum Heidelberg, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg, WISSENTransfer, Zeitschrift »Sozialismus« und dem attac Campus Heidelberg organisiert. *Alexander Schlager*, Vorsitzender des Rosa-Luxemburg-Forums Baden-Württemberg und ehemaliger Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die beiden Forumstage. Bereits in Vorbereitung des Forums erschien ein Reader, der umfassend den Diskussionsstand zum Thema widerspiegelt.

Kerstin Schmidt
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Bericht über die Arbeit der AG Klimaschutz und Emissionshandel

Sven Anemüller, Leiter der Arbeitsgruppe, stellte das Herangehen von Germanwatch an die Klimaproblematik vor und konzentrierte sich dabei auf die hauptsächlichen Ursachen für die CO₂-Emissionen, die Trends in den Treibhausgasemissionen sowie Szenarien und Auswirkungen des Klimawandels in der Welt für die Zukunft.²² Es ist unbedingt anzustreben, dass entsprechend den möglichen Szenarien die positivste Erwartung der Temperaturerhöhung im globalen Maßstab bis 2100 eintritt. Selbst dann können die Folgen der globalen Erwärmung durch mögliche nichtlineare Effekte wie das Schmelzen der polaren Eiskappen oder die Verlagerung des Golfstromes außerordentlich gravierend sein. Es ist alles zu tun, um alle Möglichkeiten für den globalen Klimaschutz zu nutzen, wozu auch der Emissionshandel gehört. In der Textsammlung zum Gesellschaftspolitischen Forum „Standort Globus“ findet sich ein Beitrag²³, in dem die Vorzüge aber auch die Akzeptanzprobleme des Emissionshandels näher erläutert werden. Für die Behandlung der Problematik des Emissionshandels sind international gegenwärtig zwei Ebenen von Bedeutung: *Erstens* das Kyoto-Protokoll, das den Handel zwischen den Staaten zum Gegenstand hat und

zweitens die diesbezügliche EU-Richtlinie, die den Emissionshandel zwischen Unternehmen regelt. Dabei geht es um gesetzliche Einschränkungen bzw. Zielsetzungen wie die Förderung erneuerbarer Energien beim Emissionshandel, wie sie mit dem

CAP and Trade-System vorgesehen sind. Entscheidend ist jedoch, dass es praktische Kontrollmöglichkeiten des CO₂-Ausstoßes gibt. Gegen den Emissionshandel wird argumentiert, dass ein Grundgedanke des Kyoto-Protokolls der der „globalen Gerechtigkeit“ ist. Dies bedeutet, dass kein Mensch das Recht hat, die Atmosphäre mehr zu belasten, als andere. Durch den Emissionshandel wird dieses Prinzip jedoch verschoben. Deshalb sind zwei zentrale Forderungen Voraussetzungen für Emissionshandel: erstens Transparenz und zweitens Partizipation der Verkäufer. In Leipzig gibt es inzwischen eine Börse, auf der mit Emissions-Zertifikaten gehandelt wird.

Die Arbeit dieser AG wurde in drei kleineren Gruppen fortgesetzt, die sich mit verschiedenen Sichten auf den Emissionshandel und die Förderung durch die EU befassten:

- einer Umwelt-Organisation
- der Industrie
- einer Entwicklungshilfe-NGO.

Grundlage der Diskussionen waren unterschiedliche Artikel und Texte entsprechender Organisationen.

Die drei Gruppen kamen jeweils zu folgenden Feststellungen.

Die „Umweltgruppe“ machte die Industrieländer für die Umweltschäden in den Entwicklungsländern verantwortlich. Der Emissionshandel könnte zusätzlich die Artenvielfalt gefährden weshalb es wichtiger wäre, die Emissionen in den Industrieländern zurückzufahren.

Der Emissionshandel wirkt nach Auffassung dieser Gruppe wie eine Subventionierung der Industrie.

Die Gruppe, welche die Sichten der Industrie herausarbeiten sollte, kam zu dem Schluss, dass es das vordergründige Interesse der Industrie ist, wirtschaftlich zu bleiben. Die Betriebe dürfen nicht zu Gunsten eines geringeren Emissionsausstoßes unwirtschaftlich werden. Sie vertra-

²² Prinzipielle Argumente dafür, dass die Ursachen für die Klimaveränderungen bei den Menschen liegen, sind folgende:

In den vergangenen 30 Jahren sind die Klimaveränderungen evident und in der Geschichte gab es nie ähnlich gravierende Veränderungen. Dass die Menschen dies entscheidend herbeigeführt haben, ist nicht zu widerlegen. Der prozentuale Anteil des Menschen ist jedoch umstritten.

²³ Christoph Bals: Voraussetzungen für die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz des Emissionshandels, a. a. O., S.38

ten nach dem Studium der angegebenen Literaturstellen die Auffassung, dass Emissionsreduktionen nicht tatsächlich honoriert werden. Allerdings hat die Industrie durchaus Interesse daran, Emissionen sparende Technologien in Entwicklungsländern einzuführen, wenn diese durch die EU gefördert werden.

Die Gruppe, die sich mit der Sicht von Entwicklungshilfeorganisationen beschäftigte, hatte Projekte zu beurteilen, die in Entwicklungsländern durchgeführt werden und moderne Technologien anwenden, die

einen geringen Emissionsausstoß vorweisen. Als Vorteile wurden benannt, dass die Entwicklungsländer modernste Technologien zur Anwendung erhalten und neben den günstigen Auswirkungen auf die Umwelt und Beschäftigung noch Bildungseffekte für die Beschäftigten erzielen. Fraglich war allerdings, ob solche Projekte für die Länder auch wirklich nachhaltig wirken.

Dr. Evelin Wittich
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Das 11. Forum: Neue Chancen – alte Kämpfe. Geschlechterverhältnisse in den Debatten der Linken

10. und 11. März 2006 in Mainz

„Die Linke“ ist in Bewegung. Wie aber steht es um das geschlechterpolitische Profil einer sich neu formierenden Linken – in Parteien und Parlamenten wie auch in sozialen Bewegungen und Netzwerken? Das 11. Gesellschaftspolitische Forum in Mainz, vorbereitet und durchgeführt vom Gesprächskreis „Frauen und Politik“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung, versteht sich als Auftakt einer längerfristig angelegten Diskussion um Grundlinien und Profil einer emanzipativen Geschlechterpolitik der Linken. Wie positioniert sich die Linke zu frauen- und geschlechterpolitischen Fragen? Wo wird sie dabei als „Linke“ erkennbar und unterscheidbar? Wo wollen „Linke“ ihre ganz spezifischen geschlechterpolitischen Akzente setzen? Und was brauchen sie selbst – auf dem Weg zu ihrem eigenen geschlechtergerechten Profil?

Radikale Transformation von Gesellschaft – massiv veränderte Bedingungen politischen Handelns

Mit Blick auf die „alten Kämpfe“ der westdeutschen Frauenbewegung stellte Frigga Haug in ihrem Eröffnungsvortrag zunächst einmal klar, dass es zunehmend neoliberale Verhältnisse sind, in denen ‚die Linke‘ Politik machen muss – wobei das Neoliberale durchaus widersprüchlich wirkt. Hier verlieren Frauen einerseits (prekäre Arbeitsverhältnisse, Renten), gleichzeitig könne der Neoliberalismus auch durch die Erfüllung feministischer Forderungen „gedeihen“. So ist der von Feministinnen proklamierte Wert der Selbstbestimmung im neoliberalen Diskurs durchaus hegemoniefähig, wenn auch, so sei hier anzumerken, in diskursiver Umdeutung eines individualisierten Freiheitsbegriffes.

Mit dem neoliberalen Gesellschaftsumbau, so *Corinna Genschel* (Kontaktstelle gesellschaftliche und soziale Bewegungen der Linksfraktion im Bundestag), haben sich auch die Bedingungen politischen Handelns und gesellschaftlicher Teilhabe massiv verändert. Neben einer „Zerklüftung des Sozialen“ haben sich auch die Herrschaftsformen gewandelt, öffentliche Entscheidungsverfahren werden ökonomisiert und privatisiert. Damit haben sich auch die „Bedingungen der Möglichkeit von Politik radikal verändert“. Wie die Diskussion auf dem Forum zeigte, ist dem allein mit den tradierten Kampfbegriffen und klaren Opfer-Täter-Fixierungen der (west-)deutschen Frauenbewegung aus den 1970er und 1980er Jahren nicht mehr so einfach beizukommen.

Als Aktivistin an der Schnittstelle zwischen Geschlechterforschung und linken (einschließlich feministischen und queeren) Bewegungen deutet Corinna Genschel den „Aufbruch der neuen Linken“ als wichtigen Versuch, mit der Hegemonie neoliberaler Politik und Praxis zu brechen, dieser sei allerdings am Punkt der Geschlechterpolitik durch weiterführende Fragen zu radikalieren: Wo etwa soll feministische Politik ansetzen, wenn auch die Geschlechterverhältnisse radikalen Transformationen unterworfen und bisherige Geschlechterpositionen nicht mehr eindeutig bestimmbar sind? So sind es bei der massiven Verlagerung öffentlicher Leistungen in die private Sphäre (care economy) zwar nach wie vor Frauen, die einmal mehr für reproduktive Aufgaben verantwortlich gemacht werden, gleichwohl entscheidet die zunehmend differenzierte soziale Lage auch unter Frauen, wie sie das Problem individuell lösen. Wo ansetzen, „wenn ‚Frauenpolitik‘ (reduziert auf Gleichstellung und Vereinbarkeit) zum

ideologischen Bestandteil von Regierungspolitik wird [...]“ (Vgl. Thesen Corinna Genschel zum Forum Mainz)? Wo positioniert sich da ‚die Linke‘. Welches sind ihre programmatischen Antworten?

Die Irritation angesichts des neoliberalen Überholvorgangs, aber auch angesichts einer vermeintlich schwachen Frauenbewegung (zumindest im traditionellen Sinn) ist nicht zu übersehen. Gleichwohl hat eine emanzipatorische Geschlechterpolitik in das Projekt einer Neuen Linken eine Menge einzubringen. Dazu gehört, so Corinna Genschel, insbesondere die zentrale Erkenntnis (und diese kann nicht als Allgemeinut linker Theorie und Praxis gelten), „dass ‚Gesellschaft‘ nicht lediglich geordnet [ist] durch materielle Verteilungsfragen [...], sondern eine kulturell-symbolische Ordnung [bezeichnet], die Fragen der Verteilung definiert und ordnet, die festlegt, was zu verteilen ist (z.B. Arbeit) und welche Bedürfnisse wie anzumelden sind (Frage der Anerkennung als legitimes Subjekt).“ (Thesen Corinna Genschel zum Forum Mainz).

Es ist nicht zuletzt dieses feministische Wissen „um die Verknüpfung von Ökonomie und Kultur in der Konstruktion sozialer Ordnung, symbolischer Gewalt und Sozialität“, das eine emanzipative Geschlechterpolitik in den Aufbruch der neuen Linken einzubringen hat.

„Denn die gegenwärtigen Transformationen – so geschlechtslos sie auch immer dargestellt werden – sind vergeschlechtlicht und wirken vergeschlechtlichend (Geschlecht als Ordnungsfaktor und Platzanweiser in Prozessen der Individualisierung, Privatisierung und Ökonomisierung).“

(Thesen Corinna Genschel zum Forum Mainz)

Wie aber kann dieses Wissen wirksam werden? Wie kann es anwendbar, diskutierbar und präsent gemacht werden – als wesentlicher Teil des linken Diskurses und einer politischen Praxis der Neuen Linken? Dass es sich hier um Lernprozesse handelt, die in der Linken – nicht selten unabhängig vom Geschlecht – selbst anzusetzen sind,

wurde bei einem Innen-Blick auf linke Zusammenhänge und deren Programmatik deutlich.

Geschlechtersensibler Innen-Blick auf die Linke(n)

Ein Blick auf die PDS/Linkspartei-Programmatik (u.a. Eckpunktepapier) zeigt zunächst, dass hier Frauen nicht als Akteurinnen und Subjekte auftauchen, sondern als diejenigen, für die „man etwas tut“ (Christiane Reymann, LISA, Linkspartei). Das Programm der WASG, so Ulrike Schleier (WASG Niedersachsen) in ihrer Analyse, hinterlasse „den Eindruck, als ließe sich Geschlechtergerechtigkeit durch einige frauenpolitische [...] Reformen erreichen. Begriffe wie „Diskriminierung von Frauen“, „überkommene Rollenbilder“, „gleiche Chancen für beide Geschlechter“ stehen unverbunden im Raum – mit dem zentral gebrauchten Begriff des Neoliberalismus scheinen sie nichts zu tun zu haben.

„Die zentrale Erkenntnis, dass es eine hierarchische Geschlechterordnung gibt, ist offensichtlich im Programm der WASG nicht angekommen.“ (Ulrike Schleier, Beitrag Forum Mainz)

Dies, so *Ulrike Schleier*, trifft auch auf das Eckpunktepapier zu und setzt sich fort in der personellen Repräsentation. Sowohl im Frauenanteil der WASG (ca. 20 %) wie auch in der Wahrnehmung nach außen (Lafontaine, Ernst) sind Frauen in der Minderheit. Was Frigga Haug in ihrer Eröffnung mit Blick auf die Linke(n) der 1970er und 1980er Jahre als „Formensprache des Fußballvereins“ charakterisierte, schildert die Referentin als Politikalltag in der WASG:

„Innerparteilich sind die Debatten geprägt durch Machtgehabe, durch Hahnenkämpfe und Ausgrenzung von Frauen (aber auch von Männern in Minderheitenpositionen) bis hin zum Mobbing. Selbst WASG-Frauen, die in männerdominierten Berufen arbeiten, schätzen es so ein, dass sie noch nie so ein ausgeprägtes Macho-Klima erlebt

hätten. Für mich deutet das darauf hin, dass die Parteimitglieder mit der Herstellung von Hierarchien beschäftigt sind und somit die patriarchalischen Strukturen der Gesellschaft einschreiben.“ (Ulrike Schleier, Beitrag Forum Mainz)

Als Beispiel für die männliche Durchsetzungsmacht kann hier die für sich selbst sprechende Tatsache gelten, dass eine Redequotierung auf dem einige Tage später stattgefundenem WASG-Bundesparteitag in Ludwigshafen mit einer männlichen Mehrheit abgelehnt wurde. Das Fehlen eines parteipolitischen Engagements zu Geschlechterfragen, die Unkenntnis und mangelnde Sensibilität für aktuelle Geschlechterthemen, eine fast durchweg männliche innerparteiliche Sprache lassen Ulrike Schleier konstatieren:

„Ohne programmatische und personelle Verankerung feministischen Ideengutes in der WASG wird sich die Partei nicht zu einer emanzipatorischen Bewegung für beide Geschlechter entwickeln und wäre als Reformkraft zum Scheitern verurteilt.“ (Ulrike Schleier, Beitrag Forum Mainz)

Viele WASG-Frauen seien in der Hoffnung auf einen politischen Aufbruch in diese Partei eingetreten und sehen sich hier, bei einem oft frauenbewegten Hintergrund, mit „alten Kämpfen“ konfrontiert.

Was braucht ‚die Linke‘ zur Umsetzung eines linken geschlechtergerechten Profils?

Was braucht ein Projekt des „Linken Aufbruchs“, um sich als solches definieren zu können? Und welche strukturellen Existenzbedingungen brauchen Frauen und linke Akteurinnen in linken Zusammenhängen und Organisationen?

Gerade weil Parteien hierarchisch organisiert sind, brauchen sie, um sich glaubwürdig als linke Projekte zu etablieren, ein hohes Maß an immer wieder herzustellen- der Transparenz, Offenheit und selbstgelebter Glaubwürdigkeit, so Gabi Zimmer (GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament)

in ihrer selbstreflexiven Analyse des Reformprojektes PDS, der sie als Parteivor-sitzende vorstand. Um eine solche Grundqualität linker politischer Kultur durchzusetzen, braucht es zweierlei: den Druck von „außen“ und strukturelle Bedingungen, die das Machtgeflecht von hierarchisch konstruierten Verflechtungen und Abhängigkeiten, immer wieder entzerren und Entscheidungswege und Diskussionsprozesse sichtbar und nachvollziehbar machen. Die Glaubwürdigkeit eines linken Parteiprojektes messe sich in diesem Sinne an dem nachvollziehbaren Willen zur Selbstveränderung und dem Anspruch, das glaubhaft zu leben, was man politisch proklamiert.

Dies betrifft auch den geschlechtergerechten Selbstanspruch. Dass die PDS bis Mitte der 1990er Jahre ein deutlich „weibliches Gesicht“ trug, wertet *Gabi Zimmer* als Folge der Umbruchzeit 1989, als „die Männer massenweise das sinkende Schiff verließen“. Die dann folgende Abkehr von Frauen von der PDS habe diese nicht aufhalten können. Dabei reicht eine zahlenmäßige Repräsentanz von Frauen, selbst bei vorausgesetzter Geschlechtersensibilität und der Vertretung in Führungspositionen, so die Erfahrung von Gabi Zimmer, allein nicht aus. Entscheidend seien vielmehr die Strukturen dahinter. Entscheidend ist der Zugriff auf materielle und ideelle Ressourcen, auf Finanzen, auf Organisationsstrukturen, der Zugang zu Information und Wissen²⁴ sowie letztlich der Rückgriff auf professionelle Netzwerke.

²⁴ Die vom WASG-Kreisverband Oldenburg-Stadt an den Bundesparteitag (April 2006) gestellten Anträge (die auch auf dem Frauenplenum in Halle inhaltlich begrüßt und unterstützt wurden) für eine deutliche Einbeziehung von Frauen- und Geschlechterpolitik in die aktuelle Programm- und Satzungsdebatte zur Parteienbildung von Linkspartei/PDS und WASG (u.a. ein wissenschaftliches Gutachten zur Frauen- und Geschlechterpolitik) ist ein solcher Schritt. Die Anträge wurden durch den Parteitag angenommen.

Welche politische Zielperspektive hat emanzipatorische Geschlechterpolitik?

Der Griff von Frauen zur Macht (auch innerhalb der eigenen Parteien und sozialen Netzwerke) und deren personelle Stärkung als wichtige Aufgabe eines feministischen linken Projektes war auf dem Forum Konsens. Gleichwohl wurde sehr schnell deutlich, dass dies nur eine Seite der Medaille ist. Weder ist das „Frau-Sein“ (von Politikerinnen) an sich Garant für eine geschlechtergerechte Politik (dadurch würden zudem Männer aus ihrer politischen Verantwortung entlassen), noch verlaufen die Spaltungen der Gesellschaft und damit die Bedingungen der gesellschaftlichen Teilhabe nur entlang der Geschlechterlinien (Corinna Genschel).

In den Beiträgen und der Diskussion wurde deutlich, dass unter den DiskutantInnen selbst höchst unterschiedliche Ansätze dessen, was emanzipatorische Geschlechterpolitik sein soll, vorherrschen. Zwar stimmten die aus vielfältigen Zusammenhängen kommenden Frauen (und Männer) überein, dass es sich bei dem Geschlechterverhältnis um ein strukturelles Ungleichheitsverhältnis handelt. Unterschiedlich waren allerdings die Erklärungsmuster hierfür, die Strategien und das politische Ziel.

Ging es den einen um die Benachteiligung von Frauen, ging es anderen („Wir bestehen auf der queeren Perspektive!“) um das Geschlecht als Differenzmerkmal selbst, um eine kulturelle symbolische Ordnung und ihre Wirkungsmacht, d.h. ihre sozial wie kulturell ausgrenzende und diskriminierende (Macht-)Funktion. Hier geht es um den Angriff auf vermeintlich natürliche homogene (Geschlechts-)Identitäten (Mann oder Frau), die ein- und ausgrenzen, Normen vorgeben (die ‚richtige‘ Frau/der ‚richtige‘ Mann) und über Geschlechtsstereotype soziale Hierarchien und Ungleichheiten immer wieder neu legitimieren.

Was also will eine feministische emanzipatorische Geschlechterpolitik der Linken heute? Worauf gründet sie sich? Welche

Erklärung findet sie für die strukturelle Benachteiligung von Frauen?

Geht es um eine gerechtere Neujustierung des Verhältnisses von Frau und Mann und/oder um den Angriff auf Identitätskonstruktionen, die als soziale und kulturelle Platzanweiser und Ordnungsfaktoren dienen?

Die Macht der Sprache

Vor diesem Hintergrund wurde auch deutlich: Es scheint keineswegs gleichgültig, auf welche Begrifflichkeiten sich linke feministische Politik beruft. Mit dem symbolischen Faktor Geschlecht (Mann/Frau, männlich/weiblich) werden (partei-) politische Machtkämpfe geführt, Politikfelder besetzt und eine neoliberale Rhetorik gestützt. Politisches Kapital wird heute in hohem Maße über Diskurspolitik geschaffen, politische Auseinandersetzung spielt sich vor allem auch auf der Ebene der Sprache, der Symbole, der Werte ab. Ob sich ‚die Linken‘ gegen die Dominanz neoliberaler Werte und Leitbilder durchsetzen können, wird in der heutigen Mediengesellschaft auch maßgeblich entschieden durch ein erkennbares Profil in den Begrifflichkeiten, in der Sprache. Sowohl nach innen wie auch nach außen, so das Plädoyer der Eingangsrede (Eva Schäfer, Rosa-Luxemburg-Stiftung), das sich am Schluss bestätigte, braucht ein geschlechterpolitisches Profil demnach vor allem eins: Eine Sprache und Begrifflichkeit, durch die emanzipatorische Geschlechterpolitik wieder eigene Deutungsmacht übernimmt, und die gleichzeitig an die Alltagsbegrifflichkeit und das Alltagsleben der Menschen anknüpft.

Dies ist auch eine Frage der (Selbst-) Bildung. „Gender“ und „Queer“ scheinen sperrige Begriffe, gleichwohl bieten sie das analytische Instrumentarium, um eine über Jahrhunderte entwickelte und nicht zuletzt in die Kapitallogik integrierte Geschlechterlogik zu erklären, und sind als solche hochpolitisch. Es ist ein auch unter Linken weit verbreiteter Irrtum, man könne der

Geschlechterfrage mit einfachem „Alltagswissen“ beikommen.

Um Feminismus und Linke in Bewegung zu setzen, empfiehlt Corinna Genschel drei Wege. Zu fragen ist: Wo gibt es praxisrelevante Überschreitungen? Wo gelingt es uns, symbolträchtige Interventionen zu unternehmen? Und wo gibt es Orte für Refle-

xionen, Streit, Austausch, in der man diese Fragen mit politischer Perspektive diskutieren kann. Das gesellschaftspolitische Forum versteht sich als Raum dafür.

Dr. Eva Schäfer,
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Bausteine linker Politik und Geschlecht – linke Politik „gendern“

Thesen/Abstract von Corinna Genschel

„Die Linke“ ist in Bewegung, so sagt die Ankündigung dieses gesellschaftspolitischen Forums. Was aber ist in Bewegung und mit welcher Perspektive?

In meinem Beitrag möchte ich vor dem Hintergrund meiner „Sprechposition“ – an der Schnittstelle zwischen Geschlechterforschung und -lehre an einer Universität, meiner 25jährigen Geschichte in linken (einschließlich feministischen und queeren) Bewegungen und nun in der „Kontaktstelle gesellschaftliche und soziale Bewegungen“ der Linkfraktion im Bundestag – die Frage von In-Bewegung-Sein kritisch hinsichtlich des: „Wer“ ist eigentlich unter welchen Voraussetzungen in Bewegung und „Wohin“ ist diese Bewegung gerichtet, aufwerfen. Nur so lassen sich dann im gemeinsamen Gespräch mögliche „Bausteine“ linker Politik und Geschlecht bestimmen.

1. Die letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass sich Bedingungen politischer Handlungsfähigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe massiv verändert haben. Es gilt zu konstatieren, dass sich Herrschaftsformen gewandelt haben und diese nicht nur zu einer „Zerklüftung des Sozialen“ sondern sich auch die Bedingungen der Möglichkeit von Politik radikal verändert haben (durch „Globalisierung“ und die dazugehörigen Herrschaftsformen ebenso wie durch die Prozesse, die als Ökonomisierung und Privatisierung öffentlicher Entscheidungsverfahren

beschrieben werden). Der „Aufbruch“ der „neuen Linken“ ist diesbezüglich als potentieller (nach wie vor schwacher) Bruch mit der Hegemonie neoliberaler Politik und Praxis der letzten Jahre zu charakterisieren, dennoch bleiben hier viele Fragen eines „Aufbruchs“ offen, wenn nicht genauer nach dem „wer bricht wohin auf“ und womit wird gebrochen zum Thema wird.

2. Bezogen auf Geschlechterpolitik muss beispielsweise die Frage gestellt werden, wo feministische Politik ansetzen kann, wenn auch die Geschlechterverhältnisse radikalen Transformationen unterworfen sind und sich Geschlechterpositionen nicht vereindeutigen lassen, wo ansetzen wenn in diesem Kontext zudem „Frauenpolitik“ (reduziert auf Gleichstellung und Vereinbarkeit) zum ideologischen Bestandteil von Regierungspolitik geworden ist und damit „geschlechterpolitischen Anliegen“ eine enge Form und Inhalt gibt?
3. Dennoch, feministische Geschlechterpolitik hat unmissverständlich in den letzten drei Jahrzehnten deutlich gemacht, dass „das Soziale“ mehr ist als nur eine sozialpolitische Ordnung im fiskalischen Sinne. „Gesellschaft“ ist nicht lediglich geordnet durch materielle Verteilungsfragen, sondern bezeichnet eine kulturell-symbolische Ord-

nung, die Fragen der Verteilung definiert und ordnet, die festlegt, was zu verteilen ist (z.B. Arbeit) und welche Bedürfnisse wie anzumelden sind (Frage der Anerkennung als legitimes Subjekt).

4. Gerade vor diesem Hintergrund – dem feministischen Wissen um die Verknüpfung von Ökonomie und Kultur in der Konstruktion sozialer Ordnung, symbolischer Gewalt und Sozialität – hat (emanzipatorische) Geschlechterpolitik viel einzubringen (und konfliktuell zu machen) in den „Aufbruch der neuen Linken“ und sollte sein Licht nicht unter den Scheffel stellen. Denn die gegenwärtigen Transformationen (von oben) – so geschlechtslos sie auch immer dargestellt werden – sind vergeschlechtlicht und wirken vergeschlechtlichend (Geschlecht als Ordnungsfaktor und Platzanweiser in Prozessen der Individualisierung, Privatisierung und Ökonomisierung).
5. Dennoch muss auch emanzipatorische Geschlechterpolitik sich mit den veränderten Bedingungen gesellschaftlicher Teilhabe und den nicht „einfach nur“ an den Geschlechterlinien entlanglaufenden massiven Spaltungen auseinandersetzen. Wer kann und zu welchen Bedingungen teilhaben an „Politik“ (d.h. an der gemeinschaftlichen

Gestaltung der aktuellen und zukünftigen Lebensverhältnisse, denn nichts anderes ist Politik)? Wie und an welchen Punkten kann der neoliberalen Definition von „Lebensgestaltung“ und „Gesellschaft“ entgegengearbeitet werden und Politik in diesem Sinne wieder angeeignet werden? D.h. auch wenn es weiterhin notwendig sein wird, „klassische“ feministische Forderungen nach Quotierung einerseits und „Staatsaufgaben“ andererseits zu stellen, wird dies nicht reichen, Feminismus und die Linke im heutigen Kontext in Bewegung zu setzen: „Bausteine“ (oder vielleicht besser Probesteine) lassen sich nur da entwickeln, wo es eine **Trias** gibt von praxisrelevanten Überschreitungen gebotener Lösungen, symbolträchtigen Interventionen in wirkmächtige Konstruktionen von Wirklichkeit und dem Herstellen von Orten für Reflexion, Streit und Austausch.

6. Welche Aufgabe die Kontaktstelle als Kommunikationsknotenpunkt zwischen unterschiedlichen und oft widersprüchlichen Politikformen – genau für diese linken geschlechterpolitischen Interventionen übernehmen kann, ist ein Punkt, den ich gerne in diesem Kreis diskutieren möchte.

Geschlechtersensibler Innenblick auf die WASG

Beitrag von Ulrike Schleier (WASG)

Mein geschlechtersensibler Blick ist der Blick eines Parteimitglieds ohne Funktionen, also ein subjektiver Blick von ganz unten. Er richtet sich aus drei unterschiedlichen Perspektiven auf die WASG: der Perspektive auf das Programm, der auf Personen und der auf politische Praxis.

Zum Programm nur zwei grundsätzliche Bemerkungen

Der zentrale programmatische Begriff ist der des Neoliberalismus. Dieser Begriff wird nirgendwo in Beziehung gebracht zur Geschlechterfrage. So als hätte beides nichts miteinander zu tun. Nach meiner Einschätzung liegt das nicht an der Un-

kenntnis über die Art des Zusammenhangs, sondern an der fehlenden Erkenntnis, dass er existiert und dass es sich lohnt, ihn zu analysieren.

Begriffe im Abschnitt Geschlechterdemokratie sind „Diskriminierung von Frauen“ und „überkommene Rollenbilder“. In anderen Abschnitten ist von gleichen Chancen, u.a. für beide Geschlechter, die Rede. Es entsteht der Eindruck, als ließe sich Geschlechtergerechtigkeit²⁵ durch einige frauenpolitische oder strukturelle Reformen erreichen. Die zentrale Erkenntnis, dass es eine hierarchische Geschlechterordnung gibt, ist offensichtlich im Programm der WASG nicht angekommen. Dass die Geschlechterfrage im Programm überhaupt vorkommt, scheint eher einer political correctness als echter Einsicht geschuldet.

Dasselbe gilt übrigens aus meiner Sicht für das gemeinsame Eckpunkteprogramm.

Zur personellen Vertretung der Geschlechterfrage

Der Frauenanteil liegt nach offizieller Aussage bei etwa 20%. Nach außen sichtbar – bzw. durch die Medien nach außen sichtbar gemacht – sind nur Oskar Lafontaine und Klaus Ernst. In Leitungsgremien sind Frauen in der Minderheit.

In meiner Wahrnehmung (ich lasse mich gern belehren, falls es nicht zutrifft) hatte die WASG bisher kaum Anziehungskraft für feministische²⁶ Frauen. Masseneintritte aus der Frauenbewegung in die WASG sind bisher ausgeblieben. Das Motiv für einen Parteieintritt war für viele Frauen – so auch für mich – die Hoffnung in einen Aufbruch, die Freude darüber, dass etwas in Bewegung gerät, nicht in erster Linie als Frauen, sondern in erster Linie als Linke. Gleichzeitig ist aber auch festzustellen, dass viele Frauen in der WASG frauenbewegt sind. Aber die aktuelle Schwäche der

Frauenbewegung schlägt sich als programmatische Schwäche auch der WASG-Frauen nieder.

Zur Praxis der Partei

Innerparteilich sind die Debatten geprägt durch Machtgehabe, durch Hahnenkämpfe und Ausgrenzung von Frauen (aber auch von Männern mit Minderheitenpositionen) bis hin zum Mobbing. Frigga Haug nannte es am Freitag die „Formensprache des Fußballvereins“, die auf mancher Versammlung der WASG eindrucksvoll beobachtet werden kann. Selbst WASG-Frauen, die in männerdominierten Berufen arbeiten, schätzen es so ein, dass sie noch nie ein so ausgeprägtes Macho-Klima erlebt hätten. Für mich deutet das darauf hin, dass die Parteimitglieder mit der Herstellung von Hierarchien beschäftigt sind und somit die patriarchalischen Strukturen der Gesellschaft in die Partei einschreiben.

Ein Beispiel für die fehlende Sensibilität für die Geschlechterfrage ist der letzte Rundbrief der WASG-Mitglieder der Bundestagsfraktion. Dort gibt es nur Referenten, Mitarbeiter, Koordinatoren und Kollegen. Von Frauen keine Spur. So weit geht die political correctness im Alltag denn doch nicht.

Nun zur politischen Praxis der WASG nach außen. An den aktuellen außerparlamentarischen Initiativen (z.B. gegen Frauenhandel im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft oder anlässlich des 8. März) beteiligt sich die WASG nach meiner Kenntnis nicht. Wie Geschlechtergerechtigkeit sich öffentlich darstellt, dazu ein Interview von Oskar Lafontaine in der „Zeit“ vom 09.02.2006:

„ZEIT: Die Bundesregierung unterstützt unter anderem Jobs in privaten Haushalten. Wollen Sie mehr Kindermädchen und Putzfrauen?

Lafontaine: Ich habe als Finanzminister dafür gesorgt, dass solche private Beschäftigung absetzbar wurde. Die Idee ist richtig, auch familienpolitisch.“

Nun steht Oskar Lafontaine nicht stellvertretend für alle männlichen Parteimitglieder. Aber eine solche Aussage eines exponierten Parteimitglieds, das bekannt dafür

²⁵ Ich benutze den Begriff hier für die Utopie einer Gesellschaft, in der alle Menschen in Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit zusammenleben. Zur Problematik der Begrifflichkeit wird auf die Diskussion von Freitag verwiesen.

²⁶ Ich benutze den Begriff für die Frauen, deren politisches Anliegen in erster Linie die Befreiung der Frauen ist.

ist, Stimmungen zum Ausdruck zu bringen, führt mich zu der Einschätzung, dass viele männliche WASG-Mitglieder nicht nur das traditionelle Rollenverständnis verinnerlicht haben sondern dies auch nicht reflektieren. Die programmatischen Aussagen werden hier noch einmal als Lippenbekenntnisse enttarnt.

Fazit

Ohne programmatische und personelle Verankerung feministischen Ideenguts in der WASG wird sich die Partei nicht zu einer emanzipatorischen Bewegung für beide Geschlechter entwickeln und wäre dann als Reformkraft zum Scheitern verurteilt.

Index

- Arbeit 7, 8, 9, 10, 11, 13, 17, 24, 26, 27, 28, 29, 31, 32, 43, 44, 46, 47, 54, 55, 57, 58, 59, 62, 66
- Arbeiterklasse 21, 49, 52, 54
- Arbeitsbedingungen 8, 46
- Arbeitslosigkeit 7, 10, 27, 39, 45, 51, 53, 58
- Arbeitszeit 45, 47, 54
- Beschäftigungspolitik 7, 24, 27, 39, 46, 47, 48
- Bewegung 5, 10, 11, 20, 22, 23, 25, 26, 32, 45, 50, 53, 61, 63, 65, 66, 67, 68
- Bildung 8, 19, 34, 39, 40, 41, 42, 43, 46, 47, 49, 53, 64
- Bildungspolitik 39
- CDU 6, 42, 44
- CSU 41
- Demokratie 8, 9, 11, 14, 20, 21, 25, 39, 43, 46, 48, 52, 53, 55, 56
- Demokratischer Sozialismus 20, 21, 53
- Diskriminierung 17, 47, 62, 67
- Epoche 25
- EU 9, 10, 24, 30, 34, 46, 59, 60
- Europa 5, 10, 48
- Europäische Union 48
- Faschismus 50, 53
- FDP 42, 44
- Feminismus 15, 16, 65, 66
- Fraktion 32, 37, 38, 63
- Frau 18, 64
- Frieden 25, 53
- Friedenspolitik 46, 48
- Gerechtigkeit 16, 24, 43, 50, 51, 53, 54, 57, 59, 67
- Geschichte 13, 15, 16, 52, 55, 59, 65
- Geschlecht 17, 18, 62, 64, 65, 66
- Geschlechtergerechtigkeit 15, 16, 18, 19, 62, 67
- Geschlechterverhältnis 64
- Gleichberechtigung 16
- Globalisierung 21, 33, 34, 65
- Grundeinkommen 10, 11, 58
- Grundschule 42
- Grundsicherung 10, 47, 58
- Grüne 44
- Gymnasium 40
- Hauptschule 41
- Haushalt 38, 42
- Hochschule 39, 40
- Imperium 25
- Kapitalismus 20, 21, 22, 23, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 35, 36, 52, 54
- Kinder 18, 52
- Klasse 42, 52
- Koalition 6, 26, 33, 36, 37, 44
- Kommunismus 52
- Konservatismus 49
- Landwirtschaft 57
- Linke 5, 10, 15, 16, 24, 25, 26, 32, 33, 35, 37, 44, 45, 46, 51, 52, 55, 61, 62, 65, 66, 67
- Linkspartei 5, 6, 10, 13, 14, 15, 16, 17, 20, 21, 23, 25, 26, 32, 33, 34, 35, 37, 42, 44, 45, 48, 53, 58, 62, 63
- Luxemburg 5, 6, 15, 20, 27, 32, 34, 35, 38, 44, 52, 53, 55, 57, 58, 61, 64
- Magdeburger Modell 42
- Migration 5, 8
- Nachhaltigkeit 29, 31, 47, 57
- Neoliberalismus 24, 25, 32, 33, 34, 45, 61, 62, 66
- Ökologie 57
- Ökonomie 25, 31, 57, 62, 66
- Opposition 32, 34, 35, 36, 44
- Parlament 35, 46, 48
- Parlamentarismus 32, 34
- Partei 6, 13, 16, 20, 22, 23, 37, 51, 52, 53, 54, 55, 63, 67, 68
- PDS 10, 13, 15, 16, 17, 19, 20, 23, 32, 34, 35, 36, 37, 38, 42, 53, 55, 58, 62, 63
- PISA 40, 42
- Privatisierung 24, 37, 38, 39, 44, 62, 65, 66
- queer 17
- Reform 40, 42, 47, 48, 53, 56
- Reformismus 32, 53
- Regierung 6, 23, 32, 35, 36, 42, 44, 57
- Regierungsbeteiligung 23, 26, 36
- Revolution 25, 52, 53, 55
- Schule 40, 41, 42, 43
- Sicherheit 6, 8, 29, 31, 33, 51, 55
- Sicherheitspolitik 5
- Solidarität 7, 10, 16, 25, 51, 53, 54, 55
- Soziale Frage 58

Sozialismus 6, 13, 20, 21, 22, 23, 27, 29,
32, 35, 36, 44, 45, 49, 50, 51, 52, 53, 54,
55, 58
Sozialpolitik 8, 9, 10, 34
SPD 6, 7, 20, 22, 23, 26, 37, 42, 44, 45, 47,
51
Studiengebühren 39

Wachstum 27, 29, 57, 58
Wahlen 16, 35, 36, 55
WASG 5, 10, 13, 14, 15, 17, 20, 21, 22, 23,
32, 34, 35, 37, 45, 58, 62, 63, 66, 67, 68
Widerstand 23, 33, 45
Wirtschaft 11, 30, 37, 41, 57
Wirtschaftspolitik 29, 30, 58

